

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Geiselnnehmer

Dieses Zitat stammt aus dem Jahr 1997: „Das einzige, was Rußland zu einer heftigen militärischen Reaktion zwingen würde, wäre eine Expansion der NATO an die russische Grenze.“ Gesagt hat das der damalige US-Senator Joseph Biden, der heutige US-Präsident. Er vertrat damals in Washington

Widerstand zu verunglimpfen. Heute werden die Denkmäler, die dort an die Befreier der Roten Armee erinnern, beseitigt. Diejenigen, die diese Politik tragen, wollen keinen Frieden mit Rußland. Sie torpedierten die Minsker Abkommen, ignorierten das russische Verlangen nach Sicherheitsgarantien



keine Einzelmeinung. Es gab eine Reihe von Experten, die zum Teil dramatisch vor der Ostexpansion der NATO warnten – an der Spitze der Diplomat George F. Kennan (1904–2005), der nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundzüge der US-Politik gegen die Sowjetunion entworfen hatte: Marshallplan für Westeuropa und „Containment“ (Eindämmung) der UdSSR und der Volksdemokratien Osteuropas. Kennan hatte am 5. Februar 1997 in der „New York Times“ geschrieben: „Die Erweiterung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, daß eine solche Entscheidung die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken würde, die uns ganz und gar nicht gefällt.“ An dieser Stelle ist kein Raum, um darzustellen, warum die USA und die NATO dennoch an die russische Grenze vorrückten. Eine kurze Antwort lautet: Die Verantwortlichen in Washington und ihre regierenden Agenten vor allem in den baltischen Ländern und in Osteuropa folgten der alten Expansionspolitik des westlichen Imperialismus: Sie bekämpfen nicht nur den Kommunismus, sondern Rußland als Großmacht. Das schließt ein, die Kollaboration mit dem deutschen Faschismus nach 1991 im Baltikum und in der Ukraine staatlich zu ehren und den antifaschistischen

und drohten unverhohlen mit Atomwaffen wie z. B. die damalige deutsche Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 21. Oktober 2021 im „Deutschlandfunk“: „Wir müssen Rußland gegenüber sehr deutlich machen, daß wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche Mittel einzusetzen.“ Sie sind es, die einen Waffenstillstand zwischen Kiew und Moskau verhindert haben. Bestätigt ist, daß Boris Johnson als britischer Premier am 8. April nach Kiew reiste, um die schon fertigen Vereinbarungen zu zerreißen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sekundierte damals: „Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld entschieden.“ Und der Botschafter Kiews in Berlin, Andrej Melnyk, machte in „Bild“ die „militärische Zerschlagung des verbrecherischen Rußlands“ zum Ziel. Ähnlich Verbrecherisches war von den deutschen „Zeitenwende“-Politikern zu hören. Dabei geht es nicht nur um Kriegshetze in zum Teil faschistischem Stil, etwa wenn Annalena Baerbock verkündet, mit deutschen Waffen werde „Leben gerettet“. Kriegsfanatiker wie sie tun alles, damit durch ständig umfangreichere Waffenlieferungen an die Abenteurer in Kiew Gefahren bis hin zum Atomkrieg erhöht werden. In dieser Lage hieß es am 11. Oktober in der „Washington Post“: „Heute, da die Welt einmal mehr von

der Auslöschung bedroht ist, rufen Persönlichkeiten aller Couleur zum Dialog auf, um den Weltuntergang zu verhindern.“ Dazu zählen US-Politiker, die sich in der Nachfolge Kennans sehen und Papst Franziskus. Er hat in einer beispiellosen Erklärung am 2. Oktober die Staats- und Regierungschefs der Welt aufgefordert, „alles zu tun, um den Krieg zu beenden“. Auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger forderte Verhandlungen: „Das hat nichts damit zu tun, ob man Putin mag oder nicht. ... Wir haben es mit einer historischen Veränderung im Welt-system zu tun, wenn Atomwaffen eingeführt werden. Und ein Dialog zwischen Rußland und dem Westen ist wichtig.“ Ähnlich äußerte sich die neue französische Außenministerin Catherine Colonna. Ungerührt begann die NATO am 17. Oktober ihre jährliche Übung für den Atomkrieg. Nicht nur Biden, der seine Worte von 1997 vermutlich nicht mehr kennt, vergleicht inzwischen die Situation mit der Krise um Kuba von 1962. Damals wurde ein Ausweg durch Geheimverhandlungen zwischen dem sowjetischen Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin und Robert Kennedy, gefunden. Angesichts der regierenden Kriegstreiber in Berlin und anderen NATO-Staaten, die den Kontinent in Geiselschaft genommen haben, verengt sich alles auf eine solche Lösung.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



| | |
|---|----|
| Frieden in Europa gibt es nur mit Rußland | 2 |
| Regelbasierter Vertrauensbruch | 3 |
| Lawrow-Rede im UNO-Sicherheitsrat | 5 |
| Putins Komplettabrechnung mit dem Westen | 6 |
| Deutschland rüstet auf | 7 |
| Neue Phase des Ukraine-Konflikts | 8 |
| Angriff auf Krimbrücke | 10 |
| Nukleare Gefahr | 12 |
| Deutschland deindustrialisieren? | 17 |
| Neue multipolare Weltordnung | 21 |
| Treffen der SOZ | 22 |
| Treffen der BRICS-Staaten | 23 |
| Butter bei die Fische (COP27) | 25 |
| Hunger in Sowjetrußland (II) | 28 |
| Lage in der PDL | 29 |
| Verkehrsarbeiterstreik 1932 | 31 |
| Mehrwert im Sozialismus | 34 |
| Zum Tod von W. Kohlhaase | 36 |

Stukenbrock mahnt

Frieden in Europa gibt es nur mit Rußland

*Am 3. September gedachte der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ der sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Ehrenfriedhof in Stukenbrock-Senne. (...) Rund 500 Menschen beteiligten sich dieses Jahr am Gedenken, darunter der Schauspieler **Rolf Becker**, dessen Rede wir in Auszügen hier wiedergeben.*

Dank Ihnen und Euch, Dank dem Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“, daß ich nach drei Jahren wieder hier bei Euch sein darf – in gemeinsamer Teilnahme und wie vermutlich alle hier in großer Sorge. Dank vor allem, daß Ihr Euch trotz aller im Lande verbreiteten Vorurteile nicht habt abhalten lassen vom Besuch dieser Gedenkveranstaltung, Dank ausdrücklich auch den anwesenden Vertretern des Russischen Generalkonsulats! (...) Teilnahme – gemeinsames Gedenken an Tausende sowjetische Kriegsgefangene, die hier gelitten haben, bevor sie starben – an Hunger, Kälte, Krankheiten, durch Mißhandlung, Folter, Totschlag, Erschießen. 65 000 liegen hier – ein Teil der geschätzt 3,3 Millionen Ermordeten von den 5,7 Millionen sowjetischen Gefangenen insgesamt, nur jeder Dritte von ihnen überlebte die Gefangenschaft.

Frage – heute leider notwendig geworden: Wie viele von ihnen waren Russen, wie viele Ukrainer, wie viele aus weiteren Völkern, die bis 1991 zur Sowjetunion gehörten? Soll unser Gedenken sich auf ein Unterscheiden einlassen zwischen denen, die hier nach gemeinsamem Kampf gemeinsam gelitten und ihr Leben gelassen haben?

Wir haben, um zur Zeit verbreiteten Vorurteilen entgegenzutreten, vor wenigen Wochen in Hörsten bei Bergen-Belsen an einer der niedersächsischen Gedenkstätten für ermordete sowjetische Kriegsgefangene gegen das Verbot der Landesregierung die sowjetische Fahne mit Hammer und Sichel über den Gräbern gehißt – so wie hier, dort oben am Obelisk. Unser Gedenken bleibt unteilbar.

Entsprechend auch heute unsere Forderung: Wiederherstellung des Obelisk in seiner ursprünglichen Form – nochmals verbunden mit dem Hinweis, daß die sowjetische Fahne seit einem Vierteljahrhundert Historie ist, aber weiterhin verbunden mit dem Bekenntnis zu ihrem Rot – „Tropfen für Tropfen aus Blut“ (Pablo Neruda).

Gemeinsame Teilnahme und Sorge, große Sorge. Bereits 2019, als ich hier zu Euch sprechen durfte, habe ich erklärt: „Sorge, weil ein weiterer Krieg, der die Unermeßlichkeit des in den zwei Weltkriegen Erlittenen noch zu übersteigen droht – Folge auch der Tatsache, daß sich die deutschen Nachkriegsregierungen der BRD einer konsequenten Aufarbeitung des vermeintlich Vergangenen verweigert haben und bis heute verweigern.“

Wir sollten weiterhin an die Mahnung von Christa Wolf erinnern: „Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“ Gegen dieses „Uns-fremd-Stellen“ hat wieder und wieder auch Esther Bejarano, Überlebende

der KZs Auschwitz und Ravensbrück, die uns im vergangenen Jahr für immer verlassen hat, hingewiesen und, vor allem an Jugendliche gerichtet, geäußert: „Wo stehen wir – dieses Land, diese Gesellschaft – 75 Jahre nach der Befreiung durch die Rote Armee?“ (...) „Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ – diese von Esther vielfach wiederholte Mahnung sollte für uns besonders gelten, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht. (...)

Ich wiederhole im folgenden, was ich schon andernorts gesagt habe: Könnten wir hierzu-lande, europaweit und in der westlichen Welt Regierenden und Medien vertrauen, bliebe uns nichts anderes übrig, als ihren Maßnahmen zuzustimmen: 100 Milliarden zusätzlich fürs Militär, Hochrüstung und Rüstungsexporte, Kauf von Flugzeugen, die atomar bewaffnet werden können, Sparmaßnahmen und Importbeschränkungen – all das, um Rußland zu schwächen, Vorbereitung schließlich auf eine nicht mehr auszuschließende atomare Auseinandersetzung der NATO mit Rußland. (...)

Wir sollten statt dessen nach den wirklichen Gründen der Auseinandersetzungen fragen, die bislang schon so viele Opfer gefordert haben, Tote, Schwerverletzte, Flüchtlinge – darunter zahlreiche Kinder. Sollten, wie bereits vor 500 Jahren Machiavelli und seitdem zahlreiche militärische Führer, Politiker und Staatsoberhäupter, uns klarmachen: „Nicht, wer zuerst nach den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer die Ursache dafür geschaffen hat.“ Als wir, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften und politischen Zusammenhängen, 1999 nach unserer Reise ins von der NATO bombardierte Jugoslawien darauf hinwiesen, daß dieser Angriff unter deutscher Beteiligung eine entscheidende Etappe der militärischen Einkreisung Rußlands sei, erfuhren wir überwiegend Ablehnung, auch innerhalb des DGB. Vergeblich erinnerten wir daran, mit welchen Folgen Vertreter der Gewerkschaften und der SPD zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur „Verteidigung des Vaterlandes“ aufriefen und Arbeitskämpfe und gewerkschaftlichen Widerstand einstellten.

Vergeblich auch auf die bis heute dunkelsten Stunden der deutschen Arbeiterbewegung: die Niederlage Ende Januar 1933 bei der Machtübernahme Hitlers. Nicht die Niederlage machte diese „dunkelsten Stunden“ aus, sondern daß sie kampfflos erfolgte.

Und vergeblich erinnerten wir auch daran, daß dem Aufruf der Gewerkschaftsführung, den 1. Mai gemeinsam mit der NSDAP zu begehen, am Folgetag der Sturm der SA auf die Gewerkschaftshäuser folgte.

Auch wenn die damaligen Ereignisse nicht mit heutigen vergleichbar sind, sollte als Einsicht bleiben, daß weder Gewerkschaften noch Gruppen und Parteien der Linken durch Anpassung an die Interessen der herrschenden Klasse und der Regierenden etwas gewinnen, sondern nur ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten einschränken. (...) Die Einkreisung

Rußlands ging und geht weiter: mit der NATO-Ausdehnung seit 1991, dem Maidan-Putsch 2014 und der folgenden Auseinandersetzung um die Donbass-Region, dem Versuch, die abgespaltene Krim wieder in die Ukraine zurückzuholen, die geplante Verstärkung der NATO an den Grenzen Rußlands von bisher 40 000 auf 300 000 wie es heißt „militärische Verteidigungskräfte“. Die Erweiterung der NATO um Schweden und Finnland verdeutlicht, daß es sich nicht um einen lokalen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine handelt, sondern um einen geopolitischen Großmachtkonflikt – in dem die Regierung der USA eine treibende Kraft ist. (...)

Sollte sich der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine ausweiten auf den bislang durch Sanktionen und Waffenlieferungen indirekt geführten Krieg der NATO gegen Rußland, würde Europa zum Kriegsschauplatz werden. Der nach China ökonomisch größte Konkurrent der USA wäre damit ausgeschaltet: eine Möglichkeit, die in Washington und auch in Kreisen der deutschen Wirtschaftsführung mitgedacht werden dürfte. Wir sollten das in unsere Überlegungen einbeziehen. Und sollten uns darüber klar sein und denen klarmachen, die wie Außenministerin Baerbock glauben, „Rußland ruinieren“ zu können, daß wir nach allem, was die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS und weitere Organisationen im 2. Weltkrieg angerichtet haben, nicht die geringste Rücksicht zu erwarten haben, wenn Deutschland über die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Rußland und über die Waffenlieferungen an die Ukraine hinaus abermals Krieg gegen Rußland führt. (...)

Daß die jetzt bewilligten ungeheuren Summen für die weiteren Rüstungsvorhaben in allen sozialen Bereichen fehlen werden und von der Bevölkerung aufgebracht werden müssen, wird auch bei vielen, die unsere Ansichten heute noch nicht teilen, zum Nachdenken im Sinne unseres Anliegens führen: Widerstand gegen die geplanten Einschnitte, Nein zu Rüstung und Abbau sozialer Standards, Nein vor allem auch im Namen unserer Kinder, die um Bildung, Ausbildung, Arbeit und Perspektiven fürs Leben betrogen werden. Konsequenz kann nur sein, uns enger zusammenschließen, vor allem in der täglichen Kleinarbeit. Gegen Sozialabbau, für Frieden und Völkerverständigung: Kampf um Frieden ist Kampf gegen den Kapitalismus. (...)

Die Gräber der Toten hier zu Fußstapfen der Freiheit machen – laßt uns den Auftrag annehmen. Im Sinne des Aufrufs des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock e. V.“:

- Schluß mit Kriegsrhetorik und Konfrontationspolitik!
- Rückkehr zu dem Minsk-II-Abkommen von 2015!
- Wiederaufnahme der Verhandlungen NATO–Rußland!
- Schluß mit den Sanktionen!

Frieden in Europa gibt es nur *mit* Rußland: eine Lehre aus der Geschichte und ein Gebot der Gegenwart.

Regelbasierter Vertrauensbruch

Spätestens mit dem „Maidan-Putsch“ 2014 und dem sich daraus entwickelnden Bürgerkrieg der ukrainischen Staatsmacht gegen die sich herausbildenden Donbass-Republiken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) hat die russische Regierung wieder ein Thema auf die Bühne der internationalen Diplomatie zur Diskussion gestellt, das zwischenzeitlich drohte in Vergessenheit zu geraten: die Ausdehnung des nordatlantischen Militärbündnisses nach Osteuropa. Warum jetzt wieder? Es sind die aktuellen Ereignisse, die es notwendig machen, sich mit dieser nie wirklich beantworteten Frage noch einmal zu befassen. In den Verhandlungen über das, was heute allgemein unter Wiedervereinigung verkauft wird, stand die Frage nach dem Schicksal der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt im Brennpunkt.

Andreas Zumach, ein für die „taz“ als Korrespondent schreibender Zeitzeuge, erinnert sich: „Im Februar 1990 haben sowohl die Regierung der USA wie auch die der Bundesrepublik, damals Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, Herrn Gorbatschow und seinem Außenminister Eduard Schewardnadse klar versprochen, es werde keine Ausdehnung der NATO nach Osten geben.“ Genscher in einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie in Tutzing am 31. Januar 1990: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, die Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion, wird es nicht geben. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozeß nicht zur Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“ Einer der engsten Mitarbeiter Genschers bis 1992, Frank Elbe, traf in Washington auf einen gutgelaunten Außenminister James Baker, der erklärte, daß ihm „die Formel mit der Nichtausdehnung gefalle“ und daß er dafür sorgen werde, daß sie im Bündnis akzeptiert werde. Ein deutscher Aktenvermerk gibt Genschers Aussage gegenüber dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse so wieder: „Für uns steht fest: Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“ Das gelte ‚ganz generell‘. Schewardnadse soll entgegnet haben, er glaube ‚allen Worten‘ Genschers.“ Rückblickend betrachtet wäre es richtiger gewesen, wenn er mit einem Satz aus Goethes Faust geantwortet hätte: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Bei einem Pressestatement am 2. Februar 1990 bekräftigte Genscher die Position seiner Regierung in Gegenwart Bakers: „Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet nach Osten auszudehnen.“ (Die Zitate sind der Analyse Thomas Franks: „Versprechen des Verzichts auf NATO-Osterweiterung“ entnommen.) Geht es noch deutlicher? Gewiß doch. Am 9. Februar 1990 versprach Baker dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow: Wenn die USA ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO behalten, werde deren Militärhoheit „nicht einen Zoll in östliche Richtung ausgedehnt“.

Vertrauensbruch

Wie die nachfolgenden Ereignisse zeigen sollte, haben sich innerhalb der US-Administration diejenigen Kräfte durchgesetzt, deren Absicht es war, die Russische Föderation als Verlierer im Kalten Kriegs abzustempeln, und die deshalb am Aufbau gleichberechtigter Beziehungen nicht interessiert waren. („Wir haben gewonnen und nicht die.“) Bereits vier Jahre später setzte der US-Präsident Bill Clinton den russischen Präsidenten Boris Jelzin davon in Kenntnis, daß entgegen allen Zusagen eine NATO-Osterweiterung beschlossen sei. Erste Kandidaten waren Ungarn, Polen und Tschechien. Dieser Plan wurde von der russischen Regierung nicht nur als Provokation, sondern auch als unverhüllte Kampfansage verstanden. Um die russische Regierung nicht vollends zu verprellen, bot das Kriegsbündnis Rußland eine schriftliche Vereinbarung an, die sogenannte Grundakte NATO-Rußland (s. „RotFuchs“ Juli/August 2022, S. 6). Das damals noch schwache und zaghaft operierende Rußland unterzeichnete die Grundakte auch deshalb, weil es noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben hatte, man könne mit dem „kollektiven Westen“ ein System der friedlichen Koexistenz schmieden. Eine blanke Illusion, wie sich alsbald herausstellte. Trotz aller russischen Proteste nahm die NATO-Osterweiterung ihren Lauf: Auf Polen, Tschechien und Ungarn (1990) folgten Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien (2004), Albanien und Kroatien (2009).

Die Jahre nach der Unterzeichnung der Grundakte bestätigten die Einschätzung des stellvertretenden russischen Außenministers, Sergej Rjabkow: „Das Dokument war ein Feigenblatt, das einen völlig anderen Inhalt der NATO-Politik Richtung Osten im weitesten Sinn des Worts kaschierte.“ Die unter dem Kommando der USA stehende NATO nutzte das Papier, auf dem der Text der Grundakte gedruckt worden war, als Sprungbrett für alle nachfolgenden Handlungen. Und was die gegenwärtig aktuelle Debatte um die NATO-Osterweiterung betrifft, so glaubt sich der Westen obendrein im Besitz einer Trumpfkarte zu sein. Jenseits aller Versprechungen habe es nie einen Vertrag oder schriftlich dokumentierte Garantien gegeben, lediglich mündliche oder in Protollen dokumentierte Zusagen. Das stimmt sogar, zeigt aber gleichzeitig, wieviel Wert der Wertewesten dem Wort Vertrauen beimißt, nämlich keinen! Dies begründet Dr. Dmitri Trenin, Offizier der sowjetischen Armee von 1977 bis 1991, damit, daß viele Menschen mit der russischen Kultur nicht vertraut sind. „Für die Russen“, sagte er, „wiegt ein Vertrauensbruch oft schwerer als ein Vertragsbruch.“ Deshalb waren die vielen Erklärungen für sie sowohl politisch wie auch moralisch bindend. In der Unfähigkeit bzw. dem fehlenden Willen, sich in die Haut des jeweils anderen zu versetzen, offenbart sich die völlige Schamlosigkeit und moralische Verkommenheit der politischen Eliten in den imperialistischen Staaten, die ihre Werte wie eine Monstranz vor sich hertragen.

Vertragsbruch

Wenngleich es nie ein schriftliches Abkommen darüber gegeben hat, daß eine NATO-Osterweiterung nicht vollzogen werden dürfe, sticht die Trumpfkarte nicht. Gehen wir für einen Moment 60 Jahre zurück, zur Kubakrise im Jahr 1962, benannt nach der Absicht der Sowjetunion, Mittelstreckenraketen auf Kuba stationieren zu wollen. Dies ließen die USA nicht zu und drohten mit der Auslösung eines Atomkriegs. Die SU lenkte ein. Aber es war nicht die Politik der Stärke, die triumphierte, sondern die Diplomatie. Die Krise wurde, was kaum noch jemand weiß, mit einem Kompromiß beendet. Die Sowjetunion zog sich zurück, aber im Gegenzug wurde ihre Forderung erfüllt, daß die in der Türkei und in Norditalien stationierten US-Mittelstreckenraketen abgebaut werden. So geschah es auch. Es gab keinen Vertrag, es gab kein schriftliches Dokument, es gab allenfalls einen Händedruck, sonst nichts. Eine mündliche Vereinbarung am Rand eines Atomkriegs! Sie hat aber funktioniert, was sich aus heutiger Sicht geradezu romantisch anhört.

Ganz anders die Vereinbarungen zum Abkommen Minsk II. Eines seiner erklärten Ziele war eine Vereinbarung über den Sonderstatus für die beiden Regionen Donezk und Lugansk. Das Abkommen wurde von den Präsidenten der Ukraine, Rußlands, Frankreichs und von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet. Alle Unterzeichner waren folglich für die Umsetzung verantwortlich. Sie hat trotzdem, obwohl sie schriftlich dokumentiert wurde, nicht funktioniert, weil die Marionette in Kiew mit wohlwollendem Schweigen (oder sollen wir sagen mit Zustimmung der anderen Unterzeichner) die Umsetzung des Abkommens hartnäckig torpediert hat. Die bittere Lehre daraus ist die, daß sich die imperialistische Führungsmacht in der Verfolgung ihrer Ziele nie zur Einhaltung der von ihr zuvor eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich sah, egal ob mündlich, protokollarisch oder vertraglich. Als weitere Beispiele seien die schon oft genannten völkerrechtswidrigen Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und Libyen sowie die einseitigen Kündigungen der Rüstungskontrollabkommen (ABM und INF) und das Atomabkommen mit dem Iran genannt. Für diese Art von Politik erfand man den Begriff „regelbasierte internationale Ordnung“, ein Schlagwort, das auch von den deutschen Außenministern Heiko Maas und Annalena Baerbock mit Vorliebe genutzt wurde bzw. wird, vorzugsweise, um sich an den erpresserischen und letztlich auf Zerstörung Rußlands zielenden Sanktionen beteiligen zu können. Die letzte Hoffnung auf eine partnerschaftliche Vereinbarung mit den westlichen Staaten zerschlug sich endgültig 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz, als dem russischen Präsidenten Putin als Reaktion auf seine Rede vorgeworfen wurde, er würde sich der Sprache des kalten Kriegs bedienen. Das erinnert mich an den Dieb, der mit großem Geschrei andere beschuldigt, um von sich selbst abzulenken.

Dennoch vergingen noch sieben weitere Jahre bis zum Maidan-Putsch 2014 und weitere acht Jahre bis zum 24. Februar 2022, bevor sich das immer noch geduldige Rußland zum Handeln genötigt sah. 14 000 Menschen mußten bis dahin sterben, weil die Ukraine, befeuert von der NATO, einen unerklärten Krieg gegen die nach Autonomie strebenden Regionen im Donbass führte. Daß die Kiewer US-Marionette nicht müde wird, von einer „De-Okkupation“ der Krim zu schwadronieren und den Besitz eigener Atomwaffen anzustreben, findet kaum ein kritisches Echo in den hiesigen Leitmedien. Doch jeder politische Akteur diesseits und jenseits des Atlantiks mußte wissen, daß Selenskis Wunsch, in einer Art Sturzgeburt in die NATO aufgenommen zu werden, dem Beginn des dritten Weltkriegs Tür und Tor

öffnen würde. Der jetzige Krieg in der Ukraine trägt schon längst die Handschrift der USA. Nicht unwahrscheinlich ist, daß sein Verlauf von Anfang an auf der Agenda Washingtons stand – gewissermaßen als Durchgangsstation der gegen die beiden größten anticolonialen Befreiungsbewegungen, Rußland und China, gerichteten neokolonialen Planungen. Zu ihrer Realisierung werden Hilfssheriffs eingesetzt. Würde mich nicht wundern, wenn einer von ihnen, W. Selenskyj, in diesem Jahr mit dem Friedensnobelpreis geehrt würde. Dies wiederum läßt mich an den Krieg denken, den der damalige Kumpel bzw. Handlanger der USA, Saddam Hussein, von 1980 bis 1988 gegen den Iran geführt hat, weil das Weiße Haus den Verlust seines Lieblings, des Schahs, nicht verkraften wollte. Wie später veröffentlichte

CIA-Dokumente belegen, leisteten die USA Aufklärungshilfe bei der Bestimmung von Angriffszielen – und dies in vollem Wissen, daß Angriffsziele mit Giftgas geplant waren. Zurück und keineswegs abschließend: Die Unterstützung der transatlantischen Bellizisten und auch die der deutschen Regierung beschränkt sich nicht mehr nur auf logistische Beihilfe. Die Ukraine wird wie eine Weihnachtsgans mit Waffen aller Art gemästet, und die USA sind dabei der Takt- und Befehlgeber des ukrainischen Präsidenten. Ich denke an ein 1941 geschriebenes Theaterstück, in dem in Form einer Parabel Machtübergabe und -ausbau Hitlers ins Gangstermilieu verlagert wird. Der Titel des Stücks: „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Autor: Bertolt Brecht.

Hans Schoenefeldt

Wissen sie, was sie tun?

Wie ernst wird Putin den BRD-Gesundheitsminister Lauterbach nehmen, der uns mit ihm im Krieg sieht? Zu welchen Schlußfolgerungen könnte es Putin bringen, sollten Vernunft und Verstand fragen. Ein Bundespräsident ist schon mal darüber gestolpert, als er zu früh von Krieg in Afghanistan sprach. Wahrheit ist das eine wie das andere gewesen.

Wenn wir andere Obrigkeitsvertreter tagtäglich hören, sie visuell auf ihren Reisen in Bunker, auf Panzern, mit Schutzwesten und Helm begleiten dürfen, dann können wir mehr als glauben, was Lauterbach ausplaudert.

Vielleicht ist man sich oben noch nicht sicher, wie Putin reagiert, wenn die deutschen Regierenden offiziell erklären, mit Putin im Krieg

zu sein. Was da noch falsch zu verstehen sein soll, wenn täglich die Meldungen über immer neue Waffenlieferungen an die Ukraine über den Äther gehen, das dürfen wir uns schon mal fragen. Mit anderen Worten: Die Regierungsoberen sind nicht bereit, ein Friedensrisiko zu verfolgen, das Kriegsrisiko bedienen sie aber jede Stunde. Wissen sie, was sie tun? Sie müßten es wissen aus erlebter Geschichte. Aber sie haben wieder umgeschaltet. Krieg ist Frieden, das sprechen sie in allem Tun auch wieder so aus. Der pure Haß, historisch uralter Drang gen Osten und die verlockende Chance, alle Schmach der Niederlagen der Jahrhunderte endlich zu korrigieren, das verdeckt jeden Gedanken zu Realitäten, Anerkennung der Interessen derer, die sich nicht zur

westlichen „Wertegesellschaft“ zählen, ihre eigenen Interessen verfolgen oder längst ausgegrenzt, angefeindet, mit unbändigem Haß verfolgt werden. Es ist kein Platz mehr für irgendeinen friedensdienlichen Gedanken, selbst für jede machbare friedliche Lösung nicht. Was kann Sieg oder Niederlage in der großen Katastrophe noch aufhalten? Brecht hat diese Wahrheit im Karthago-Vergleich vorausgesagt. Nicht religiös oder weisagerisch-gläubig, sondern im tiefen Wissen um das, was diese kapitalistische Gesellschaft antreibt und schließlich hintreibt. Deutsche Großmannssucht tut ihr übriges, der politische Nachwuchs erweist sich als ebenbürtig.

Roland Winkler
Aue

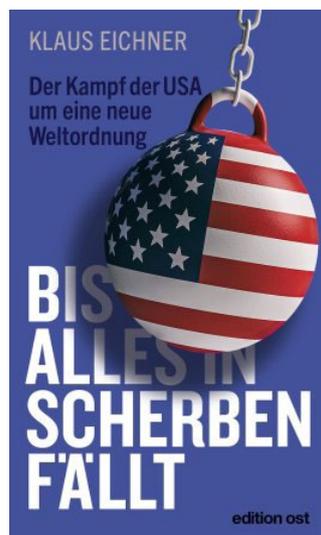
BUCHTIPP

Klaus Eichner

Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung

Der Geheimdienstexperte Klaus Eichner macht einzigartig die geopolitischen Zusammenhänge sichtbar und faßt präzise zusammen, welche manipulativ-zerstörerische Rolle die imperiale Supermacht USA spielt.

1990 zerbrach nach fast einem halben Jahrhundert die bipolare Weltordnung. Die UdSSR ging unter. Die USA als andere Weltmacht begannen, nunmehr eine neue Weltordnung nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dazu nutzte und nutzt sie all ihre ökonomischen, politischen und geheimdienstlichen Potenzen. Eichner beschreibt und analysiert die Unternehmungen der USA seit 1990, um dieses



Ziel global durchzusetzen. Wie kein Zweiter kannte und kennt er die Arbeitsweise der CIA. Er verfolgt seit Jahrzehnten, auf welche Weise die USA die Welt nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen versuchen – wie sie als Führungsmacht der NATO den Pakt für ihre Zwecke instrumentalisieren, wie sie ihre Nachrichtendienste einsetzen, um unliebsame Regime wegzuputschen oder Marionetten an die Macht zu bringen, wie sie mit ihren Propagandaapparaten und Einflußagenten Stimmungen schüren und Kriege herbeireden. Eichner macht in einer kurzen wie klaren Darstellung deutlich, was hinter den Kulissen abläuft – polemisch und warnend. Denn, wenn diese Politik nicht gestoppt wird, muß mit allem gerechnet werden.

edition ost, 130 Seiten, 16 €, ISBN 978-3-360-02807-5

Westen heizt Konflikt an

Auszug aus der Rede des russischen Außenministers Lawrow vor dem UN-Sicherheitsrat am 22. September

(...)

Die Verbrechen des Maidan im Februar 2014 sind noch immer ungesühnt. Die Täter der ungeheuerlichen Tragödie vom 2. Mai 2014 in Odessa, bei der rund 50 Menschen im dortigen Gewerkschaftshaus bei lebendigem Leib verbrannt und getötet wurden, sind weder gefunden noch bestraft worden. Auf dieser Liste der ungesühnten Verbrechen stehen auch die politischen Morde an Alexander Busina, Pawel Scheremet und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Journalisten. Trotzdem versucht man, uns heute ein völlig anderes Narrativ über die russische Aggression als Hauptursache für alle Probleme aufzudrängen. Dabei wird die Tatsache ignoriert, daß die ukrainische Armee und die Milizen der nationalistischen Formationen die Bewohner des Donbass seit mehr als acht Jahren ungestraft töten und ermorden, nur weil sie sich geweigert haben, die Ergebnisse des verbrecherischen, blutigen und verfassungswidrigen Staatsstreichs in Kiew anzuerkennen, und beschlossen haben, für ihre von der ukrainischen Verfassung garantierten Rechte einzutreten, einschließlich des Rechts auf den freien Gebrauch ihrer russischen Muttersprache. Erinnern Sie sich daran, wie der damalige Ministerpräsident Jazenjuk 2015 sagte, daß im Donbass „Untermenschen“ leben. Auch der derzeitige Präsident Selensky steht ihm nicht nach. In einem Interview sagte er im September 2021 auf die Frage, was er von den Menschen im Donbass halte, es gebe Menschen und es gebe „Kreaturen“, „Subjekte“. Das ist ein durchgängiges Merkmal des ukrainischen Regimes, sowohl unter Poroschenko als auch unter Selensky. (...)

Während die Kiewer Regierung heuchlerisch behauptet dem Minsker Abkommen verpflichtet zu sein, hat sie dessen Umsetzung offen und ungestraft sabotiert. Über den Donbass wurde eine Finanz-, Verkehrs- und Energieblockade verhängt. (...)

Irgendwann war Selenski es leid, sich zu verstellen, und erklärte, das „Minsker Maßnahmenpaket“ sei nur notwendig, um die gegen Rußland verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten. Sein Vorgänger und Mitverfasser des Minsker Abkommens, Petro Poroschenko, war sogar noch offener. Vor einigen Monaten erklärte er öffentlich und stolz, daß weder er noch irgendjemand in der Ukraine dieses von ihm unterzeichnete Abkommen umsetzen würde. Es wurde nur benötigt, um Zeit zu gewinnen, um von westlichen Ländern Waffen für den Krieg mit der Russischen Föderation zu erhalten. (...)

Mit staatlicher Unterstützung wird eine Ideologie der nationalen Intoleranz gegenüber ethnischen Russen durchgesetzt. Heute verborgen die Funktionäre des Landes ihre nationalsozialistische Identität nicht mehr und rufen offen und ungestraft zum Mord an russischen Menschen auf. Hier sind einige Beispiele. Der ukrainische Botschafter in Kasachstan,

Vrublevsky, erklärte am 22. August in einem Interview: „Wir versuchen, so viele von ihnen (den Russen) wie möglich zu töten. Je mehr Russen wir jetzt töten, desto weniger werden unsere Kinder töten müssen. Das ist alles.“ Hat das jemand beachtet? Der Bürgermeister von Dnjepr, Filatov, äußerte sich im letzten Frühjahr im gleichen Sinne: „Die Zeit der kalten Wut ist gekommen. Jetzt haben wir das volle moralische Recht, diese Bestien in aller Ruhe und mit absolut ungetrübtem Verstand auf der ganzen Welt zu töten, und zwar zeitlich unbegrenzt und in größtmöglicher Menge.“ (...) Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die „russische Aggression“ und den „Separatismus“ wird die Verfolgung von Dissidenten in der Ukraine verschärft. Im März dieses Jahres wurden 11 politische Parteien unter dem Vorwand ihrer „Verbindungen zu Rußland“ verboten. Die führenden oppositionellen russischsprachigen Fernsehsender sind seit langem abgeschaltet. Von der Regierung nicht gewünschte Websites sind gesperrt. Journalisten werden verfolgt, wenn sie versuchen, eine andere als die offizielle Meinung zu vertreten. Die prominente ukrainische Aktivistin Bereschnaja, die wiederholt vor den Vereinten Nationen und der OSZE über das Aufkommen des Neonazismus in der Ukraine gesprochen hat, wird in Gefängnissen des SBU festgehalten. Wir haben keinen Zweifel daran, daß sich die Ukraine endgültig in einen totalitären Nazi-Staat verwandelt hat, in dem die Normen des humanitären Völkerrechts ungestraft mißachtet werden. Kein Wunder, daß die ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillone terroristische Taktiken anwenden und Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzen. Vor diesem Hintergrund ist die Haltung der Staaten, die Waffen und militärische Ausrüstung in die Ukraine pumpen und die ukrainischen Streitkräfte ausbilden, besonders zynisch. Das Ziel liegt auf der Hand, sie verheimlichen es nicht, sondern deklarieren es: die Feindseligkeiten trotz der Verluste und Zerstörungen so lange wie möglich zu verlängern, um Rußland auszubluten und zu schwächen. Diese Linie bedeutet eine direkte Verwicklung der westlichen Länder in den Ukraine-Konflikt, was sie zu einer Partei macht. Auch das bewußte Schüren dieses Konflikts durch den „kollektiven Westen“ bleibt ungestraft. Natürlich, sie würden sich doch nicht selbst bestrafen.

Wir machen uns keinerlei Illusionen darüber, daß die russischen Streitkräfte und die Milizen von DNR und LNR heute nicht nur den neonazistischen Formationen des Kiewer Regimes gegenüberstehen, sondern der Kriegsmaschinerie des „kollektiven“ Westens. Mit Hilfe moderner Systeme, Flugzeuge, Schiffe, Satelliten und strategischer Drohnen versorgt die NATO die Streitkräfte in Echtzeit mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, und erklärt, daß Rußland auf dem Schlachtfeld besiegt werden muß – wie Offizielle der EU direkt erklären – und zur Strafe jeglicher Souveränität beraubt werden muß. Das ist schon kein latenter Rassismus mehr, sondern vollkommen offener.

Vor dem Hintergrund des massiven Beschusses von Siedlungen im Donbass freut sich Selenski über die Wirksamkeit der westlichen Waffen. Hier sein Zitat: „Endlich hat man das Gefühl, daß die westliche Artillerie, die Waffen, die wir von unseren Partnern erhalten haben, sehr wirkungsvoll sind. Die Genauigkeit ist wirklich so, wie sie sein muß“, erklärte der Führer dieses Staatsgebildes zynisch. Dabei wurden in den beschossenen Siedlungen keine militärischen oder strategischen Ziele getroffen. Es leidet die Zivilbevölkerung des Donbass.

Seit Ende Juli dieses Jahres werfen die ukrainischen Streitkräfte über dem Zentrum von Donezk und seinen Vororten aus der Ferne verbotene Schmetterlings-Antipersonenminen ab. Ihr Einsatz verstößt in grober Weise gegen das Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen von 1997, das die Ukraine 2005 ratifiziert hat, sowie gegen das Zweite Protokoll zum Genfer Übereinkommen über konventionelle Waffen, das Minen ohne Selbstzerstörungsmechanismus verbietet.

Diese Gräueltaten sind möglich geworden und bleiben ungestraft, weil die USA und ihre Verbündeten die Verbrechen des Kiewer Regimes mit Duldung internationaler Menschenrechtsinstitutionen seit acht Jahren systematisch vertuschen und ihre Politik gegenüber Herrn Selensky auf dem bekannten amerikanischen Grundsatz aufbauen: „Off course he is a son of a bitch, but he is our son of a bitch.“ („Natürlich ist er ein Mistkerl, aber er ist unser Mistkerl.“) Die unbequeme Wahrheit, die das schöne Bild von der Ukraine als Opfer russischer Aggression überschattet, wird eifrig verschwiegen und ganz unverhohlen ausgeblendet. Sogar die westliche Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die kaum im Verdacht stehen kann, mit Rußland zu sympathisieren, wurde scharf kritisiert und als Kreml-Agent gebrandmarkt, nur weil sie in ihrem Bericht die bekannten Tatsachen bestätigt hat, daß Kiew Kampfstellungen und schwere Waffen in Wohngebieten stationiert.

Der verbrecherische Beschuß des AKW Saporoschje durch Kämpfer des Kiewer Regimes, der die Gefahr einer nuklearen Katastrophe mit sich bringt, bleibt ungestraft. Und das, obwohl Mitarbeiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) seit dem 1. September dieses Jahres ständig in der Anlage anwesend sind und die für den Beschuß verantwortliche Seite leicht zu identifizieren ist.

Ich erinnere daran, daß der Besuch der IAEO im AKW künstlich hinausgezögert wurde, da bereits am 3. Juni dieses Jahres alle Einzelheiten koordiniert worden waren und die Mission ungestört hätte dorthin reisen können. Dann kam es zu einer unangemessenen Situation, als die Sicherheitsabteilung des UN-Sekretariats sich weigerte, die von Rußland und der Agentur vereinbarte Route zu genehmigen. Danach begann sie zu behaupten, daß die IAEO alle Parameter der Mission selbst bestimmen würde. Dieser skrupellose Plan verzögerte den Besuch der Mission der Organisation im AKW um drei Monate.

Es besteht große Besorgnis über das Schicksal der russischen Soldaten, die in die Hände

ukrainischer Nationalisten gefallen sind. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, daß sie unter Verletzung des humanitären Völkerrechts mißhandelt wurden, einschließlich Hinrichtungen im Schnellverfahren. Ich bin sicher, daß diejenigen, die sich für die wahren Ereignisse in der Ukraine interessieren, Videoaufnahmen des Massakers der ukrainischen Nazis an russischen Kriegsgefangenen gesehen haben, die mit auf dem Rücken gefesselten Händen auf den Boden geworfen und in den Kopf geschossen wurden. Hat sich eines der hier vertretenen Länder zu diesem Verbrechen geäußert? Wir haben zahlreiche Beweise für diese und andere kriminelle Handlungen des Kiewer Regimes, die seit 2014 regelmäßig begangen werden. Die russischen Strafverfolgungsbehörden nehmen in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus der DNR und der LNR die Fakten der Verbrechen sorgfältig auf und untersuchen sie. Es wurden mehr als 220 beteiligte Personen identifiziert, darunter Vertreter des Oberkommandos der ukrainischen Streitkräfte und Kommandeure von Militäreinheiten, die Zivilisten beschießen. Gegen Bürger des Vereinigten Königreichs, Kanadas, der USA und der Niederlande wird wegen Söldneraktivitäten und krimineller

Handlungen in der Ukraine ermittelt. Ich versichere Ihnen, daß alle Verantwortlichen, ungeachtet ihrer Nationalität, zur Verantwortung gezogen werden.

Ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen. Als die russischen und ukrainischen Unterhändler Ende März dieses Jahres in Istanbul den von Kiew vorgeschlagenen Parametern für eine Einigung praktisch zugestimmt hatten, ereignete sich ein paar Tage später die Tragödie von Butscha. Niemand hat Zweifel daran, daß es sich um eine Inszenierung handelt. Unmittelbar nach diesem inszenierten Vorfall schürten unsere westlichen Kollegen die Hysterie und brachten ein neues Paket von Sanktionen gegen die Russische Föderation auf den Weg, indem sie uns beschuldigten, Zivilisten zu töten. Nachdem der Propagandaeffekt erreicht war, erinnerte sich niemand mehr an Butscha. Außer uns. In Anwesenheit des Generalsekretärs und der verehrten Minister appelliere ich noch einmal: Bitte veranlassen Sie die ukrainische Regierung zu dem einfachen Schritt, die Namen der Menschen zu veröffentlichen, deren Leichen in Butscha gezeigt wurden. Ich habe das seit Monaten gefordert. Keiner hört zu und keiner will reagieren. (...)

Weder der blutige Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 noch die Tragödie in Odessa am 2. Mai 2014 noch der Beschuß friedlicher Städte im Donbass noch die Bombardierung von Lugansk am 2. Juni 2014 noch viele andere Fakten haben zu irgendeiner sichtbaren Reaktion des Internationalen Strafgerichtshofs geführt. Mehr als 3000 Anträge wegen Verbrechen gegen Bewohner des Donbass wurden an den Gerichtshof übermittelt. Es hat keine Reaktion gegeben. Offensichtlich hat die Führung dieses „Justizorgans“ nun „von oben“ den Befehl erhalten, einen Sturm der Entrüstung zu entfachen. (...) Alles, was ich gesagt habe, bestätigt noch einmal, daß die Entscheidung für die Militäroperation unvermeidlich war. Wir haben mehr als einmal darüber gesprochen. Wir haben zahlreiche Beweise vorgelegt, die zeigen, wie die Ukraine sich darauf vorbereitet hat, als Sprungbrett zur Schaffung und Umsetzung von Bedrohungen für die russische Sicherheit die Rolle des „Anti-Rußlands“ zu spielen. Ich kann Ihnen versichern, daß wir das nicht zulassen werden.

Redaktionell gekürzt

Komplettabrechnung mit dem Westen und neuer Antikolonialismus

Wladimir Putin hat am 30. September das Abkommen über den Beitritt von vier neuen Gebieten zu Rußland unterzeichnet. Vor der feierlichen Zeremonie hat er diesen Schritt in einer Rede begründet. Er begrüßte die ehemals ukrainischen Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Cherson und Saporoschje in der russischen „historischen Heimat“. Die letzte große Grenzverschiebung im Rahmen der Auflösung der Sowjetunion nannte er eine „nationale Katastrophe“, die tiefe Narben hinterlassen habe.

Die Referenden zum Beitritt zum russischen Staatsgebiet betrachtete Putin als Ausdruck des Volkswillens. „Es gibt nichts Stärkeres als den Willen von Millionen von Menschen.“ Er rief Kiew dazu auf, diese freie Willensäußerung zu respektieren und zu Verhandlungen zurückzukehren. Den Menschen in den neuen Gebieten „des Donbass und Neurußlands“ versprach er, daß alles wieder aufgebaut werde, auch das Rentensystem, die Krankenversorgung und das Bildungswesen.

Putin sprach auch die in Rußland mobilisierten Soldaten und Offiziere, die freiwilligen Kämpfer und deren Familienangehörige an und erklärte, wofür „unser Volk kämpft, was für ein Feind ihm gegenübersteht und wer die Welt in neue Kriege und Krisen stürzt“.

„Unsere Landsleute, unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine, der verwandte Teil unseres geeinten Volkes hat mit eigenen Augen gesehen, was die führenden Eliten des sogenannten Westens für die ganze Menschheit bereithalten. Im Grunde ließen sie ihre

Masken fallen und zeigten ihr wahres Gesicht.“ In seiner Rede nahm Putin eine komplette Abrechnung mit dem nach uneingeschränkter Macht strebenden westlichen Kolonialismus vor. Er erinnerte die Versammelten daran, daß Rußland im 20. Jahrhundert schon einmal an der Spitze der antikolonialen Bewegung gestanden hatte. Er nannte die Opiumkriege in China, die Ausplünderung Indiens, den Vietnam-Krieg, die grausame Bombardierungen Koreas, Dresdens, Kölns und Hamburgs sowie den Einsatz von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki als Beispiele für menschenfeindliches Kolonialverhalten.

(...) Putin betonte: „Die Hegemonie (der westlichen Eliten) ist eindeutig totalitär, despotisch und mit der Apartheid vergleichbar. Sie teilen die Welt schamlos in ihre Vasallen, die sogenannten zivilisierten Länder, ein, alle anderen zählen nach Ansicht der heutigen westlichen Rassisten zu den Barbaren und Wilden. Falsche Etiketten – ‚Schurkenstaat‘, ‚autoritäres Regime‘ – stehen sofort zur Verfügung. Sie stigmatisieren ganze Völker und Nationen ... Wir haben einen solchen politischen Nationalismus und Rassismus nie akzeptiert und werden ihn auch nie akzeptieren.“

Mehrmals erwähnte der russische Präsident, daß das Ziel der westlichen Hegemonie die Schwächung und darauf folgende Zerstückelung Rußlands, die Versklavung seiner Bevölkerung und die Auslöschung seiner Kultur sei. Er unterstrich, daß die Diktatur des Westens nicht nur gegen andere Länder und Gesellschaften gerichtet ist, sondern auch gegen

die eigenen Völker. „Dies ist eine Herausforderung für alle. Es ist die komplette Verleugnung der Menschheit, die Untergrabung des Glaubens und der traditionellen Werte. Die Unterdrückung der Freiheit hat Züge einer Religion angenommen: des astreinen Satanismus.“

Putin erklärte, daß Rußland auf der ganzen Welt viele Gleichgesinnte habe, und wies auf in eine sich neu formierende Bewegung hin, die ihrem Wesen von einem befreienden, antikolonialen Charakter bestimmt sein werde. „Wir wollen, daß Despotie Geschichte bleibt. Wir wollen diese beschämende Geschichte überblättern.“ Im Kampf gegen diese ungerechte Weltordnung sieht Putin die Hauptaufgabe Rußlands.

„Dies ist ein Schlachtfeld für unser Volk, für ein größeres historisches Rußland, für zukünftige Generationen, für unsere Kinder, Enkel und Urenkel. Wir müssen sie vor der Versklavung, vor den monströsen Experimenten, die ihren Geist und ihre Seele verkrüppeln wollen, schützen. Heute kämpfen wir dafür, daß niemand auf die Idee kommt, Rußland, unser Volk, unsere Sprache, unsere Kultur könnten aus der Geschichte verschwinden.“

Nur einmal hat Putin in seiner Rede Atombomben erwähnt. Mit deren Abwurf über die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki hätten die USA einen Präzedenzfall geschaffen, erinnerte der russische Präsident.

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 30.9.22

Zeitenwende: Aufrüstung und Militarisierung und Waffenexporte

Mit seiner Zeitenwende-Rede haben Kanzler Olaf Scholz und die Ampel-Koalition ihr Füllhorn über die Bundeswehr ausgeschüttet. 100 Milliarden Euro für neue Waffen, im Grundgesetz verankert, sollen dazu dienen, gigantische Rüstungsvorhaben über viele Jahre abzusichern und dazu beitragen, daß dauerhaft zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung ins Militär fließt. Die zwei Prozent sollen schon 2022 erreicht werden und nicht erst 2031, was Kramp-Karrenbauer 2019 festgelegt hatte. Das bedeutet einen gewaltigen Anstieg der Ausgaben. Konkret: In den Jahren seit 2014 war der Anstieg pro Jahr nominal im Durchschnitt 7,5 Prozent. Verzeichnete die NATO für Deutschland 2014 nach ihren Kriterien – und nur die gelten – Ausgaben von 34,75 Mrd. Euro (1,19 % des BIP) schätzt sie die nominalen Ausgaben für 2021 auf 53,03 Mrd. Euro (1,49 % des BIP). Für dieses Jahr taxiert die NATO die deutschen Ausgaben auf 55,6 Milliarden Euro, was 1,44 Prozent des BIP entspräche.

Für kommendes Jahr soll erstmals aus dem 100 Milliarden-„Sondervermögen“ Geld genommen werden: 8,5 Milliarden. Nach Kriterien der NATO dürften die deutschen Ausgaben damit auf 64 Milliarden hochschnellen. Ein gewaltiger Sprung um 15 Prozent nach oben. Mit 1,6 Prozent des BIP ist das Zwei-Prozent-Ziel auch im nächsten Jahr noch nicht erreicht, obwohl Scholz es im Februar anders verkündet hat. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Ampel es aufgegeben hat. Der Bundestagsbeschluß von Anfang Juni sieht vor, daß die zwei Prozent im Durchschnitt von fünf Jahren erreicht werden sollen. Da man in diesem Jahr und im nächsten unter den zwei Prozent bleibt, muß man in den Jahren danach mehr als zwei Prozent ausgeben. Das bedeutet, daß von 2023 zu 2024 mit einem Plus von 50 Prozent zu rechnen ist. Meine Prognose: In zwei oder drei Jahren werden die deutschen Militärausgaben explodieren und die 100 Milliarden Euro-Grenze durchbrechen. Diese Ausgabenhöhe würde sich entsprechend des Bruttoinlandsprodukts bis 2030 und weit darüber hinaus fortsetzen.

Mit dieser Ausgabenhöhe wird ein langfristiger Plan verfolgt. Wohin es geht, verkündete Scholz Ende Mai: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen.“ Das heißt, Großbritannien und Frankreich sollen mit dem Aufrüstungsprogramm überflügelt werden.

Finanziert werden sollen damit gewaltige Rüstungsprojekte, die schon seit Jahren aufgelegt sind, für die es bisher nur keine Finanzierung gab. Als Argument gilt der Ukraine-Krieg, aber dafür sind die Projekte gar nicht gedacht. Mit dem Geld soll früher als geplant eine Verdopplung der konventionellen Schlagkraft der Bundeswehr erreicht werden. Nicht erst in 10 Jahren, sondern Jahre früher. Das zeigt sich vor allem daran, daß

zwei der für 2031 der NATO versprochenen drei Heeres-Divisionen schon 2027 Gewähr bei Fuß stehen sollen.

Die Hälfte der Luftwaffe wird in den kommenden zehn Jahren erneuert. Herausragend darin: 35 Tarnkappenbomber F-35 für die nukleare Teilhabe der NATO, die in den USA gekauft werden, um US-Wasserstoffbomben von Büchel aus speziell gegen verbunkerte Ziele in Rußland einsetzen zu können, sowie 15 Eurofighter zur Ausschaltung der russischen Flugabwehr. Macht etwa 14 Milliarden Euro. Die Marine vergrößert ihre Flotte bis 2032 bei Überwasserkampfschiffen um 80 Prozent, bei U-Booten um ein Drittel. Auffallend ist, daß die Kriegsschiffe immer größer werden und zunehmend von See an Land schießen können. Die Flotte soll weltweit dauerhaft einsetzbar werden.

Auffallend ist auch, daß das militärische Ausgreifen in den Pazifik sehr zunimmt, sowohl bei Marine und Luftwaffe als auch beim Heer – durch Teilnahme an Manövern. Generalinspekteur Zorn sagt: „So wollen wir unsere Präsenz in der Region verstetigen.“ Klarer Fall, die Bundeswehr wird auf China ausgerichtet. Die für Deutschland kostspieligsten Projekte sind FCAS und MGCS. Beide sollen aus den 100 Milliarden finanziert werden. FCAS ist ein nuklearfähiges Luftkampfsystem der Zukunft mit Kampfdrohnen wie den Eurodrohnen und Drohnenschwärmen, wobei Künstliche Intelligenz im Zentrum steht. Dassault und Airbus sollen FCAS gemeinsam bis 2040 entwickelt haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Militärsparte von Airbus vor allem als deutscher Konzern gilt, der zwei Drittel des FCAS-Auftragsvolumens beansprucht.

FCAS übertrifft an Gigantomanie alles. Mit 100 Milliarden Euro Entwicklungskosten und einem Umsatz von 500 Milliarden Euro wird es fünfmal gigantischer als das bisher größte europäische Projekt Eurofighter. Mit FCAS soll die EU unabhängig von den USA eine strategische Autonomie erringen. Ziel ist es, eine globale Luftüberlegenheit zu schaffen. Scholz verfolgt FCAS ebenso mit höchster Priorität, das hat er in seiner Zeitenwende-Rede gesagt, wie das ebenfalls deutsch-französische Panzerprojekt MGCS. Hier will man unter deutscher Führung eine neue Generation von Kampfpanzern bis 2035 entwickeln, mit dem dank des Einsatzes von Hochgeschwindigkeitswaffen und Robotik jede Panzerschlacht gewonnen werden soll.

In letzter Zeit wurden vor allem führende Stimmen aus der SPD lauter, die von der EU eine „geopolitische Bedeutung“ einfordern, wie der SPD-Vorsitzende Klingbeil. Aber auch Scholz forderte, die Reihen zum „Aufbau einer europäischen Verteidigung bei technologischer Souveränität“ zu schließen. In seiner Prager Rede forderte er nachdrücklich Mehrheitsentscheidungen der EU, um „einem weltpolitikfähigen geopolitischen Europa deutlich näher zu kommen“. Ziel sei es,

„Einsätze einer Gruppe von Mitgliedstaaten anzuvertrauen, die dazu bereit ist – sozusagen einer ‚Koalition der Entschlossenen‘.“

Die Welt sollte aufhorchen, wenn führende Politiker der größten Regierungspartei eines Landes, von dem die beiden Weltkriege ausgingen, Klingbeil und Scholz, hierbei einen deutschen Führungsanspruch formulieren. Klingbeil wörtlich: „Deutschland muß den Anspruch einer Führungsmacht haben.“

Denn zu bedenken ist folgendes: Da Deutschland als größte Wirtschaftsmacht Europas die höchsten Militärausgaben anstrebt und bei den Mega-Militärprojekten die technologische und finanzielle Führung beansprucht, formuliert die SPD-geführte Bundesregierung nichts weniger als den Anspruch, die EU mit Deutschland an der Spitze zu einer militärischen Weltmacht ausbauen zu wollen. Aber das ist längst nicht alles. Großes Ungemach droht von jenseits des Atlantiks.

Mit der Stationierung von US-amerikanischen Hyperschallwaffen droht Europa ein Déjà-vù. Wie vor 40 Jahren die Pershing II sollen sie nur einem Zweck dienen, die russische Führung mit einem Enthauptungsschlag eliminieren zu können.

Dark Eagle hat 12-fache Schallgeschwindigkeit, trifft mit konventionellem Gleitsprengkopf punktgenau, ist im Flug manövrierfähig und kann nicht abgefangen werden. Jedenfalls bisher nicht. Sie sollen von Wiesbaden aus kommandiert werden. Die US-Soldaten dafür sind seit November im Land. Übrigens dieselbe Truppe mit ihren Kanonieren, die damals in Grafenwöhr für die Pershing II zuständig waren. Die Flugzeit von Bayern nach Moskau beträgt 10 Minuten. Im nächsten Jahr schon muss mit der Stationierung von Dark Eagle gerechnet werden.

Das darf nicht passieren, weil es hochgradig destabilisierend in Europa wirkt und Rußland geradezu zu militärischen Präventivmaßnahmen einlädt, die auf Deutschland zielen. Was wären die Folgen davon?

Die Bevölkerung hat von diesen US-Machenschaften bisher keine Ahnung. Es muß vor allem Öffentlichkeit erzeugt werden.

Anfang der 80er Jahre war der Krefelder Appell deshalb so erfolgreich, weil er eine Einpunkt-Forderung beinhaltete, und Unterschriftensammlungen zur Mobilisierung führten. Neue Friedensinitiativen entstanden in Stadt und Land, in Betrieben und Gemeinden. Ich finde, wir sollten an diese Methode anknüpfen.

Lühr Henken

Auszug aus einer Rede des Autors, die er als Gast des Runden Tisches der Fraktion Die Linke im Bundestag am 9. September gehalten hat.

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik. Er arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination.

Beginnt eine neue Phase des Ukraine-Konflikts?

Lassen wir zu Beginn wieder westliche Realistisch denkende Experten zu Wort kommen.

Bezüglich der Ursachen und der Einordnung dieses Ukraine-Konflikts legte der Schweizer Friedensaktivist Dr. Daniele Ganser am 1. September u.a. dar, daß der Maidan-Putsch unter US-Präsident Obama 2014 initiiert und von Victoria Nuland (US-Außenamt) organisiert wurde und daß die USA dafür fünf Milliarden Dollar zur Verfügung stellten. Durch den Putsch wurde der demokratisch gewählte Präsident der Ukraine gestürzt und ein USA-genehmer eingesetzt. Beweis: In einem bekannt gewordenen Telefongespräch teilte Frau Nuland dem Botschafter der USA in der Ukraine mit, daß ein Herr Jazenjuk von den USA als Präsident eingesetzt wird. Die russische Spezialoperation sei deshalb und wegen des ständigen (bis auf das Dreißigfache angestiegenen) Beschusses der Republiken LVR und DVR durch die ukrainischen Nazi-Bataillone als Folgereaktion Rußlands anzusehen. Dr. Ganser findet, daß beide Operationen das Völkerrecht verletzen (was der Autor nicht so sieht) und daß die Ukraine nur eine Perspektive hat, wenn sie neutral und kein NATO-Mitglied ist. Er tritt gegen die Waffenlieferungen und gegen die Erbringung von anderen militärischen Leistungen des Westens für die Ukraine auf, weil dadurch die militärischen Auseinandersetzungen verlängert und die Opferzahlen und Zerstörungen bedeutend ansteigen würden. Ganser spricht sich für die Fortsetzung der bereits stattgefundenen Verhandlungen der Seiten aus. Er verwies darauf, daß die USA und die EU ebenso einen Informations- und Wirtschaftskrieg gegen Rußland führen. Letzterer richte sich sogar gegen die eigenen Verbündeten, die aufgrund der von Washington ausgehenden Energieträgersanktionen und der terroristischen Aktivitäten gegen die Erdgas-Pipelines NS-1 und NS-2 ihre Preisvorteile durch billigere russische Energieträger verlieren und nun teures Erdgas, vornehmlich aus den USA, importieren müssen. Damit kann die europäische Wirtschaft bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt werden. Der US-Administration sei es gelungen, ihren alten Traum, die Verflechtung von russischer rohstoffgestützter und deutscher technologiegestützter Wirtschaft zu beenden, in die Tat umzusetzen.

Zu den im September gestarteten Offensiven der Ukraine/NATO-Streitkräfte

Der Schweizer Geheimdienst-Offizier und Analyst Jaques Baud vertritt die Ansicht, daß die Geländeverluste für die russische Seite damit zu erklären sind, daß die als begrenzte militärische Spezialoperation deklarierten Kampfhandlungen Rußlands mit Einschränkungen der militärischen Möglichkeiten und bei Anwendung der Regel, das Leben der Bürger der Ukraine zu schützen, einhergingen. Er stellte fest, daß Rußland bereits vor der ukrainischen Offensive seine Truppenpräsenz in dieser Region ausgedünnt, die Lager und

Basen teilgeräumt und die Rückzugswege vorbereitet hatte, da die dort abgezogenen Kräfte zur Verstärkung der Verteidigung des Donbass dringend benötigt wurden. Ein weiterer Hauptgrund liegt bei den westlichen Waffenlieferungen, deren Umfang in letzter Zeit enorm zunahm und zu denen immer modernere Waffen, darunter Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie Panzerabwehrwaffen, Artillerie, weitreichende Mehrfachraketenwerfer verschiedener Typen, Flugzeuge, Hubschrauber, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, neuste LV-Komplexe und anderes, gehören. Zusätzlich wurden die Ukraine/NATO-Streitkräfte (SK) mit US-Aufklärungsdaten für die Führung der Kampfhandlungen in Echtzeit aus dem Kosmos versorgt. Sie erhielten weiterhin vom Westen verstärkt Artillerie- und Raketensysteme großer Reichweiten sowie die zu deren Bedienung notwendigen Waffenspezialisten (beurlaubte NATO-Soldaten und Reservisten) und kriegserfahrene Söldner, z. B. der privaten Militärfirma „Academi“ (bis 30 % der Angreifer).

So konnten die durch NATO-Kräfte verstärkten ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) zwar einen Großteil des Charkower Gebiets besetzen, mußten aber auch erhebliche personelle und materielle Verluste hinnehmen. Sie hatten zudem Schwierigkeiten, die hauptsächlich durch die hunderttausend zwangsmobilisierten Soldaten hervorgerufen wurden, die maximalen Möglichkeiten der westlichen Waffen bei deren Kampfeinsatz abzurufen. Übrigens wurde am 4. Oktober in Wiesbaden ein neues US-Kommando zur Koordinierung der westlichen Kriegsunterstützung in der Ukraine gebildet. Die Hilfen für Sicherheitsaufgaben für dieses Jahr umfassen 1,1 Milliarden US-Dollar. Die bisherigen militärischen Lieferungen und Leistungen beliefen sich auf fast 17 Milliarden.

Einige Gedanken zum Echtzeitkrieg

Der US-Multi-Milliardär Musk unterhält im Kosmos ein Satelliten-Drohnen-System, bestehend aus über 3 000 Drohnen-Satelliten („StarLink“), welches die Aufgaben Aufklärung, Truppenführung und Waffenlenkung im Auftrag der US-Regierung für die Ukraine in Echtzeit erfüllt. D. h., daß man auf russischen Artillerie- und Raketenbeschuß bereits nach ein bis zwei Minuten zielgerichtet reagieren kann. Der neue Kommandierende der Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) Armeegeneral Surowikin will diesen Echtzeitvorteil der Ukraine durch das StarLink-System schnellstmöglich beiseitigen. So können die Satelliten-Drohnen des Musk-Systems mit Laserwaffen des Typs Pereswet effektiv vernichtet werden. Musk ging es also nicht nur ums Geld, als er der Ukraine die Rechnung vorlegte, sondern um sein Image. Die derzeitige Hauptmethode zur Unterdrückung der US-Militär-Satelliten besteht im Stören und Blenden derselben durch die Mittel des funkelektronischen Kampfes der luft-kosmischen Kräfte der Russischen Föderation (RF). Damit verringern sich die personellen und materiellen Verluste der SK

der RF, und die NATO-Ukraine-SK verlieren ihre Vorteile bei der Truppenführung und Waffenlenkung und somit ihre bisherigen Angriffsfähigkeiten. Die Vernichtung von militärischen Satelliten und Satelliten-Drohnen ist überhaupt nur deshalb möglich, weil es für diese kosmischen Waffen keine begrenzenden Vereinbarungen zwischen den USA und der RF gibt. Auf dem Gefechtsfeld setzen die SK der RF erfolgreich ein neues Flugzeug-Drohnen-gestütztes Aufklärungs- und Waffenlenkungs-system ein.

Was ändert sich nach der Aufnahme der vier Republiken in die RF?

Rußland erhält einen zusätzlichen Sicherheitspuffer, mehrere Industriegebiete, eine Landverbindung und die Wasserversorgung zur Krim, mehr Schwarzmeerhäfen und die Möglichkeit, ein einheitliches Entscheidungszentrum für alle in der Ukraine handelnden SK der RF aufzubauen. Das Land begann eine Teilmobilmachung und aktivierte den militärisch-industriellen Komplex (MIK), um wieder die Initiative im Ukraine-Konflikt übernehmen zu können. Damit werden die Ukraine/NATO-SK bei Angriffen auf diese neue Ostgrenze und auf russisches Kernland zu Aggressoren. Die Ukraine hat einen Großteil ihrer strategischen Reserven bereits bei den bisherigen Offensiven aufgebraucht, und der Westen bekommt langsam Schwierigkeiten bei der Lieferung der notwendigen Waffen, da in vielen Ländern der West-Koalition die Arsenale leer sind und der MIK mehr Zeit benötigt, diese zu erneuern.

Zur Teilmobilmachung in Rußland

Mit der Teilmobilmachung soll die personelle Unterlegenheit der russischen Koalition mit Reservisten (bis 250 000), Freiwilligen (bis 40 000) und Söldnern aus verschiedenen Ländern (bis 75 000 aus Syrien und Nord-Korea) ausgeglichen werden. Mit dem massierten Einsatz von Kampf- (oder auch Killer-)Drohnen, von modernisierten Panzern und Terminatorpanzern, dem verstärkten Einsatz von Präzisions- und Hyperschall-Raketen sowie verschiedener Raketenwerfersysteme – darunter der schwere Mehrfachraketenwerfer Toc-1-Buratino und der thermobare MRW „Sonnenbrand“ –, aber auch mit dem Einsatz von in Syrien erfolgreich getesteten Waffensystemen des funkelektronischen Kampfes sowie mit Marinekräften und Fernbomberkräften sollen die gestellten Aufgaben erfüllt und die neuen Territorien verteidigt werden können.

Scott Ritter, ehemaliger Sicherheitsberater von Trump, sieht, trotz der Abwanderung von bis zu 200 000 Einzugsfähigen, die Teilmobilmachung nicht gefährdet. Er stellt, besonders nach dem Terrorakt auf die Krimbrücke, den Beginn einer neuen Phase der Kampfhandlungen der Seiten fest. Die Mobilisierten und Freiwilligen der RF werden mit der Eingliederung der neuen Territorien zu patriotischen Verteidigern der russischen Westgrenze. Um diese Haltung aufrechtzuerhalten sollte Russland intensiv daran arbeiten, seine

Soldaten rechtzeitig und mit modernen Waffen auszurüsten, was bisher nicht immer oder nicht in vollem Umfang gelang.

Wie sich zeigt, löst besonders der Krim-Anschlag einen bisher nicht dagewesenen Patriotismus bei Armee und Flotte sowie bei der Mehrheit des russischen Volkes zur Verteidigung der RF und der neuen Westgrenzen Rußlands aus, was bereits die explodierenden Mobilisierungszahlen und das Stoppen der ukrainischen Angriffsoperationen beweisen.

Zeichnet sich nach dem 10. Oktober ein Wendepunkt im Ukraine-Konflikt ab?

Mit dem Terroranschlag des ukrainischen und britischen Geheimdienstes auf die Krimbrücke wurden die von Rußland gesetzten roten Linien überschritten. Dieses Ereignis ist der Tropfen, der, nach einer Serie von Diversionsakten auf russische Territorien, das Faß zum Überlaufen brachte. Die russische Führung mußte erkennen, daß mit der bisherigen Kampfweise keine Verhandlungslösung zur Beendigung der Spezialoperation zu erreichen war. Rußland mußte aus den verlustreichen Fehlentwicklungen lernen und den Charakter der Kampfhandlungen radikal ändern.

Der ehemalige US-Oberst und Militärtheoretiker Douglas Macgregor verwies auf die Washington Post vom 13.10., welche die nun erfolgten verheerenden russischen Schläge gegen die Ukraine als einen Wendepunkt in diesem Krieg bezeichnete. Bisher kämpften auf russischer Seite höchstens 20 % der russischen Bodentruppen und dazu eine Mischung aus gut kämpfenden Freiwilligen und Milizen (Tschetschenen, Kosaken u. a.) sowie die kampfeffiziente Söldnergruppe Wagner. Nun haben wir es, sagt Macgregor, mit einem anderen Rußland zu tun. Auf dem ganzen Territorium der Ukraine, wurden nicht nur militärisch wichtige Objekte der kritischen Infrastruktur, sondern auch das Hauptquartier des ukrainischen Geheimdienstes und das deutsche Konsulat in drei Wellen mit 202 Raketen außer Gefecht gesetzt. Dabei wurden 80 % der erneuerten Luftverteidigung unschädlich gemacht, darunter das in Kiew gegen Boden-Boden-Raketen eingesetzte modernste US-Luftabwehrsystem NASAMS. An vielen Orten fielen Strom- und Wasserversorgung sowie das Internet aus. Das könnte ein Vorgeschmack darauf sein, was demnächst in Form einer Bodenoffensive Rußlands, die das Ziel hat, den ukr.-SK die Kampffähigkeit zu nehmen (Entmilitarisierung und Entnazifizierung, d. A.), zu erwarten ist.

Zum Verstehen der militärischen Lage gibt Macgregor die Verluste auf ukrainischer Seite für die gesamte Spezialoperation mit ca. 10 000 Toten und bis 400 000 Verletzten aus einer Armee von 600 000 Mann, an. Die von Selenskyj befohlenen Alleingänge der Armee haben dazu geführt, daß auf einen getöteten russischen Soldaten bis zu sieben tote oder verwundete Ukrainer kommen und daß die ukr.-SK zwei Armeekomplexe an Waffen (z. B. über 5 500 Panzer, Artillerie und einen Großteil der gelieferten NATO-Waffen) verloren hat. Bei den kommenden russischen Offensiven wird es die

ukrainische Armee mit gut trainierten sowie modern ausgerüsteten SK der RF zu tun bekommen, die erst am Dnepr haltmachen werden. Auch Charkow und Odessa, die immer russische Städte waren, können damit rechnen, von diesen russischen Truppen befreit zu werden. Die Ukraine wird danach ein Binnenland sein.

Der Angriff auf die Krim-Brücke, welche zugleich auch das „Symbol für die Wiedereingliederung der Krim mit dem russischen Kernland ist, gibt Rußland nicht nur das moralische, sondern auch das juristische Recht, in der natofizierten Ukraine einen neuen, schärferen Gang einzulegen. Damit kommt es zu einer Wende im NATO/Ukraine-Rußland-Konflikt, der nun in eine neue Phase eintritt.

Zur Frage des Einsatzes von Atomwaffen

Immer wieder gibt es in den westlichen Medien Meldungen darüber, daß Rußland bei Niederlagen und hohen Verlusten im Ukraine-Konflikt erwägen wird, taktische Atomwaffen einzusetzen. Putin hat niemals mit dem Atomwaffeneinsatz gedroht, aber er hat, im Gegensatz zu Biden, vor einem Einsatz solcher Waffen gewarnt. Nach Meinung russischer Militärspezialisten besitzt das Land effektive Waffensysteme, die über ähnliche Vernichtungseigenschaften wie Kernwaffen verfügen und die im Bedarfsfall eingesetzt werden können. Der Sprecher der russischen Regierung Peskow erklärte zum Atomwaffeneinsatz den russischen Standpunkt: „Die Atomdoktrin unseres Staates besagt, daß der Einsatz von Atomwaffen nur möglich ist, wenn der Feind Massenvernichtungswaffen gegen die Russische Föderation einsetzt oder es bestätigte Informationen über den Start ballistischer Raketen gibt, die auf russische strategische Objekte gerichtet sind. Der Einsatz ist auch dann zulässig, wenn konventionelle Waffen gegen unser Land eingesetzt und der Staat dabei in seiner Existenz bedroht wird.“

Damit vertritt Rußland diesbezüglich eine klare Position. Die Ukraine hingegen fordert, daß die anderen Nuklearstaaten bereits dann nukleare Vergeltungsschläge gegen atomare Abschubrampen in Rußland führen müßten, wenn man dort auch nur an den Einsatz von Atomwaffen denken sollte. Damit wird unmißverständlich klar, wer für die Anwendung von Kernwaffen im Ukraine-Konflikt plädiert und bereit ist, den Einsatz taktischer Atomwaffen zu provozieren. Zwischen den USA und Rußland scheint es seit neuestem jedoch Konsens darüber zu geben, daß der Einsatz von Atomwaffen, darunter auch taktischer, im Ukrainekonflikt als zu risikvoll und daher als unrealistisch angesehen wird.

Sind die NATO, die EU und Deutschland Kriegspartei?

Wie aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages herauszulesen ist, werden die EU-Staaten mit Waffenlieferungen, der Bereitstellung von Aufklärungs- und Geheimdienstangaben, der Ausbildung von Soldaten der Ukraine auf ihren Territorien, durch die Bereitstellung von Söldnern und Waffenspezialisten bei Kampfhandlungen zur Kriegspartei.

Nur Verhandlungen können die Eskalation des Konfliktes stoppen

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat hat nach der Anschlag- und Diversionsschleife der Ukraine, die eine beschleunigte Eskalationsspirale im Ukraine-Konflikt ausgelöst hat und die bis zu einem Atomkrieg führen kann, Ausführungen gemacht, die man aus den hiesigen Mainstreammedien nicht erfährt. So gab es bereits Anfang April 2022 eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Rußland über ein Ende der Kampfhandlungen und eine Friedenslösung, wobei sich Rußland aus den eroberten Gebieten zurückziehen und die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichten wollte. Der Premierminister von GB, Johnson, war es, der die Unterzeichnung im Auftrag des kollektiven Westens cancelte und somit die mögliche Beendigung des Konfliktes bereits im April nicht zuließ. Auch das bei der Aufnahmeszenerie der vier neuen Verwaltungsbezirke Rußlands von Putin gemachte Verhandlungsangebot wurde von Selenskyj abgelehnt. In der „Ukrainska Prawda“ konnte man darüber lesen, daß der Westen zur Beendigung des Krieges nicht bereit ist. Kujat mahnte an, daß EU-Europa mit den USA eine klare westliche Strategie ausarbeiten und umsetzen sollte, um die Ausdehnung des Krieges auf NATO- und russische Territorien zu verhindern und eine atomare Eskalation nicht zuzulassen, um so Voraussetzungen für eine europäische Sicherheits- und Friedenslösung zu schaffen. Er vertritt, wie er am 13.10. äußerte, den Standpunkt, daß der Westen keine Angriffswaffen an die Ukraine liefern sollte, um eine weitere Eskalation des Konfliktes zu vermeiden und Verhandlungen möglich zu machen. Einen Interessenausgleich in dieser militärischen Auseinandersetzung kann es aber nur zwischen den beiden Hauptakteuren USA und Rußland geben, da es um geopolitische Rivalität der großen Machtblöcke „China und Rußland“ sowie „USA und EU-Europa“ geht. Da nur eine diplomatische Lösung den immer opferreicheren eskalierenden Konflikt beenden kann, sollten die Seiten sofort mit Verhandlungen beginnen. Bleibt zu ergänzen, daß Rußland jederzeit dazu bereit ist, auf der Basis der erreichten militärischen u. a. Resultate mit dem Westen und der Ukraine diplomatische Verhandlungen zur Beendigung der Kampfhandlungen und zum Erreichen von Sicherheitsabkommen aufzunehmen.

Der „kollektive Westen“ sollte die auf dem SOZ-Gipfel von China getroffene Feststellung, „einen Waffenstillstand durch Verhandlungen und Lösungen, welche die Sicherheitsbedenken aller Seiten berücksichtigen“ (so vom chinesischen Außenamt formuliert), richtig deuten. Hiermit unterstützt China die russischen Forderungen des Rückzugs sämtlicher NATO-Strukturen aus der Nähe Rußlands, wie es in den russischen Forderungen vom Dezember 2021 fixiert ist. China beweist damit Rußland und dem Westen, daß es ein guter Vermittler für eine Deeskalation des Ukraine-Konfliktes sein könnte.

Oberst a. D. Gerhard Giese

Angriff auf Krim-Brücke

Am 8. Oktober 2022 um 6:07 Uhr Ortszeit erlebte Rußland symbolisch eine postmoderne Version von Pearl Harbor und dem 11. September zusammen, wenn auch in deutlich geringerem Umfang als die beiden letztgenannten weltverändernden Ereignisse. Die massiven Explosionen auf der berühmten Krim-Brücke (auch Brücke über die Straße von Kertsch genannt) katapultierten beträchtliche Teile dieses beeindruckenden Bauwerks ins Meer. Dieser rücksichtslose Akt ausgeklügelter Sabotage stellt somit sowohl buchstäblich als auch substantiell einen Wendepunkt im epischen Kampf zwischen Rußland und dem „kollektiven Westen“ dar, der sich kürzlich brennpunktartig im Ukraine-Konflikt konzentriert hat. (...) Nach dieser dramatischen und emotional aufgeladenen Offensivaktion in der Straße von Kertsch (...) wird der gefährliche Konflikt mit exponentieller Geschwindigkeit eskalieren, es sei denn, die führenden Politiker der Welt, die hauptsächlich für die Konfrontation verantwortlich sind, kehren ihren Kurs um und arbeiten so schnell wie möglich auf eine nachhaltige, friedliche Lösung hin.

Der Angriff auf die ikonische Krim-Brücke ist von solch großer Tragweite, da dieser sehr wertvolle Vermögensposten eine äußerst bedeutende strategische und symbolische Bedeutung hat. Erstens handelt es sich um die einzige Brücke über die Meerenge von Kertsch zwischen der Halbinsel Krim und dem russischen Festland (Region Krasnodar), welche einen stetigen Strom von Menschen und Waren von und zur Krim ermöglicht. Natürlich ist die gepaarte Brücke, die sowohl einen Straßen- als auch einen Schienenabschnitt umfaßt, auch ein bedeutender Verbindungsweg, um äußerst wichtige militärische Ressourcen zu der russischen Halbinsel zu transportieren, die dort dringend zu ihrer Verteidigung benötigt werden. (...) Kurz gesagt, die Brücke stellt die eiserne Verbindung zwischen der Halbinsel und dem Rest Rußlands dar. (...)

Wenn Rußland feststellt, daß die Ukraine allein oder zusammen mit einem oder mehreren Mitgliedern des „kollektiven Westens“ die massiven Explosionen auf der Krim-Brücke verursacht hat, ein Sabotageakt, der beträchtliches technisches Know-how und erhebliche personelle und materielle Ressourcen erfordert, wird es diesen rücksichtslosen und dreisten Terrorakt wahrscheinlich als reale Kriegserklärung an Rußland klassifizieren, vergleichbar mit dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ am 22. Juni 1941. Nach solch einem erneuten Angriff auf das russische Kernland hat der russische Präsident Wladimir Putin das Recht, im Gegenzug der Ukraine (...) und auch anderen Übeltätern zusammen den Krieg zu erklären. Auch könnte er in diesen Fällen in Rußland das Kriegsrecht einführen und seine diversen Feldzüge in ähnlicher Weise durchführen, wie es gerade die USA üblicherweise tun.

Wenn sich der russische Oberbefehlshaber formell im Krieg befindet, wird er sich frei fühlen, ohne die künstlichen, selbst

aufgelegten Beschränkungen aufgrund der Einstufung der Intervention als begrenzte, spezielle militärische Operation zu handeln. In diesem Fall wird sich Präsident Putin rechtlich berechtigt fühlen, nicht nur wie bisher Befehle für chirurgische Präzisionsschläge in einer eng begrenzten Zielzone zu



Krim-Brücke: Nach Angaben des russischen Ermittlungskomitees explodierte am Samstagmorgen ein Lastwagen auf dem Straßenteil der Krim-Brücke, wodurch sieben Treibstofftanks eines Eisenbahnzuges in Brand gerieten.

erteilen, sondern massenhaft entschlossene Offensivaktionen gegen Feinde im physischen, digitalen und informellen Bereich, im beträchtlichen Umfang und mit großem Wirkungsbereich, ohne Einschränkung des Angriffsbereichs durchführen. (...) Sollte sich Rußland in den aufeinanderfolgenden Eskalationsstufen nicht durchsetzen, wird der Konflikt am Ende wahrscheinlich zu einem globalen Konflikt von beispiellosem Ausmaß kulminieren, der viele weitere Länder aus Ost und West (unter anderem möglicherweise auch China und Indien) hinzuziehen wird. Denn nur ein solcher globaler Konflikt führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer grundlegenden Umgestaltung der gegenwärtigen Weltordnung, was das erklärte Ziel von Präsident Putin ist. (...)

Die Tatsache, daß offizielle russische Medien die Ansichten von Meinungsführern verbreiten, die die Durchführung der militärischen Spezialoperation kritisieren, ist kein Zeichen von „Basisrevolten“, Kontrollverlust und Zerfall, sondern eine bewußte Entscheidung der russischen Führung, die darauf abzielt, die Gesellschaft zu mobilisieren. Bezeichnenderweise stellen die meisten offiziellen Beobachter, die Teil der russischen Elite sind, die Entscheidung, die spezielle Militäroperation zum Schutz russischer Mitbürger und ihrer Kultur in der Ukraine zu starten, nicht in Frage. Statt dessen bemängeln sie, daß der Militäreinsatz mit zu viel Nachsicht (im Vergleich zu den üblichen brutalen Methoden namentlich der Vereinigten Staaten) und möglicherweise ohne maximale Effizienz geführt wird. Eine solche konstruktive Kritik von konservativen und patriotischen Hardlinern wird wahrscheinlich ein größeres Gefühl der Dringlichkeit schaffen, die gesamte Nation mobilisieren und die russische Führung dazu ermächtigen, im Ausland und in allen Lebensbereichen im Inland härtere, umfassendere Maßnahmen zu ergreifen (einschließlich beispielsweise der systematischen und holistischen Umstellung von Unternehmen,

Bildungseinrichtungen und Medienunternehmen auf Kriegsmodus). (...)

Leider haben wichtige Entscheidungsträger und viele Menschen im „kollektiven Westen“ absolut lebenswichtige Lektionen aus der Geschichte nicht gelernt und zu Herzen genommen. Wie ihre Vorfahren glauben sie erneut fälschlicherweise, daß Rußland wirklich besiegt, geteilt und zerstört werden kann. Doch selbst, wenn die russische Armee in bestimmten Phasen der Militäroperation in der Ukraine nur unterdurchschnittliche Leistungen erbracht haben sollte (was allerdings von außen und im Nebel des Krieges äußerst schwer festzustellen ist), wird Präsident Putin immer einen eisernen Siegeswillen bewahren.

Wie schon zuvor werden er und seine Landsleute große, wirklich unvorstellbare Opfer zur Verteidigung ihres heiligen und geliebten Landes nicht scheuen. (...) Als ernüchternde Tatsache muß man sich daran erinnern, daß die Sowjetunion nach einigen Schätzungen im Zweiten Weltkrieg bis zu 27 Millionen Menschen verloren hat (wobei über 11 Millionen militärische Tote zu dieser astronomischen Gesamtsumme gezählt werden). Dies war die höchste Zahl an Opfern unter allen Ländern der Erde in diesem epochalen Konflikt, der jedoch keinen nuklearen Schlagabtausch mit Rußland beinhaltete! (...)

(So) ist es äußerst besorgniserregend, daß viele wichtige russophobe Entscheidungsträger und einfache Bürger im „kollektiven Westen“ die folgenschweren Explosionen auf der Krimbrücke unter äußerstem Jubel gefeiert haben. Deshalb betrachtete beispielsweise der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Oleksiy M. Danilov, den Terroranschlag offenbar als verspätetes „Geburtstagsgeschenk“ für den einen Tag zuvor 70 Jahre alt gewordenen Wladimir Putin. Der ukrainische Beamte verbreitete nämlich durch den Mikroblogging-Dienst *Twitter* ein Video der beschädigten Brücke in Verbindung mit einer Aufnahme von Marilyn Monroe, wie sie ihr zauberndes „Happy Birthday“-Ständchen für den ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy singt. Hat Außenminister Danilow im Analogieschluß – Gott behüte – auch eine bevorstehende Ermordung des russischen Oberbefehlshabers angedeutet? Darüber hinaus machten ausgelassene Bürger in Kiew Fotos vor einer großformatigen Nachbildung einer Briefmarke, auf der die ikonische Brücke in Flammen dargestellt ist. Eine führende ukrainische Bank, Monobank, erstellte nur wenige Stunden nach dem Angriff bereits ein neues Debitkartenmotiv, das die beschädigte Brücke zeigt! Man kann sich nur wundern, wie schnell solch aufwändige Aktionen unmittelbar nach der Aggression durchgeführt wurden, was darauf hindeuten könnte, daß die Operation schon seit geraumer Zeit geplant war.

Gleichzeitig versäumten es die Mitarbeiter der meisten westlichen Leitmedien, eine kritische Perspektive auf diesen Terrorakt und seine un menschliche und unangemessene Rezeption durch die Elite und die allgemeine Bevölkerung in den feindlichen Gebieten anzubieten.

Stattdessen bewunderten die Journalisten offenbar die weitverbreitete Aufregung und stimmten unverhohlen in den ekstatischen Chor des zügellosen Jubels ein. Zu Propagandazwecken konzentrierten sich diese westlichen Informationskrieger in der Regel nur auf die militärische Nutzung und Nützlichkeit der Krim-Brücke. Sie blenden jedoch vermutlich absichtlich die entscheidende Tatsache aus, daß dieser Vermögenswert als zivile Infrastruktur eingestuft und hauptsächlich von friedlichen Zivilisten genutzt wird, die auch seine wichtigsten Nutznießer sind. Was am schlimmsten, aber leider ziemlich vorhersehbar war: Einige westlichen Journalisten behaupteten sogar, die Russen hätten die Krim-Brücke selbst in die Luft gesprengt! (...) Solche Reaktionen im Feindesland zeugen von korruptem Charakter und moralischer Orientierungslosigkeit, da der Sabotageakt auf die wichtige Brücke eindeutig einen illegalen Angriff auf die zivile Infrastruktur darstellt und – von den erheblichen wirtschaftlichen Schäden einmal abgesehen – den Tod mehrerer unschuldiger Zivilisten verursachte.

Im Gegensatz dazu kann ich mich nicht daran erinnern, daß sich Präsident Putin, obwohl er ein ehrgeiziger und entschlossener Kämpfer ist, jemals über den Verlust unschuldiger Menschenleben und die materielle Zerstörung gefreut hätte. Außerdem zeugt der Überschwang im Westen stark von Hybris-getriebenem Wahn und Verblendung. Denn die ungezügelter und hemmungslosen Anfeurer scheinen – was in der Tat ziemlich tragisch ist – nicht zu begreifen, daß Rußland ihnen als Vergeltung größere Schmerzen zufügen wird. Offenbar erkennen sie nicht, daß sie somit den bösen Kräften zum Opfer fallen werden, die sie selbst durch ihre üblichen Provokationen entfesselt haben, einschließlich des neuesten skandalösen Exzesses. Einer der größten Fehler, den ein Mensch auf dieser Erde machen kann, ist der Versuch, Rußland und seine Führer grundlegend zu demütigen, die zu Recht stolz auf ihr großes Imperium und ihre einzigartige Zivilisation sind, die dieser Welt so viele schöne Geschenke gemacht hat! (...) Zweifellos sind die Führer des „kollektiven Westens“ nur wenige Schritte von

einem absolut schrecklichen Abgrund und einer unvorstellbaren Katastrophe entfernt. Angesichts der beispiellosen existenziellen Gefahr für die ganze Welt sollten diese Funktionäre, anstatt sich über den groß angelegten Terroranschlag in der Straße von Kertsch unverhohlen zu freuen, diesen barbarischen Angriff auf die Krimbrücke öffentlich verurteilen, eine unparteiische und gründliche Untersuchung fordern und anschließend die Täter bestrafen. Außerdem wären diese westlichen Entscheidungsträger gut beraten, Rußland sofort an den Verhandlungstisch einzuladen und aufrichtig eine nachhaltige Friedenslösung anzustreben. (...)

Prof. Dr. Kai-Alexander Schlevogt

Redaktionell gekürzt

Prof. Dr. Kai-Alexander Schlevogt (Ph.D. Oxford; Univ.-Prof. SPbU a. D.) ist Buchautor und Experte für strategische Führung und Krisenmanagement.

Quelle: RTDE, 9. Okt. 2022

Der Krieg eskaliert

Und damit das Manipulieren und Fälschen bis zum Exzeß, Nachrichten ohne Benennung von Roß und Reiter, aktuellstes Beispiel: „Teile der Krim-Brücke eingestürzt“⁽¹⁾, meldete die Tagesschau, verwies auf einen „Brand auf der Brücke“ und sagte nicht sofort, was Sache ist: Daß die ukrainischen Machthaber schon vor dem Krieg Pläne schmiedeten, diese Lebensader der Krim abzuschneiden, die Brücke zum russischen Festland zu zerstören. Schweigt sich natürlich darüber aus, welche Folgen dieser Gewaltakt haben muß: eine weitere Eskalation des Kriegsgeschehens. Ganz anders die Nachrichten in den bewußten Medien. Putin habe wiederholt unterstrichen, „daß auf Angriffe auf russisches Territorium mit allen Mitteln reagiert werde und hinzugefügt: ‚Das ist kein Bluff.‘ Wenn er jetzt nicht reagiert, würde er sich als schwach und ängstlich zeigen.“⁽²⁾

Den Kontext zu Ereignissen darzustellen, Nachrichten damit verständlicher und einer sachgerechten Urteilsbildung dienlich zu machen, ist für ARD-aktuell längst kein journalistisches Muß mehr. Die verantwortungslose Haltung der Merkel-Regierung gegenüber dem völkerrechtlich verankerten „Minsk-II-Abkommen“ wurde von der Tagesschau ebenso devot übergegangen wie die Tatsache, daß USA, NATO und EU seit Jahren die Ukraine auf einen Krieg gegen Rußland orientierten – unter Einsatz ihrer Geheimdienste und Söldner. Und daß sie das Land mit Unmengen Waffen belieferten, es finanzierten und seine Soldaten und uniformierten Hitler- und Bandera-Fans trainierten. Damit sorgte auch die ARD-aktuell dafür, daß der Durchschnittszuschauer die verbrecherischen Umtriebe der wertewestlichen Regierungen nicht als Mitursache für den Krieg in der Ostukraine begreifen konnte.

Dieser Hintergrund erhellt, warum es so problemlos gelang, die Mehrheit der Bundesbürger gegen Rußland aufzuwiegeln und die seit Jahresbeginn gigantischen westlichen Waffenlieferungen als Beitrag zur Herbeiführung des Friedens (!) zu verkaufen – als ob es nicht längst ein Verbot von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete gäbe; es ist im Grundgesetz bereits in der Präambel verankert.⁽³⁾ Treffend beschrieben:

„Die Medien zeigen uns die Welt – allerdings nicht wie in einem Spiegel, sondern unvermeidlich als von ihnen erzeugte Welt, als Ergebnis eines höchst eigensinnigen Auswahl- und Produktionsprozesses. Diesen Prozeß selbst zeigen sie aber nicht: Weder die Filter noch die Zutaten noch die ‚geheimen‘ Künste ihres Handwerks ... wer keine Sensibilität dafür entwickelt, über welche Themen er lediglich hinwegastet und bei welchen er ungebührlich verweilt, weiß am Ende nichts Verlässliches von der Welt, die ihm da gezeigt wurde. Und ist doch überzeugt, sie mit eigenen Augen gesehen zu haben.“⁽⁴⁾ Filter und Zutaten setzt die Tagesschau gelegentlich so übermäßig und wider jede Logik ein, daß der kritische Zuschauer zweifelt, ob den Redakteuren noch etwas Rest-Verstand geblieben ist. Beispielsweise bei der Berichterstattung über den Beschuß des Atomkraftwerks Saporischschja: Obwohl das AKW von russischen Truppen besetzt ist, erweckte ARD-aktuell – unisono mit Selenski und seiner medialen Entourage im Westen – den Anschein, als hätten die Russen selbst auf das AKW geschossen.⁽⁵⁾ Wer auch dabei an die zuverlässig russophob hechelnde Moskauer Korrespondentin Ina Ruck als Autorin denkt, irrt: ARD-aktuell hatte eigens für diese schräge Nummer die Lateinamerika-Korrespondentin Xenia Böttcher in die Ukraine gekarrt. Deren Qualifikation für

wahrheitswidrige Meinungsmache und reaktionären Gossenjournalismus ist längst nachgewiesen, speziell mit ihren abfälligen und irreführenden Berichten über Venezuela.⁽⁶⁾ Filtern, filtern: Die EU beschloß kürzlich eine weitere Finanzhilfe von 5 Milliarden Euro für die Ukraine. Das Selenski-Regime wies das als ungenügend zurück.

„Jetzt will die Ukraine der EU schon vorschreiben, wie viel Geld sie aus Brüssel bekommt“⁽⁷⁾, empörte sich der Blogger Eric Bonse. Und was berichtete die Tagesschau über den Skandal? Nichts.

Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Redaktionell gekürzter Auszug aus dem Beitrag: Deutschlands Absturz: Scholz, Baerbock, Habeck und das neue deutsche Elend, 9. Oktober 2022

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/2022/10/09/deutschlands-absturz-scholz-baerbock-habeck-und-das-neue-deutsche-elend/>

- [1] <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-samstag-195.html>
- [2] <https://overtone-magazin.de/krass-konkret/anschlag-auf-die-krimbruecke/>
- [3] <http://ruestungsexport-info.de/ruestung-recht/grundgesetz-ruestungsexport.html>
- [4] <https://www.suhrkamp.de/buch/thomas-meyer-die-unbelangbaren-t-9783518126929>
- [5] <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1072447.html>
- [6] <https://amerika21.de/analyse/224027/venezuela-manipulation-mit-staatsvertrag>
- [7] <https://lostineu.eu/neues-vom-wirtschaftskrieg-129-bruessel-rechnet-mit-blackouts/>

Was westliche Politiker Putin in den Mund legen

Der Ex-Oberst des Generalstabs und Ex-Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz Jacques Baud äußerte sich in einem Interview u.a. zur Gefahr einer nuklearen Eskalation. Danach befragt, antwortete er:

In seiner Rede am 21. September erwähnte Wladimir Putin die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Natürlich sprachen die Medien sofort von nuklearer Bedrohung. Die er aber nicht ausgesprochen hat, sondern er warnte vor einer nuklearen Eskalation. Ich erinnere daran, daß Liz Truss am 24. August erklärte, es sei akzeptabel, Rußland mit Atomwaffen zu schlagen, und sie sei bereit, dies zu tun, selbst wenn es zu einer „globalen Vernichtung“ führen würde!1) Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß die derzeitige britische Premierministerin solche Aussagen macht, die bereits im Februar Warnungen des Kreml hervorgerufen hatten.2) Wladimir Putin mißtraut einem völlig irrationalen und unverantwortlichen Verhalten des Westens, der bereit ist, seine eigenen Bürger zu opfern, um von Dogmatismus und Ideologie geleitete Ziele zu erreichen. Dies geschieht derzeit übrigens auch im Bereich der Energie und dem der Sanktionen. Putin ist sicherlich besorgt über die Reaktionen hiesiger führender Politiker, die sich aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage, die sie durch ihre eigene Inkompetenz herbeigeführt haben, in immer unbequemeren Situationen befinden. Dieser Druck auf unsere Regierungsverantwortlichen könnte dazu führen, daß sie den Konflikt eskalieren lassen, nur um ihr Gesicht zu wahren.

Mit anderen Worten: Der Westen und sein fehlerhaftes Verhalten sind die eigentlichen Unsicherheitsfaktoren ... Verstehen westliche Politiker die Situation?

Ich bin mir nicht sicher, ob unsere Politiker eine klare und objektive Sicht auf die Situation haben. Das Problem der derzeitigen westlichen Politiker ist, daß keiner von ihnen aktuell die intellektuellen Fähigkeiten

besitzt, um sich den Herausforderungen zu stellen, die sie durch ihre Dummheit selbst geschaffen haben.

Die Russen – und insbesondere Wladimir Putin – haben sich in ihren Erklärungen immer sehr klar ausgedrückt und systematisch und methodisch das getan, was sie gesagt haben. Natürlich kann man mit dem, was er sagt, nicht einverstanden sein, aber es ist ein großer Fehler, nicht auf das zu hören, was er sagt. Denn wenn man zugehört hätte, hätte man verhindern können, daß die Situation so geworden ist, wie sie ist.

In dem Auszug aus dem Dokument der RAND Corporation aus dem Jahr 2019 erfährt man, wie Rußland destabilisiert werden kann. Dieses Dokument zeigt, daß die USA eine Subversionskampagne gegen Rußland anstrebten, bei der die Ukraine nur ein unglückliches Instrument war.

Unter dem Vorwand, daß Wladimir Putin ein Diktator sei, weigert man sich, auf das zu hören, was er sagt, und ist dann erstaunt über das, was er tut. Das ist einfach nur dumm. Unsere Medien geben ihre Aussagen nicht nur nicht wahrheitsgetreu wieder, sondern verzerren sie, um ein Narrativ zu schaffen, das nicht den Tatsachen entspricht. So legt RTS in bezug auf Putins Rede vom 21. 9. ihm den Ausdruck „Nazi-Regime in Kiew“ in den Mund. Putin verwendet diesen Begriff jedoch nie. Statt dessen spricht er von einem „Neonazi-Regime“, was technisch und politisch gesehen etwas ganz anderes ist, und die mit den Bezeichnungen übereinstimmt, die im Westen (vor Februar 2022) zur Beschreibung der Kräfte verwendet wurden, die das ukrainische Vorgehen bestimmen.

Es ist außerdem interessant, die allgemeine Situation, die wir derzeit beobachten, mit dem zu vergleichen, was in den 2019 veröffentlichten Berichten der RAND Corporation beschrieben wurde, die eine Gebrauchsanweisung zur Destabilisierung Rußlands darstellten.

Wie man sieht, ist das, was wir derzeit beobachten, das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Szenarios. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Russen auf diese Weise voraussehen konnten, was der Westen gegen sie plante. So konnte sich Rußland politisch und diplomatisch auf die Krise vorbereiten, die man herbeiführen wollte. Es ist diese Fähigkeit zur strategischen Antizipation, die zeigt, daß Rußland eine stabilere, effektivere und effizientere Führung hat als die westlichen Länder. Aus diesem Grund glaube ich, daß, wenn dieser Konflikt eskalieren sollte, dies eher auf die Unfähigkeit des Westens als auf ein Kalkül Rußlands zurückzuführen sein wird.

Darüber hinaus stelle ich bezüglich der Schweiz fest, daß die Schweiz in eine Destabilisierungs- und Subversionskampagne hineingezogen wurde, die von Anfang an auf Rußland abzielte. Die Sanktionen, bei denen die Schweiz nach wie vor einer der Hauptakteure ist – sie ist derzeit der zweitgrößte „Sanktionierer“ der Welt, gleich hinter den USA – haben als einziges Ziel den Umsturz Rußlands.

Daß man es versäumt hat, diese vollkommen vorhersehbare Situation zu antizipieren und rechtzeitig vor Februar 2022 zu handeln, um die Ukrainer dazu zu bewegen, ihren Verpflichtungen im Rahmen des Minsker Abkommens nachzukommen, scheint mir das größte Versagen der Schweizer Diplomatie seit 1938 zu sein, wo sie sich bereits kompromittiert hatte.

Interviewer: Thomas Kaiser

Redaktionell gekürzt

Auszug einem Interview mit Jacques Baud in „Zeitgeschehen im Fokus“, Schweiz, 14. September 2022

- 1) <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/liz-truss-nuclear-butto>
- 2) <https://www.itv.com/news/2022-02-28/not-naming-names-but-it-was-liz-tr/uss-minister-blamed-for-putin-nuclear-move>

NATO-Atomkriegsmanöver

14 NATO-Staaten, darunter Deutschland, starteten am 17. Oktober ein Atomkriegsmanöver. Der Einsatz nuklearer Waffen mit geringerer Sprengkraft auf dem Schlachtfeld wird auch im Westen nicht ausgeschlossen.

14 NATO-Staaten, darunter Deutschland, führten im Schatten des Ukraine-Kriegs eine knapp zweiwöchige Atomkriegsübung durch. Mit dem Manöver („Steadfast Noon“) wurde die sogenannte nukleare Teilhabe geprobt; dabei flogen Kampffjets derjenigen europäischen NATO-Staaten, die US-Atomwaffen gelagert haben, die Bomben an ihren Einsatzort. An dem Manöver waren bis zu 60 Militärflugzeuge beteiligt, darunter neben Kampffjets auch Aufklärungs- und Tankflugzeuge. Die B61-Bomben, die sich zur Zeit auf verschiedenen Luftwaffenstützpunkten in Europa

befinden – so in Büchel in der Eifel –, sollen modernisiert und durch Bomben des Modells B61-12 ersetzt werden. Diese sind angeblich präzise steuerbar und können mit flexibler Sprengkraft eingesetzt werden, um gezielt tiefliegende Bunker zu zerstören, aber etwa auch, um gezielte Angriffe auf ein Schlachtfeld zu führen.

Das Argument, setze man die B61-12 mit niedriger Sprengwirkung ein, dann gebe es nur einen relativ geringen Fallout, droht laut Auffassung von Experten die Hemmschwelle von Militärs und vor allem von Politikern zu senken und damit die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes zu steigern. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl die Tornados der Bundeswehr als auch die Eurofighter vermutlich nicht mit der B61-12 kompatibel sind. Bestens

für sie geeignet ist allerdings die F-35. Entsprechende Tests wurden im vergangenen Herbst von der US-Luftwaffe durchgeführt. Damit stünde der Lagerung von B61-12 anstelle der bisherigen B-61-Atombomben auch in Büchel nichts mehr im Wege, falls die Bundeswehr die US-Kampffjets vom Typ F-35 beschafft.

Die jüngste öffentlich einsehbare US-Nuklearstrategie hat Einsätze nuklearer Waffen mit geringerer Sprengkraft für grundsätzlich zulässig erklärt. Berichten zufolge schließt sie auch die NATO nicht aus. Erst vor kurzem hat der ukrainische Präsident nukleare NATO-„Präventivschläge“ gegen Rußland gefordert.

Redaktionell gekürzt

Auszug aus: german-foreign-policy.com 17.10.22

Verrat an der Nation

Der kalte Kriegswinter 2022

Die Inflation steigt, und es steigen die Preise. Es steigen die Nebenkosten, und es steigt die Gefahr, im ukrainischen NATO-Krieg mehr zu werden als ein Waffenlieferant: Deutschland wird zum Kombattanten. Eine verantwortungslose Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Laut aktuellem paritätischem Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent einen neuen Rekord und den höchsten Wert seit 1989/90 erreicht. Damit fallen 13,2 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze.

Rubel steigt und steigt

Die Lage wird sich weiter verschlimmern: Die deutschen Hersteller haben ihre Preise im August wegen enorm hoher Öl-, Gas- und Stromkosten überraschend und in einer nie dagewesenen Stärke angehoben. Die Erzeugerpreise stiegen um durchschnittlich 45,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Rubel steigt und steigt. Und es steigen auch die Gewinne der russischen Firma Gazprom – des wesentlichen Gaslieferanten.

Begriff der Nation wurde von den Nazis mißbraucht

Der Begriff der Nation ist von den Nazis unerträglich mißbraucht worden. So sehr, daß er in Deutschland nur selten in positiven Zusammenhängen genutzt wird. Immerhin leistet sich das Wikipedia-Kinderlexikon eine einfache und neutrale Definition: „Eine Nation ist eine große Gruppe von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnt. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame kann die Sprache sein, die Geschichte, Traditionen, die Wirtschaft, die Kultur, die Religion, die Herkunft der Menschen und manches andere.“

Gemeinsam unter den Sanktionen leiden

Diese „große Gruppe von Menschen“ leidet zur Zeit gemeinsam unter den Sanktionen, die

eigentlich den Russen schaden sollten: Kleine Unternehmer gehen Pleite, Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Job, Mieter können sich ihre Nebenkosten nicht mehr leisten, Autofahrer müssen wegen der hohen Spritpreise ihre Autos stehenlassen. Das Gemeinsame all dieser Deutschen ist auch eine Regierung, die gegen das Wohl des Landes handelt.

Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro

Währenden die Zahl der deutschen Obdachlosen wächst, hat die Bundesregierung Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Darunter auch die Panzerhaubitze 2000. Was wird sein, wenn die russische Armee diese Waffe nicht mehr nur im Kampf in der Ukraine zerstört? Wenn man lieber gleich die Firma Rheinmetall, den Produzenten und Lieferanten dieser Waffe, außer Gefecht setzte? Denn Deutschland und seine Rüstungsfirmen sind längst zu Kombattanten im ukrainischen NATO-Krieg geworden.

Eine andauernde NATO-Aggression

Die russische Hyperschallrakete Avangard bewältigt die Entfernung von 2 000 Kilometern (Moskau – Düsseldorf) mühelos. Sollen die Rheinmetall-Arbeiter für die NATO sterben? Denn anders als in den üblichen Medien behauptet, hatte der Krieg schon lange zuvor begonnen: Mit der Einkreisung Rußlands durch NATO-Stützpunkte. Mit der einseitigen Kündigung des wichtigen IMF-Abrüstungsabkommen durch die USA. Durch den Aufbau von US-Biowaffenlaboren in der Ukraine. Durch die Drohung der Ukraine, ihren Atomwaffenverzicht rückgängig zu machen. Was die Welt zur Zeit in der Ukraine erlebt, ist die Antwort Rußlands auf diese Schritte einer andauernden NATO-Aggression.

In einem Atom-Krieg verglühen?

Soll die deutsche Nation in einem denkbaren Atom-Krieg verglühen? Denn der

konventionelle Krieg in der Ukraine kann sich atomar steigern. Immer noch sind auf deutschem Boden US-Atomwaffen stationiert. Diese ständige atomare Bedrohung Rußlands – die Waffen lagern im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz – macht Deutschland zum strategischen Ziel in einem Krieg zwischen den USA und Rußland. Doch statt der Gefahr einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland zu begegnen, heizt die Regierung Scholz-Habeck-Baerbock die Gefahr durch Waffenlieferungen und Großsprecheri weiter an.

Nationalkomitee Freies Deutschland

Das letzte Mal, daß der Begriff der deutschen Nation in einem historisch progressiven Zusammenhang benutzt wurde, war bei der Gründung des Nationalkomitee Freies Deutschland. Das Komitee wurde 1943 in Krasnogorsk von deutschen Antifaschisten gegründet. Die Gründer – „Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten“ – wollten Hitlers Krieg damals unbedingt beenden. Heute stehen wir vor einem neuen Krieg gegen Rußland.

Verrat an deutschen Interessen

Es sind die USA, die den Ukraine-Krieg wollen und sie wollen auch, daß sich die Deutschen an ihm beteiligen; daß Deutschland in einem Krieg gegen Rußland erneut besiegt würde. Wer das Land auch nur in die Nähe eines Krieges mit Rußland führt, der dient einer fremden Macht; der begeht Verrat an den deutschen Interessen. Es ist an der Zeit für ein neues „Nationalkomitee“. Damit ein eisiger Winter und ein heißer Krieg verhindert werden.

Uli Gellermann

Quelle: Rationalgalerie.de, 21.9.22

Die Einheit von Friedensfrage und sozialer Frage

1982 beendete ich meine Dissertation über die Frage, wie sich die Bundesrepublik Deutschland den Krieg vorstellt, mit einem Zitat aus den Lenin Werken. Da ist nachzulesen: „Kriege liegen ... im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militär-technische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.“ Nun war das Lenin und von dem wollen viele heute nichts mehr hören. Aber wer deshalb meint, er habe zu aktuellen Ereignissen nichts mehr zu sagen, bekundet bestenfalls Unkenntnis.

Denn dieser Text wurde vom internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 beschlossen. Und da hatte ihn August Bebel

eingebraucht. Dieser Text war dann auch gemeint, als Karl Liebknecht 1914 zur Begründung seiner Ablehnung der Kriegskredite anführte: „Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das Parteiprogramm und die Beschlüsse der internationalen Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken.“

Er war der einzige Abgeordnete, der sich nach dem Verrat der Mehrheit der Führung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag dazu bekannte.

Das ist auch all jenen ins Stammbuch zu schreiben, die heute meinen, die aktuellen Probleme der Linken seien dadurch zu lösen, daß sie mit einer Stimme spricht. Mit welcher Stimme? Mit der Stimme der Vaterlandsverteidiger, der Verteidiger der „westlichen Werte“ – wie

es heute heißt – oder mit der Stimme von Karl Liebknecht? Mit der Stimme derer, die im Bundestag die Ablehnung von Rüstungsexporten forderten oder mit der Stimme, die dem 100-Milliarden-Rüstungsprogramm als Bekundung der Solidarität mit der Ukraine Beifall klatschte?

Und noch einmal Karl Liebknecht 1914: „Die deutsche Parole „Gegen den Zarisismus“ diene – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus“ – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren.“

Dr. Artur Pech
Schöneiche

Aus: Linke Politik im Kreistag Oder-Spree, Extra 1/22, September 2022

Bei der Krise in der Ukraine geht es – um Deutschland

„Das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten, weswegen wir über Jahrhunderte Kriege geführt haben – den Ersten, den Zweiten und den Kalten Krieg – ist die Beziehung zwischen Deutschland und Rußland, weil diese beiden Länder vereint die einzige Kraft sind, die uns bedrohen könnte. Wir müssen sicherstellen, daß das nicht passiert.“ (George Friedman, Geschäftsführer von STRATFOR beim Chicago Council on Foreign Affairs)

Es geht um Deutschland und insbesondere um Nord Stream 2, die Deutschland mit Rußland verbindet. Washington sieht in der Pipeline eine Bedrohung für seine Vormachtstellung in Europa und hat bei jeder Gelegenheit versucht, das Projekt zu sabotieren. Dennoch wurde Nord Stream vorangetrieben und fertiggestellt. Deutsche Hausbesitzer und Unternehmen sollten eine verlässliche Quelle für saubere und preiswerte Energie haben, während Rußland einen erheblichen Anstieg seiner Gaseinnahmen verzeichnen würde. Eine Win-Win-Situation für beide Parteien.

Das außenpolitische Establishment der USA will jedoch nicht, daß Deutschland stärker von russischem Gas abhängig wird, denn Handel schafft Vertrauen, und Vertrauen führt zu einer Ausweitung des Handels. Je enger die Beziehungen werden, desto mehr Handelsschranken werden aufgehoben, Vorschriften werden gelockert, Reisen und Tourismus nehmen zu, und eine neue Sicherheitsarchitektur entsteht. (...) Es besteht auch keine Notwendigkeit, Energiegeschäfte in US-Dollar abzuwickeln oder US-Staatsanleihen zu horten, um Konten auszugleichen. Transaktionen zwischen Geschäftspartnern können in ihren eigenen Währungen abgewickelt werden, was zwangsläufig zu einem

starken Wertverlust des Dollars und einer dramatischen Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse führen wird. Aus diesem Grund lehnt die Regierung Biden Nord Stream ab. Es handelt sich nicht nur um eine Pipeline, sondern auch um ein Fenster in die Zukunft. Eine Zukunft, in der Europa und Asien zu einer massiven Freihandelszone zusammenwachsen, die ihre gegenseitige Macht und ihren Wohlstand steigert und die USA außen vor läßt. Wärmere Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland bedeuten ein Ende der „unipolaren“ Weltordnung, die die USA in den letzten 75 Jahren überwacht haben.

Ein deutsch-russisches Bündnis drohte, den Niedergang der Supermacht zu beschleunigen, die sich derzeit dem Abgrund nähert. Aus diesem Grund ist Washington entschlossen, alles zu tun, um Nord Stream zu sabotieren und Deutschland in seiner Umlaufbahn zu halten. Es ist eine Frage des Überlebens.

Die Ukraine ist Washingtons „ausgewählte Waffe“, um Nord Stream zu torpedieren und einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben. Die Strategie steht auf Seite eins des Handbuchs der US-Außenpolitik unter der Überschrift: Teile und herrsche. Washington muß den Eindruck erwecken, daß Rußland eine Sicherheitsbedrohung für Europa darstellt. Das ist das Ziel. Sie müssen zeigen, daß Putin ein blutrünstiger Aggressor ist, dem man nicht trauen kann. Zu diesem Zweck haben die Medien den Auftrag erhalten, immer wieder zu wiederholen: „Rußland plant eine Invasion in der Ukraine.“ Unausgesprochen bleibt dabei, daß Rußland seit der Auflösung der Sowjetunion in kein Land einmarschiert ist, daß die USA im

gleichen Zeitraum aber mehr als 50 Länder besetzten oder Regime gestürzt haben und daß die USA über 800 Militärstützpunkte auf der ganzen Welt unterhalten. Nichts davon wird von den Medien berichtet, statt dessen liegt der Fokus auf dem „bösen Putin“, der bereit ist, ganz Europa in einen blutigen Krieg zu stürzen.

Die ganze hysterische Kriegspropaganda wird mit der Absicht betrieben, eine Krise zu erzeugen, die dazu benutzt werden kann, Rußland zu isolieren, zu dämonisieren und schließlich in kleinere Einheiten aufzuspalten. „Die einzige Möglichkeit, die den US-Diplomaten bleibt, um europäische Käufe zu blockieren, besteht darin, Rußland zu einer militärischen Reaktion zu veranlassen und dann zu behaupten, daß die Rache für diese Reaktion jedes rein nationale wirtschaftliche Interesse überwiegt. Wie die Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, in einer Pressekonzferenz des Außenministeriums am 27. Januar erklärte: „Wenn Rußland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 nicht vorankommen.“ (America's Real Adversaries Are Its European and Other Allies, The Unz Review) Und Biden setzte nach: „Wenn Rußland einmarschiert ... wird es kein Nord Stream 2 mehr (geben). Wir werden dem ein Ende setzen.“

Mike Whitney

Mike Whitney ist ein unabhängiger Journalist, der im US-Bundesstaat Washington lebt.

Quelle: Unz.com, 11.2.22

Die Lügen des US-Imperiums über Biowaffen

Die bisher vorgelegten Beweise über die Arbeit der in der Ukraine betriebenen Biowaffen-Labore der USA sind schrecken-erregend. Zu den wichtigsten Erkenntnissen gehören:

Die Führung der Demokratischen Partei besteht aus US-Biowaffenideologen. Durch die Verbindung mit nichtstaatlichen Biotechnologie-Organisationen, welche die Investmentfonds der Clintons, Rockefeller, Soros und Bidens nutzen, profitierten sie von zusätzlicher, natürlich verdeckter Wahlkampffinanzierung. Parallel dazu schufen sie die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung des Biowaffenprogramms direkt aus dem US-Bundshaushalt.

Auch die COVID-19-Impfstoffhersteller Pfizer, Moderna, Merck und Gilead, die wie viele andere Firmen verdeckt mit dem Pentagon zusammenarbeiten und vom ehemaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld

einmal pauschal als „die bekannten Unbekannten“ bezeichnet wurden, waren direkt daran beteiligt (s. <https://www.swissinfo.ch/ger/ukraine-krieg-istverheerend-fuer-krebspatientinnen-und-forschung/47483424>).

US-Spezialisten testeten in den ukrainischen Biolaboren unter Umgehung der internationalen Sicherheitsstandards neue Medikamente. Laut Kirillov reduzieren westliche Unternehmen auf diese Weise die Kosten für Forschungsprogramme beträchtlich und verschaffen sich dadurch erhebliche Wettbewerbsvorteile.

Kirillov zufolge sind neben US-Pharmaunternehmen und Auftragnehmern des Pentagons auch ukrainische Regierungsstellen an militärischen Biotechnologieaktivitäten beteiligt, deren Hauptaufgaben darin bestehen, illegale Aktivitäten zu verbergen, Feldversuche und klinische Studien durchzuführen und das erforderliche Biomaterial bereitzustellen.

Das Pentagon, so Kirillov, habe sein Forschungspotenzial nicht nur auf die Herstellung biologischer Waffen ausgedehnt, sondern auch Informationen über Antibiotikaresistenzen und das Vorhandensein von Antikörpern gegen bestimmte Krankheiten in der Bevölkerung und in bestimmten Regionen gesammelt. Das Testgelände in der Ukraine befand sich praktisch außerhalb der Kontrolle der so genannten internationalen Gemeinschaft. Diese Erkenntnisse, die ausführlich dokumentiert sind, lassen auf ein riesiges, von US-Behörden autorisiertes Biowaffengeschäft schließen, das bis in die höchsten Ebenen der amerikanischen Politik reicht.

Pepe Escobar

Redaktionell gekürzt

Quelle: The Saker, 13.5.22 (<https://thesaker.is/empire-of-bioweapon-lies/>)

Sprengung von Nord Stream 2 – Kriegserklärung der USA?

Während die internationale Presse die Sabotage der Nord Stream-Gaspipelines wie eine Lokalnachricht behandelt, analysieren wir sie als Kriegshandlung gegen Deutschland, die Niederlande und Frankreich. Tatsächlich wurden die drei Gasversorgungsleitungen für Westeuropäer gerade gleichzeitig gekappt, während im gleichen Zug eine neue Gaspipeline für Polen eingeweiht wurde. (...)

Die Zerstörung von Nord Stream 2 ist die größte Sabotage der Geschichte. Ein Kriegsakt sowohl gegen Rußland (51 %), als auch gegen Deutschland (30 %), Mit-eigentümer dieser kolossalen Investitionen, aber auch gegen ihre Partner, Holland (9 %) und Frankreich 9 %).

Um diese beträchtlichen Zerstörungen zu erreichen, waren vor Ort U-Boote erforderlich, welche die regionalen Staatsorgane bereits identifiziert haben. Wenn es offiziell auch keine Indizien gibt, im polizeilichen Sinne des Wortes, haben die „Überwachungskameras“ (Sonare) bereits gesprochen. Die betroffenen Staaten wissen mit Sicherheit, wer der Schuldige ist. (...)

Seit dem Untergang der Sowjetunion haben die Vereinigten Staaten eine Weltkarte erstellt, die die internationalen Beziehungen erschüttert und sie dazu bringt, Regierungen zu stürzen und Kriege zu führen, um Routen für den Transport der Energiequellen zu bauen. Das war acht Jahre lang die Haupttätigkeit von Vizepräsident Al Gore, jetzt ist es die des Sonderberaters Amos Hochstein. Wir erinnern uns an den Krieg in Transnistrien, um einen Pipeline-Hub zu beschlagnahmen, dann an den Kosovo-Krieg, um eine Kommunikationsroute

durch den Balkan, den „8. Korridor“, zu bauen. Und nun erscheinen alle anderen Teile des Puzzles offen.

Es ist besonders schwierig, das Übel zu verstehen, das die Europäische Union gerade heimgesucht hat und aller Wahrscheinlichkeit nach ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch verursachen wird, weil die EU selbst einige der für ihren Bankrott notwendigen Entscheidungen getroffen hat.

Bis zum 26. September 2022 wurde Westeuropa hauptsächlich von Rußland mit Gas versorgt. Das Gas wurde entweder über die Brotherhood-Gaspipeline durch die Ukraine, über die Nord Stream-Pipeline oder noch über den Türkisch Stream transportiert. Die Vereinigten Staaten haben gerade nacheinander diese drei Wege abgeschnitten. Natürlich funktioniert die Brotherhood-Gaspipeline immer noch, aber sie kann jederzeit durch den Willen Kiews unterbrochen werden, Nord Stream wurde sabotiert und Türkisch Stream kann wegen der Sanktionen, die die Union auf Ersuchen der USA ergriffen hat, nicht mehr erwartet werden. (...)

Nord Stream wurde von 9 Staaten gebaut, von denen 4 Eigentümer sind. Er wurde 2011 in Betrieb genommen. Seit der Amtszeit von Donald Trump im Jahr 2017 hat der US-Kongreß gegen Unternehmen, die am Betrieb von Nord Stream 1 beteiligt sind, mit Sanktionen gedroht und auch gegen diejenigen, die am Nord Stream 2-Projekt beteiligt sind. (...) Viele rechtliche Hindernisse wurden eingesetzt, um russisches Gas in Westeuropa nicht nur durch die Vereinigten Staaten, sondern auch durch Polen zu verhindern. (...)

Im Juli 2021 war wohl eine Vereinbarung getroffen worden, wonach Nord Stream 2 durch Wasserstoff hätte ersetzt werden sollen ... in der Ukraine! Und das dann ab 2024 (Datum des Endes des russisch-ukrainischen Vertrags) mittels der ehemaligen umgebauten Brotherhood-Gaspipeline hätte weiter transportiert werden sollen. Bundeskanzler Olaf Scholz machte nach seiner Amtseinführung im Dezember 2021 innerhalb weniger Monate zwei schwere Fehler. Kaum gewählt, begab er sich am 7. Dezember ins Weiße Haus, wo er versuchte, den Vereinigten Staaten zu widerstehen, die ihn aufforderten, kein russisches Gas mehr anzunehmen. Zurück in Deutschland, entschied er sich, Nord Stream beizubehalten, aber, während er nach erneuerbaren Quellen suchte, Nord Stream 2 zu blockieren und die Juli-Vereinbarung umzusetzen. Er dachte wohl, die Kriegstreiberei des strategischen Denkens der USA, die Bedürfnisse seiner Industrie und die Doktrin der Grünen, Mitglieder seiner Regierungskoalition, in Einklang bringen zu können. Der Kanzler geriet in gefährliche Gewässer:

Während der Pressekonferenz, die er mit dem US-Präsidenten abhielt, hatte Joe Biden gesagt, daß sein Land Nord Stream 2 zerstören könnte und daß er, wenn Rußland in die Ukraine einmarschieren würde, dies auch tun würde. Es war sicher absolut beängstigend für Scholz zu hören, wie sein Oberherr ihm ins Gesicht spuckte, daß dieser eine Investition von Dutzenden von Milliarden Dollar zerstören könnte, wenn ein Dritter ohne Rücksicht auf sein Diktat handelte. Wir wissen nicht, ob Präsident Biden während der Diskussionen hinter verschlossenen Türen auch die Zerstörung von Nord Stream 1 erwähnt hat, aber es ist nicht unmöglich. Auf jeden Fall, so die deutschen Journalisten, die ihm folgten, sei der Kanzler ganz blaß nach Deutschland zurückgekehrt. Sein zweiter Fehler wurde am 16. September 2022 begangen. Sein Land möchte nicht länger unter angelsächsischer Vormundschaft stehen und sich sowohl für seine eigene Sicherheit als auch für die der Europäischen Union als Ganzes einsetzen. So erklärte der Kanzler: „Als bevölkerungsreichste Nation, ausgestattet mit der größten Wirtschaftskraft und im Zentrum des Kontinents gelegen, muß unsere Armee zur Säule der konventionellen Verteidigung in Europa werden.“

Indem er präziserte, daß er nur von „konventioneller Verteidigung“ sprach, wollte er die Empfindlichkeit seines französischen Nachbarn, der einzigen Atommacht in der Union, nicht beanspruchen. Er erkannte nicht, daß er gegen die Doktrin der „Straußianer“ verstieß, indem er sich offensichtlich vorstellte, dem US-Militärprotektorat entgegenkommen zu können. 1992 unterzeichnete Paul Wolfowitz die Defense Policy Guidance, von der Auszüge in der New York Times veröffentlicht wurden. Sie deutete an, daß die Vereinigten Staaten jeden Wunsch nach europäischer Emanzipation als casus belli betrachten würden.

Sechs Tage später sprengten die Navy Seals die beiden Gaspipelines in der Ostsee und warfen Deutschland elf Jahre zurück.

Zur gleichen Zeit wurde die Gaspipeline Baltic Pipe wenige Stunden nach der Sabotage vom polnischen Präsidenten, dem dänischen Ministerpräsidenten und dem norwegischen Energieminister mit großem Tamtam eingeweiht. Sie hat überhaupt nicht die gleiche Transportfähigkeit wie Nord Stream, aber sie wird ausreichen, um die Ära zu ändern. (...)

Die großen Verlierer werden Westeuropa und Rußland sein, aber auch die Ukraine, die nur zerstört wurde, um dieses mörderische Spiel zu ermöglichen.

Thierry Meyssan

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article218171.html>, 4.10.22

Aus dummdreister Machtgier Vasall

– mit atomaren Ambitionen –

Den Amis, weit weg von Europa zwar,
Ist DIESES ein Übungsgelände.
Und darum sind JENE die größte Gefahr
Der Ukraine zum Beispiel sogar atomar
Für künftig lokale Brände.

Zu zündeln um jeden erdenklichen Preis
Ist USA-Verfassung.
Der Deutsche darüber jedoch nichts weiß,
Nichts wissen will, strebt auf Geheiß
An Untergangsanpassung.

E. Rasmus

Wie die USA den Krieg und die Energiekrise in Europa pflanzen

Die RAND-Denkfabrik mit satten 1850 Mitarbeitern und einem Budget von 350 Millionen US-Dollar hat den offiziellen Zweck, „Politik und Entscheidungsfindung durch Forschung und Analyse zu verbessern“. Sie ist in erster Linie mit dem US-Verteidigungsministerium verbunden und dafür bekannt, daß sie während des Kalten Krieges Einfluß auf die Entwicklung militärischer und anderer Strategien hatte.

In einem internen Dokument dieser Denkfabrik wird ausführlich darüber berichtet, wie die Energiekrise in Europa von den Vereinigten Staaten geplant wurde. In dem Plan mit der Überschrift „Deutschland schwächen, USA stärken“ wird davon ausgegangen, daß ein „dringender Bedarf“ an einem Zufluß von Ressourcen von außen bestehe, um die amerikanische Wirtschaft im Allgemeinen, aber „besonders das Bankensystem zu erhalten“. Das Dokument vom Januar räumt ein, daß die aggressive Außenpolitik der Ukraine Rußland dazu zwingen wird, militärisch im Land einzugreifen. Der Zweck sei die Einführung eines seit langem vorbereiteten Sanktionspakets. Die EU-Wirtschaft werde dadurch „unweigerlich zusammenbrechen“, heißt es darin, und freut sich unter anderem darüber, daß bis zu 9000 Milliarden Dollar an Ressourcen in die USA fließen können.

Das Hauptziel sei es, Europa – insbesondere Deutschland und Rußland – zu spalten und die europäische Wirtschaft zu zerstören, indem sie nützliche Idioten in der Politik dazu bringen, die russischen Energielieferungen an den Kontinent zu stoppen. „Ein Stopp russischer Lieferungen könnte eine systematische Krise auslösen, die für die deutsche Wirtschaft und indirekt für die gesamte EU verheerend wäre“, heißt es. Es wird erklärt: „Der einzige Weg, um sicherzustellen, daß Deutschland russische Energielieferungen ablehnt, besteht darin, beide Seiten in den militärischen Konflikt in der Ukraine hineinzuziehen. Unsere fortgesetzten Aktionen in diesem Land werden unweigerlich zu einer militärischen Reaktion Rußlands führen. Rußland wird den massiven Druck der ukrainischen Armee auf die Donbass-Republiken eindeutig nicht ohne eine militärische Antwort stehen lassen. Es würde es ermöglichen, Rußland als aggressive Partei darzustellen und dann das gesamte, bereits vorbereitete Sanktionspaket anzuwenden.“

Insbesondere grüne Parteien in Europa werden als leicht zu manipulieren beschrieben, um die Geschäfte des amerikanischen Imperialismus zu erledigen.

„Voraussetzung dafür, daß Deutschland in diese Falle tappt, ist die führende Rolle grüner Parteien und Ideologien in Europa. Die deutsche Umweltbewegung ist eine stark dogmatische, wenn nicht sogar fanatische Bewegung, die es leicht macht, sie dazu zu bringen, ökonomische Argumente zu ignorieren“, schreibt sie unter Berufung auf die derzeitige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und den Klimaminister Robert Habeck.

„Persönliche Eigenschaften und mangelnde Professionalität lassen vermuten, daß es ihnen unmöglich ist, eigene Fehler rechtzeitig einzugestehen. Es wird also reichen, um schnell ein mediales Bild von Putins Angriffskrieg zu prägen und die Grünen zu glühenden und harten Sanktionsbefürwortern einer ‚Kriegspartei‘ zu machen. Dadurch können die Sanktionen ohne Hindernisse verhängt werden.“

Baerbock hat sich unter anderem einen Namen gemacht, indem sie erklärte, sie werde den russischen Gas-Stopp auch im Winter aufrechterhalten, unabhängig davon, was ihre Wähler darüber denken und welche Folgen dies für die deutsche Bevölkerung hat. „Wir bleiben bei der Ukraine und das bedeutet, daß die Sanktionen bestehen bleiben, auch im Winter, auch wenn es für Politiker sehr hart sein wird“, sagte sie kürzlich auf einer Konferenz in Prag. Die Autoren äußern die Hoffnung, daß der Schaden zwischen Deutschland und Rußland so groß sein wird, daß es den

Ländern später unmöglich sein wird, normale Beziehungen wiederherzustellen. „Eine Reduzierung der russischen Energielieferungen – bestenfalls ein Totalstopp – hätte katastrophale Folgen für die deutsche Industrie. Die Notwendigkeit, erhebliche Mengen an russischem Gas vorzuhalten, um Wohnungen und öffentliche Gebäude im Winter zu beheizen, wird die Engpässe weiter verschärfen. Stillstände in der Industrie werden zu einem Mangel an Komponenten und Ersatzteilen für die Fertigung, zum Zusammenbruch von Logistikketten und früher oder später zu einem Dominoeffekt führen.“

Letztlich wird ein kompletter Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft als wahrscheinlich und wünschenswert angesehen.

Aus: Nyadagbladet.sePUBLICERAD, 13. September 2022

Redaktionell gekürzt



GAS-SPAR-EMPFEHLUNG

Habeck duscht nur drei Minuten, war der Presse zu entnehmen. Das bedeutet: Sputen, sputen! Ist das allen zuzumuten? Wer nicht folgt, der darf sich schämen.

Therme mit der Seife treffen, Duschvorhang zerreißen. Sagt man bluffen oder blöffen? Anne duschte gern mit Steffen. Wer wird in den Duschkopf beißen?

Waschlappen mit Sand bestreuen: Trockensäubern heißt der Trend. Porentief die Haut betreiben, Wird den Blutkreislauf erfreuen, Was man schlicht Belebend nennt.

Rußlandgas wär gut gewesen, Preiswert: Pipeline Eins und Zwei. Hören mußte man und lesen: Hände weg vom Gas des Bösen! Winter wird nicht bibberfrei.

Lutz Jahoda

Deutschland droht die De-Industrialisierung

Das deutsche Geschäftsmodell, das auf billigem russischem Gas beruhte, bricht zusammen. Am stärksten in ihrer Existenz gefährdet sind die kleinen Unternehmen.

Deutschlands Industrie, die in weiten Teilen von billigem russischen Erdgas abhängt, steht angesichts des Wirtschaftskriegs gegen Rußland vor einer schweren Prüfung. (...)

„Die Substanz unserer Industrie ist bedroht“, warnte im August Siegfried Russwurm, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die Situation sehe für viele Unternehmen „giftig“ aus, zitiert ihn der *Economist*. Über die globalisierten Lieferketten könnte sich das Gift auf den Rest der industrialisierten Welt ausbreiten, der wiederum in hohem Maße von deutschen Herstellern abhängig ist. (...)

Das größte Problem der deutschen Industrie sind die explodierenden Energiekosten. Der Strompreis für das nächste Jahr hat sich bereits um das 15-fache erhöht, der Gaspreis um das Zehnfache, so der BDI. Im Juli verbrauchte die Industrie 21 Prozent weniger Gas als im Vorjahresmonat. Das liegt nicht daran, daß die Unternehmen die Energie effizienter genutzt haben. Vielmehr ist der Rückgang auf eine dramatische Verringerung der Produktion zurückzuführen.

Seit Juni hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) seine Prognose für das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte auf 1,4 Prozent nach unten korrigiert. Es rechnet nun damit, daß die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr schrumpfen wird und daß die Inflation mit 8,7 Prozent noch höher ausfallen wird als im laufenden Jahr.

Kleinere Unternehmen am stärksten betroffen

Laut einer im Juli durchgeführten Umfrage des Beratungsunternehmens FTI-Andersch unter 100 Mittelständlern haben kleinere Unternehmen mehr zu kämpfen als größere. Fast ein Viertel der Unternehmen mit weniger als 1000 Beschäftigten hat Aufträge storniert oder abgelehnt oder plant dies zu tun, verglichen mit 11 Prozent der Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten.

So kämpfen etwa die rund 10 000 Bäcker wie nie zuvor im Nachkriegsdeutschland um

ihre Existenz. Sie brauchen Strom und Gas, um Öfen zu heizen und Knetmaschinen zu betreiben, während sie gleichzeitig mit den höheren Kosten für Mehl, Butter und Zucker sowie für die Bäcker zu kämpfen haben. Eine Verkäuferin der 127 Jahre alten Bäckereikette Wiedemann in Berlin berichtet, daß das Unternehmen versucht, Energie zu sparen, indem es alle Brote in der Zentrale backt.

Eine weitere aktuelle Umfrage des BDI unter 600 mittelständischen Unternehmen ergab, daß fast jedes zehnte seine Produktion wegen der hohen Inputkosten unterbrochen oder reduziert hat. Mehr als 90 Prozent gaben an, daß die explodierenden Energie- und Rohstoffpreise eine große oder existenzielle Herausforderung darstellen. Jedes fünfte denkt darüber nach, seine Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern.

Größere energieintensive Unternehmen wie die Chemie- oder Stahlindustrie stehen zudem vor der Herausforderung, daß sie mit Firmen in anderen Ländern konkurrieren, wo die Energiekosten niedriger sind. Der Chemiegigant BASF, der Erdgas sowohl als Energieträger als auch als Rohstoff einsetzt, hat seine Produktion bereits gekürzt und muß sie möglicherweise weiter reduzieren. Der Stahlkonzern Thyssenkrupp hat seit Januar die Hälfte seines Marktwerts verloren.

Große Konzerne haben oft Fabriken in anderen Ländern, wo Energie billiger ist. Aber viele, darunter auch BASF mit seinem riesigen Komplex in Ludwigshafen, produzieren dennoch weiterhin viel im eigenen Land. Selbst wenn sich die Rohstoffkosten abschwächen, wie es bei einigen der Fall ist, und die Regierung die Energieversorgung unterstützt, wie sie versprochen hat, wird der Kostendruck nicht verschwinden.

Insbesondere müssen sich die Unternehmen dieses Jahr auf harte Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften einstellen. Die Verhandlungen zwischen der IG Metall, der größten deutschen Gewerkschaft, und den Arbeitgebern der mächtigen Autoindustrie stehen kurz vor dem Beginn. „Die IG Metall wird nichts unter 8 Prozent Erhöhung akzeptieren“, prognostiziert Ferdinand Dudenhöffer vom Centre Automotive Research.

Es wird für die deutschen Unternehmen auch immer schwieriger, die gestiegenen Kosten an die Verbraucher weiterzugeben. Hakle, ein

großer Hersteller von Klopapier, hat Insolvenz angemeldet, weil er den enormen Anstieg der Produktionskosten nicht an die Kunden im Lebensmittel Einzelhandel und im Drogeriesektor weitergeben konnte.

Kostensenkung und Abwanderung aus Deutschland

Nach mehreren fetten Jahren werden die Auftragsbücher der Autohersteller nun immer dünner, da die Inflation ein Loch in die Geldbörsen der Autokäufer reißt. Die nächsten zwei oder drei Jahre werden sehr mager ausfallen, prognostiziert Dudenhöffer. Die Autofirmen werden die Kosten senken, indem sie die Ausgaben für Verwaltung, Forschung und Entwicklung kürzen. Einige werden wahrscheinlich ihre Produktion in kostengünstigere Länder verlagern.

Holger Schmieding, Chefvolkswirt der Privatbank Berenberg, prognostiziert, daß zwei bis drei Prozent der deutschen Industrieunternehmen, die energieintensive Produktionsprozesse nutzen, ihre Produktion ins Ausland verlagern werden, da die Energiepreise wahrscheinlich noch eine Weile hoch bleiben werden. Ein höherer Anteil der Industrieunternehmen wird voraussichtlich seine Produktion in diesem und im nächsten Winter drosseln.

ArcelorMittal, ein weiterer Stahlriese, hat angekündigt, zwei Werke in Norddeutschland zu schließen und die Mitarbeiter in den Urlaub zu schicken. Die Stickstoffwerke Piesertitz, Deutschlands größter Hersteller von Ammoniak und Harnstoff, zwei wichtigen chemischen Grundstoffen, haben ihre Ammoniakfabriken in Sachsen-Anhalt geschlossen. Die Schließung hat zu einer Verknappung von AdBlue geführt, einem Grundstoff, der für die Reinigung der Motoren von Diesel-LKWs von entscheidender Bedeutung ist, und zeigt, wie sich solche Maßnahmen auf die Lieferketten auswirken. Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft warnt davor, daß „eine wirtschaftliche Lawine auf Deutschland zurollt“.

Gregor Uhlig

Quelle: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/700120/Deutschland-droht-die-De-Industrialisierung>
14.9.22

Offener Brief an Bundeskanzler Scholz

Die Zentralkonsum eG, Zentralgenossenschaft der ostdeutschen Konsumgenossenschaften und Vertreterin von Genossenschaften anderer Branchen, Industriebetrieben, Hotels und Dienstleistungsunternehmen, hat einen offenen Brief an den Bundeskanzler Olaf Scholz verfaßt. Dieses Schreiben, in dem die Mitglieds- und Tochterunternehmen der Zentralkonsum eG ihre Beunruhigung über den aktuellen wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung Ausdruck verleihen, ist ebenso an die Ministerpräsidenten aller Bundesländer gegangen. Mit den staatlich angeordneten Maßnahmen werde jegliches eigenverantwortliche Handeln branchenübergreifend unterbunden, jahrelanges Wachstum und Investitionen, auch in den Schutz

der Umwelt und des Klimas, ad absurdum geführt. Die Kostenseite explodiert, die Einnahmenseite schrumpft. Das Einsparpotential ist ausgereizt. Fördermittel stehen nicht oder nur beschränkt zur Verfügung. Die beschlossenen Maßnahmen unterminieren die Existenz der Unternehmen mit nicht wieder gutzumachendem Schaden für Mitarbeiter, Kunden sowie Genossenschaftsmitglieder. Die Verfasser appellieren aus Sorge um ihre Unternehmen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien dringend, die Embargopolitik gegenüber Rußland neu zu justieren.

Quelle: [Seniora.org](https://seniora.org), 25.9.22

Fragen an die Bundesregierung

Die Bevölkerung im Donbass und auf der Krim, die überwiegend aus Russen besteht, hatte sich in der Vergangenheit wiederholt in durchgeführten Referenden mit großer Mehrheit und einem Stimmenanteil von über 80 und 90 % dafür entschieden, nicht der Ukraine angehören zu wollen. Statt diese Tatsache zugrunde zu legen, wie das in den Verhandlungen 2014 in Minsk zwischen den beteiligten Seiten bereits geschehen war, ignorierte man sie. Man ließ vor allem außer Betracht, daß die Bürger dieser Region seit mehr als acht Jahren seitens der Ukraine militärischen Angriffen und Bombardements ausgesetzt waren, die zu immer größeren Opfern unter der Bevölkerung führten. Bezeichnend ist, daß sich die Staaten Europas zu diesem Geschehen in Schweigen hüllten und auf die ständigen Hilferufe der Angegriffenen nicht einmal mit offiziellen Erklärungen reagierten. Wenn nun der russische Präsident entschieden hat, diesen Vorgängen im Donbass mit einem militärischen Eingreifen ein Ende zu setzen, um seinen Landsleuten zu helfen, stellt das für die Russen nur eine Reaktion auf die vorangegangenen Angriffe auf den Donbass dar. Statt nun seitens des „kollektiven Westens“ auf konstruktive Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien zu drängen, wurde sofort einseitig für die Ukraine Partei ergriffen und Rußland mit Sanktionen belegt. Diese erweisen sich, wie aktuell bis in jeden Haushalt erfahrbar, als das, was sie sind – ein Bumerang für dessen Urheber, der noch unabsehbare Folgen im Gepäck trägt. Wenn die Bundesregierung nun den Vorreiter beim Beliefern der Ukraine mit Waffen, Munition und anderen Kriegsgütern spielt, ist das ein Akt, mit dem die BRD selbst zur Kriegspartei wird. Das wirft eine Reihe von Fragen auf:

1. Auf welcher „rechtlichen Grundlage“ sieht sich die Bundesregierung eigentlich verpflichtet, in diesen Konflikt einseitig einzugreifen? Wenn es dafür keine rechtlich verbindliche

Grundlage gibt, muß begründet werden, warum es dennoch geschieht.

2. Seitens der Bundesregierung wird betont, daß sich die BRD auch aus „solidarischen Gründen“ verpflichtet fühle, in der genannten Weise zu agieren. Zu fragen wäre, wodurch diese empfundene Solidarität zu erklären ist? Jahrzehntlang hat sie doch kaum eine Rolle gespielt, als die USA und die NATO in aller Welt mit geheimdienstlichen und militärischen Aktionen Kriege und Unruhen inszenierten. Warum riskiert die Bundesregierung jetzt mit dieser Entscheidung eine Entwicklung, deren Folgen verhängnisvoll sind und kalkuliert dabei selbst die eigene kriegerische Verwicklung mit ein?

3. Eine andere offizielle Begründungsformel für die Rechtfertigung der Unterstützung der Ukraine lautet, daß „die Demokratie in der Ukraine“ verteidigt werden müsse. Ist denn der hiesigen Führung entgangen, daß militante rechte Kräfte in der Ukraine völlig freies Spiel haben? Dort wurden Denkmale sowjetischer Heerführer, die Kiew von den Faschisten befreit haben, geschleift und an ihrer Stelle Monumente für Verbrecher und Kollaborateure wie Stepan Bandera, Roman Schuchewytsch und andere errichtet, die dort als „Nationalhelden“ gefeiert werden. Faschistische Kräfte und Kollaborateure dieser Art, die die Ukraine einst von Juden, Russen und Polen befreien wollten, werden heute ganz offiziell auf den Schild gehoben. Wenn es in Kiew sogar einen Bandera-Boulevard und einen Schuchewytsch-Prospekt geben darf, so ist das für eine angeblich verteidigungswürdige Demokratie nicht nur sehr fragwürdig, sondern steht doch eher für ein neonazistisches Staatsgebilde. Auch das Argument, die Demokratie in der Ukraine verteidigen zu müssen, ist nichts anderes als Augenauswischerei.

4. All die von der BRD-Regierung beanspruchten Argumente sind eine einseitige Parteinahme für die Ukraine und die gegen Rußland praktizierte Sanktionspolitik. Realistisch

und frei urteilende Politiker in aller Welt dürften aber wohl kaum verkennen, daß der eigentliche Hintergrund des Geschehens viel komplexer ist. Seit Jahrzehnten geht es den USA um die Sicherung der Vorherrschaft in Europa sowohl in ökonomischer, politischer und vor allem in militärstrategischer Hinsicht. Im gegenwärtigen Konflikt nimmt die Ukraine nur eine Art „Stellvertreterposition“ für die USA ein. Das erklärt auch, warum führende Politiker des Landes gegenüber anderen europäischen Staaten besonders respektlos und herausfordernd auftreten. Ein Kenner der Szenerie, der ehemalige Vizepräsident der CIA der USA, Graham E. Fuller, hat das in einer seiner Schriften „Wann endlich erwacht Europa?“ offenbart. Er macht darin deutlich, daß die USA von den Staaten der EU eine weitgehende Folgsamkeit erwarten, um die eigene Dominanz in Europa zu sichern und Rußland aus dem europäischen Raum zu verdrängen. Von der BRD wird erwartet, in Europa eine gewisse Vorreiterrolle zu übernehmen, eine klare USA-dienliche Haltung zu beziehen und die nationalen Ansprüche und Interessen Deutschlands weitgehend zurückzustellen. Jüngstes Beispiel dafür ist die von den USA erhobene Forderung an die BRD, Ölimporte aus Rußland einzustellen. Bereits vor Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine hatten sie von der BRD gefordert, Nord Stream 2 nicht in Betrieb zu nehmen, den Einkauf russischen Öls zu unterlassen und dafür das wesentlich teurere u. a. amerikanische Öl einzuführen, was wohl kaum mit der Achtung und Wahrung nationaler Grundinteressen vereinbar ist.

G. E. Fuller stellt in seinem Artikel fest: „Der Westen sollte mit Blick auf diese aktuelle Situation endlich erkennen, daß Washingtons Streben nach globaler Dominanz in immer neue, gefährlichere und schädlichere Konfrontationen mit Eurasien führt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Doz. Dr. sc jur. Heinz Günther
Berlin

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und schwere Waffen für die Ukraine

Man muß nur die Geschichte bemühen, um den Schwenk von Bundeskanzler Scholz zur erneuten Militärmacht Deutschland einzuordnen.

1914 hatte die SPD im Reichstag den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg zugestimmt. Damit setzte die SPD die Weimarer Demokratie nicht nur aufs Spiel, sondern ermöglichte Hitler den Weg an die Macht. Mehr als 60 Millionen Tote waren das erschütternde Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Später wurde der Balkan unter Beteiligung einer SPD- und Grünen-Regierung ohne UNO-Mandat in Einzelstaaten zerbombt. Ein SPD-Verteidigungsminister hat am Hindukusch die „Freiheit Deutschlands“ verteidigt. Was

daraus nach 20 Jahren Krieg geworden ist, ist bekannt: Abertausende Afghanen und 53 deutsche Soldaten wurden getötet. Deutsche AWACS-Flugzeuge unterstützten den Irak-Krieg der USA, der hunderttausend Todesopfer forderte, und wirkten am Krieg in Syrien mit. Die Aufzählung ließe sich bis in unsere Tage fortsetzen.

Die SPD-geführte Koalition ist fest entschlossen, nicht vom Kurs abzuweichen: 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und schwere Waffen für die Ukraine ... Dabei ist die von den USA strategisch gewollte und gnadenlos verfolgte wirtschaftliche Schwächung von ganz Europa doch unverkennbar.

Die Bevölkerung der EU und insbesondere die Deutschen werden die Zeche mit einer Hyperinflation, der Aufrüstung der Bundeswehr und dem Kriegskurs, den SPD-Bundeskanzler Scholz als „Zeitenwende“ deklariert, bezahlen. Deutschland hat bereits 2,4 Billionen Euro Schulden! 240 Milliarden kommen 2022 hinzu. D. h., jeder Bundesbürger trägt damit rund 32 000 Euro Staatsschulden, die er in Form von Steuern aufzubringen hat. Am Ende der DDR 1990 war jeder Bürger nur mit rund 6000 DM verschuldet, dafür dann im Zuge der Enteignungsstrategie der Kohl-Regierung mit rund 40 000 DM belastet.

Günther Eichhorn
Steinach

Eine „alternative Zeitenwende“ ist notwendig!

„RotFuchs“ dokumentiert Auszüge aus der Rede von **Prof. Dr. Anton Latzo**, die er am 3. Oktober auf der Alternativen Einheitsfeier des OKV gehalten hat.

(...) Bundeskanzler Scholz und die SPD-Führung haben den Begriff „Zeitenwende“ zur Charakterisierung des Übergangs von der Periode der alleinigen Herrschaft der USA zu einer Etappe, in der auch Deutschland den Anspruch auf Führungsmacht in den internationalen Beziehungen nicht nur proklamiert, sondern aktiv durchsetzen will.

Die „Zeitenwende“ ist nicht Folge einer realistischen Analyse der nationalen und internationalen Prozesse, sondern soll das zu Beginn des Jahrhunderts bei der Aggression gegen Jugoslawien offen eingeleitete Streben der Bundesregierung nach Macht, Einfluß und Herrschaft als alternativlos präsentieren. Es geht nicht um „Demokratien gegen Diktaturen“, sondern um Machtpolitik.

Dies geschieht auf der Grundlage eines regelrechten Widerwillens Berlins, die Außenpolitik in den historischen Kontext einzuordnen und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen. Vor den Wahlen versprach Olaf Scholz noch, den außenpolitischen Kurs im Sinne Willy Brandts zu aktualisieren. Die von ihm geführte Regierung und die SPD-Parteispitze praktizieren jedoch das Gegenteil.

Es handelt sich also um eine „Zeitenwende“ im Imperialismus, mit der nichts anderes gemeint ist, als die Fortsetzung der traditionellen Politik der imperialistischen Expansion und Herrschaft. Dieser Kampf wird sich verschärfen! Wer das nicht sieht, wird die Lage nicht realistisch beurteilen können und zu Fehleinschätzungen kommen.

Ein wichtiges Merkmal dieser „Zeitenwende“ besteht dabei in der Durchsetzung der Rolle des Militärs in der Gesellschaft der BRD. Die Forcierung des Militärischen als Teil der Außenpolitik soll Diplomatie ersetzen und Deutschlands Streben, Führungsmacht in der Welt zu werden, Nachdruck verleihen.

Ein weiteres Merkmal der „Politik der Zeitenwende“ besteht in dem Willen, die bestehenden und neu zu schaffenden Abhängigkeitsverhältnisse anderer Staaten gegenüber Deutschland und die wirtschaftliche Macht Deutschlands zur Ausübung von politischem Druck und Zwang noch radikaler einzusetzen.

Und schließlich ist drittens erkennbar, daß Desinformation und Manipulation der Bevölkerung einen noch größeren Raum einnehmen. Alte und neue Konflikte werden geschürt, um alternative Entwicklungswege und eine souveräne Außenpolitik zu untergraben („Chaos-Theorie“). Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten wird verstärkt, was vor allem auf den osteuropäischen Raum und die früheren Sowjetrepubliken zielt. Dieses dürfte nicht nur das Verhältnis zu Rußland weiter verschlechtern, sondern auch zu neuen Rivalitäten mit den USA führen.

Von der in Arbeit befindlichen „Nationalen Strategie ...“ ist zu erwarten, daß sie für

Deutschland – so SPD-Chef Lars Klingbeil – „nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem“ festschreibt. Ihr grundlegender Bezug wird der zu Macht und Herrschaft und nicht die maßvolle und auf Ausgleich mit anderen souveränen Staaten ausgerichtete Zusammenarbeit sein.

Dazu gehört auch, daß die Außenministerin Annalena Baerbock erklärte: „Ich verstehe Außenpolitik als Weltinnenpolitik“. Leider wird der Sprengstoff dieser Aussage zu oft verharmlost.

Die Umsetzung dieser Auffassung beinhaltet aber u.a.:

- Die Untergrabung der Souveränität der Staaten.
- Sie beinhaltet die Absicht zur Überwindung der rein zwischenstaatlichen Beziehungen durch schrittweise Aushöhlung der UNO-Charta und der in diesem Sinne erarbeiteten demokratischen Prinzipien des Völkerrechts (KSZE).
- Demnach dürften die NATO oder die Bundeswehr im Auftrag der NATO manövrieren und militärisch aktiv werden können, wann und wo sie wollen, um die Hegemonie der USA und den Führungsanspruch der BRD durchzusetzen.
- Es gibt keine Sicherheitsgarantien für Rußland und die anderen „nichtwilligen“ souveränen Staaten.
- Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ihrer Lebensweise und auf Selbstverteidigung wäre so nicht mehr gewährleistet, um nur einige Aspekte zu nennen.

Die Aussage „Zeitenwende“ bezieht sich weder auf die zentrale Frage der Friedenssicherung und der Schaffung der dazu notwendigen Strukturen noch auf die weltweit sich entwickelnden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse. Zur Idee des gesellschaftlichen Fortschritts gibt es nur insofern einen Bezug, als es um eine Politik

geht, die den Kapitalismus verewigen und gesellschaftlichen Fortschritt verhindern soll. Das charakterisiert die Idee der „Zeitenwende“ eindeutig als reaktionär und gefährlich. Klingbeil, Scholz, Seeheimer Kreis und Co. erfüllen ihre Funktion und haben sich endgültig von dem von Willy Brandt und Egon Bahr verfolgten außenpolitischen Konzept losgesagt. Sie haben das Primat des Friedens durch eine Außenpolitik ersetzt, die darauf ausgerichtet ist, zwischenstaatliche Konflikte nicht mit dem Ziel des Interessenausgleichs und der Kompromißfindung auszutragen, sondern das „Recht des Stärkeren“ durchzusetzen und Widerstand, wo immer er auftritt, gewaltsam zu bekämpfen. Sie gehen davon aus, daß sich die Geschichte für immer im Rahmen der Epoche des Imperialismus bewegt. Um das zu gewährleisten, versuchen sie mit allen Mitteln, den wachsenden Einfluß Chinas, Rußlands und anderer Staaten in den internationalen Beziehungen zurückzudrängen.

Die Führungselite der BRD glaubt, daß Deutschland aus dem Ringen um die Lösung der zwischen- und innerimperialistischen Krisen als Hauptkraft hervorgehen wird. Politik der „Zeitenwende“ bedeutet also, gesteigerte Bereitschaft und erhöhte Fähigkeit der BRD, politische, wirtschaftliche, informationstechnische und militärische Elemente zu verknüpfen, um Deutschland als eine internationale Führungsmacht zu etablieren und diese Rolle zu sichern.

Damit zeigt die derzeitige Regierung, daß sie von einer realistischen Außenpolitik weit entfernt ist. Ihre Haltung erwächst aus dem Drang, zur Führungsmacht aufzusteigen und aus ihrem Haß gegen jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt.

Beherrigen wir deshalb die Erkenntnis von Heinrich Mann: Die Vernunft siegt nie von selbst, sie muß erkämpft werden.

Deshalb fordern wir eine „alternative Zeitenwende“ für eine Politik für Arbeit und Brot, in Frieden für alle!

Ich frage ...

- Wobei hat sich Deutschland seit acht Jahrzehnten zurückgehalten?
- Was dürfen wir nun nach Aufgabe der Zurückhaltung erwarten?
- Deutschland habe Vertrauen erarbeitet. Womit und bei wem, bei welchen Völkern der Welt oder welchen Regierenden und Kapitalvertretern?
- Welche Kriege hat die SPD seit 1990 verhindert?
- Gegen welche Kriegsherren hat sie sich jemals so laut, haßerfüllt und kriegerisch gewandt, wie sie es gegenüber Putin tut?
- Schafft sie jetzt Frieden mit 100 Milliarden für Rüstung und Krieg?
- Wer will Krieg und keine Verhandlungen über russische Sicherheitsinteressen?
- Wer sagt offen, Rußland ruinieren zu wollen?
- Warum werden Tatsachen zu Lügen gemacht? Wer hat daran welches Interesse?

Die Hofhundtreue der deutschen Bundesregierung

Der deutsche Oberpriester und spätere Bundespräsidentenpfarrer Gauck mahnte einst an, daß das größere Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Sein Nachfolger Steinmeier fing schon vorausschauend 2014 damit an, indem er sich auf dem Maidan in Kiew mit ausgemachten Nazis die Hände schüttelte. Nach dem Putsch stellte er erstaunt fest, das alles nicht gewußt zu haben. Ein Steinmeier hat nur nichts gewußt, er hat es einfach vergessen, obwohl er mal in einer Regierung als Kanzleramtsminister für die Geheimdienste zuständig war. Daß die Gehlenruppe nach 1945 und anschließend der BND bis in die Neuzeit mit Virulenz in der Westukraine weiter aktiv dem Westen dienstbar waren, konnte natürlich ein Kanzleramtsminister weder wissen noch ahnen. Ja, wie auch! Fast hätte es ja aus deutscher Sicht mit den Ukrainern geklappt. Einen Boxer hatte man vorausschauend für das ukrainische Präsidentenamt bereits aufgebaut. Aber die USA waren schneller. Man sollte also Nachsicht mit dem jetzigen Bundespräsidenten und dessen „Regierungsversuch“ haben.

Ein Typ mit ähnlicher Denkschwäche ist heute ein Bundeskanzler, der aber gegenüber Steinmeier den Vorteil hat, sich an nichts erinnern zu können. Es ist ja auch besser, sich nicht erinnern zu können als nur nichts zu wissen oder es vergessen zu haben. Des Präsidentenpfarrers Wunsch haben zuerst zurückhaltend, dann aber mit Vehemenz Medien und angeschlossene Regierungen wahrgenommen, voran die Verteidigungsmisterversuche. Sachverständnis und Kompetenz gehören heutzutage offenbar nicht mehr zu Voraussetzungen und Bedingungen für ein Regierungsamt. Und Entscheidungsbefugnis gibt es schon lange nicht mehr. Entscheidet man hier überhaupt noch etwas, ohne dafür die Genehmigung aus Übersee eingeholt zu haben? Ist es nicht ähnlich wie in der Ukraine? Dort schalten und walten auch die USA. Was die Deutschen entscheiden dürfen, sieht man daran, daß der US-Verteidigungsminister einfach in Ramstein Zusammenkünfte von Militärs der NATO organisiert und alle folgen. Gehört Ramstein eigentlich noch zu

Deutschland oder ist das schon extraterritoriales US-Gebiet?

In völliger Abwesenheit des gesunden Menschenverstandes und in totaler Verknennung der sich abzeichnenden Veränderungen der weltpolitischen Lage handelt die deutsche Regierung, als gäbe es kein Volk, welches sie zu vertreten vorgibt. Unter der Fuchtel der USA dient sie kniend, um die bisherige Vorherrschaft des Westens aufrechtzuerhalten. Dazu haben sich die USA in der EU ein entsprechendes Führungspersonal geschaffen, das an Hörigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Der Chef des russischen Außengeheimdienstes, Sergei Naryschkin, erklärte: „Die Macht über das ‚vereinte Europa‘ wurde von ehemaligen Gynäkologen, Kunstturnern und mittelmäßigen Schriftstellern an sich gerissen. Der Ton wird von – wie es der glühende Verfechter des Brexits, Nigel Farage, treffend formulierte – Beauftragten mit dem ‚Charisma eines Putzlapplens‘ angegeben.“

Um dem Ruf des früheren Gottesdieners nachzukommen, hat die derzeitige Kriegsministerin, die weiß, daß ein Panzer vorn ein Rohr hat, kürzlich erklärt, man müsse jetzt mehr rüsten, mehr Waffen herstellen und sie auch in Krisengebiete liefern, um westliche Werte, Demokratie und Menschenrechte zu schützen. Mit anderen Worten: die Bundeswehr kriegsfähig machen. Wollte man von einer Verteidigungsministerin sprechen, müßte Deutschland von irgendeinem Feind bedroht werden und die NATO ein ausgesprochenes Friedensbündnis sein.

Aber wer bedroht denn Deutschland? Ja, natürlich, schon wieder einmal der Russe, der vor jeder deutschen Tür steht. Und die in Westdeutschland nie eingedämmten rechten Kräfte blasen erneut zum Sturm gen Osten. Die alte Bundesrepublik war ein Nähr- und Sammelbecken des latenten Faschismus, der gegenwärtig wieder in anderem Gewande hervorkriecht. Unter anderem wurde dafür die Ukraine benutzt. Andererseits ist die derzeitige Haltung Deutschlands der Tatsache geschuldet, daß die USA derartige innen- und auch außenpolitische Probleme haben, die sie nicht mehr lösen können, ohne ihr

Weltmächtsstreben aufzugeben. Dazu brauchen sie Deutschland, also einen Hofhund, der das übrige Europa führend züchtigt und Rußland bekämpft, auf welchen Wegen auch immer, auch zum Nachteil und zum Schaden der eigenen Bevölkerung. Und als der Bundeskanzler sich nach seinem Termin mit Biden so völlig anders darstellte, als vor seiner Visite, war klar, daß er einen Bückling vor Biden gemacht hatte.

Ebenso verhielt sich der Bundeswirtschafts- und Umweltminister, der im „weißen Haus“ versprach, führend zu dienen. Hat er in seiner bisherigen Amtszeit überhaupt einmal von der Umwelt gesprochen? Vor der Wahl meinte er sinngemäß, daß, wenn sie an der Regierung wären, Deutschland eins zwei fix ein Energiewendeland werden würde. Ja, Energiewende auf Kosten der Bevölkerung und anderer Länder. Mit der Umwelt, für die die Grünen angeblich eintreten, hat das alles nichts zu tun. Kann eine Trampolinspringerin, die meint, aus dem „Völkerrecht“ zu kommen, eine Außenministerin sein, die Deutschland friedensstiftend vertritt? Sie sollte als Kriegsministerin bezeichnet werden. Wissen diese Leute eigentlich, was sie tun?

Reiner Neubert
Berlin

Carl von Ossietzky schrieb am 6. November 1928 in der Weltbühne

Deutschland ist das einzige Land, wo Mangel an politischer Befähigung den Weg zu den höchsten Ehrenämtern sichert. So wie gewisse Naturvölker Schwachsinnigen göttliche Ehren entgegenbringen, so verehren die Deutschen den politischen Schwachsinn und holen sich von dorthier ihre Führer. Darin überbieten sie ohne Zweifel die wilden Völker, die sich auf die Adoration beschränken und die scheue Bewunderung, aber sonst mit ihren Dorfketins weder in den Krieg ziehen noch in den Frieden.

Generalstreik in Griechenland am 9. November

Mit großen Versammlungen, die Hunderte von Gewerkschaften vertreten, bereiten die Klassengewerkschaften Griechenlands den nationalen Generalstreik vom 9. November vor und begingen den Internationalen Aktionstag des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). In Athen trafen sich im September in der Sporting Arena, die mit den Bannern der PAME, der Gewerkschaften und des WGB geschmückt war, sowie mit dem zentralen Banner der Veranstaltung mit dem Slogan „Kein Warten, keine Toleranz, alle zum Generalstreik am 9. November“, Hunderte von Gewerkschaftsdelegationen aus allen Sektoren. Das Treffen setzte die Streikkundgebung am 9. November in Athen

um 10.30 Uhr fest, gefolgt von einem Marsch zum Parlament. (...)

Ziel ist es, daß dieser Tag ein großer Moment wird, der neue, massivere kollektive Kämpfe der Arbeiter zusammen mit den Selbständigen, den Kleinbauern und der Jugend vorantreibt und den „schwierigen Winter“, auf den die Regierung, die bürgerlichen Parteien und das Großkapital das Volk vorbereiten, in eine Periode des entscheidenden erhebenden Kampfes verwandelt, einen unnachgiebigen Kampf für Lohnerhöhungen und Schutzmaßnahmen für das Einkommen der Arbeitnehmer. Bei dem Treffen ergriffen Gewerkschaften und Gewerkschafter das Wort, die seit Monaten

große Kämpfe in Betrieben und Sektoren führen, und den Unternehmern in der Bauindustrie und in den Schiffswerften „harte Zeiten“ bereiten. An ihrer Seite stehen die Arbeiter aus Malamatina, die mit ihren monatlangen starken Streikaktionen ein Beispiel für kompromißlosen Kampf setzen. (...) Ein wichtiger Moment war, als die Gewerkschafter die Botschaften von militanten Streiks der Arbeiter Italiens, Frankreichs und Dänemarks erhielten, die Mitglieder der WFTU sind, die auch wichtige Streikaktionen in ihren Ländern organisieren.

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 13.10.22

Für eine multipolare Weltordnung ohne Krieg

Nach dem Ende der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Staaten, nach der Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW triumphierten die Machteliten im Westen, die kapitalistische Marktwirtschaft und das sie beherrschende, von den USA dominierte westliche Staatensystem habe sich im System-Wettbewerb mit der sozialistischen Welt endgültig durchgesetzt und den Sozialismus besiegt. Es wurde bereits das Ende der Geschichte proklamiert. Die Botschaft der Bombardierung Serbiens und des Irak-Krieges war: Wir, die USA und die von uns geführte NATO, können nun rund um den Erdball bestimmen, wo es langgeht, was wir dulden und was nicht; eine Gegenmacht gibt es nicht mehr.

Die seither vergangenen 30 Jahre haben gezeigt, daß dies eine Fehleinschätzung war. Vor allem durch den phänomenalen wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China verbunden mit einer geostrategischen Neuausrichtung der Politik dieses Staates ist eine Kraft entstanden, welche die Alleinherrschaft der USA und den Einfluß ihrer Junior-Partner mehr und mehr eingrenzt. Die Etablierung eines stabilen pro-westlichen Regimes im Irak ist nicht gelungen. Der angestrebte Regime Change im Iran und in Syrien war ebenfalls kein Erfolg. Auch in Serbien konnte nicht ein eindeutig pro-westliches Regime installiert werden. Der mit allen Mitteln versuchte Regime Change in Nicaragua

und in Venezuela ist gescheitert. Kuba behauptet sich nach wie vor. In Lateinamerika (Bolivien, Chile, Brasilien, Argentinien und jüngst auch in Kolumbien) sind Entwicklungen im Gange, die den USA mißfallen und die nur dank der veränderten globalen Kräfteverhältnisse möglich sind.

Das nicht mehr sozialistische Rußland unter Putin ist nicht mehr bereit, eine globale Hegemonie der USA zu akzeptieren und sich den USA unterzuordnen. Seither versucht der Westen, Rußland als autoritäres, undemokratisches Regime zu ächten, zu schwächen und zu destabilisieren. Diese gegen Rußland gerichtete Politik des US-dominierten Westens hat bisher nicht zum angestrebten Regime Change geführt. Vielmehr haben Rußland und China in den letzten Jahren die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zu einer strategischen Partnerschaft entwickelt und vertieft. Die Volksrepublik China und Rußland streben zusammen mit anderen Staaten eine neue multipolare Weltordnung an, in der nicht mehr eine Hegemonialmacht mit ihren Junior-Partnern bestimmen kann, was zulässig ist und was ihre „vital interests“ sind und wie sie diese überall auf der Welt durchsetzen will. Diese neue Weltordnung wird den Völkern und Staaten ganz andere Möglichkeiten bieten, den Weg, den sie für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung beschreiten wollen, frei zu

wählen. Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die BRICS-Gruppe sind internationale Organisationen, welche die Schaffung einer neuen multipolaren Weltordnung anstreben.

Die USA und ihre Junior-Partner, die man politisch als den „Westen“ bezeichnet, wollen die globale kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln verteidigen gegen die Bestrebungen, eine neue, auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker basierende multipolare Weltordnung durchzusetzen.

Die USA und ihre Allianz-Partner können jedoch die Augen nicht davor verschließen, daß sich vor allem durch die rasante Entwicklung der Volksrepublik China die internationalen Kräfteverhältnisse von Jahr zu Jahr zu Ungunsten des Westens verschieben.

Dagegen setzen die USA gewaltige Aufrüstungsprogramme und, wie das Geschehen in der Ukraine zeigt, einen Kurs der Konfrontation und bedrohlicher Eskalation.

In Anbetracht der wachsenden Kriegsgefahr ist es heute von größter Wichtigkeit, die Kräfte, die einen Krieg verhindern wollen, zu sammeln und zu mobilisieren, für ein machtvolles Engagement, für Abrüstung und gegen Krieg. Eine starke internationale Friedensbewegung gegen Hochrüstung und Krieg tut not.

Stefan Hofer
Basel

„Reden erst die Völker selber ...“

Wenn man eine Weltkarte zeichnen wollte, die zeigt, wo die entscheidenden Ereignisse stattfinden, dann läge deren Mittelpunkt nicht mehr in Europa. Auch nicht in den Vereinigten Staaten. Dann wäre es der ganze gigantische Rest der Welt: Asien, Lateinamerika und Afrika – 85 % der Weltbevölkerung! Viele Länder dieser Erdteile beginnen, sich um zwei Pole zu sammeln: Rußland und China.

Man hört hier fast nichts davon. Nichts vom östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok und nichts vom BRICS-Treffen in Samarkand. Aber es geschieht Gewaltiges. Jetzt, in diesen Monaten, Wochen, Tagen wird sichtbar, daß die Macht des Westens zu brechen beginnt. Annalena Baerbock, die sich die Regierung als Simulation einer Außenministerin hält, soll einen Zettel mit sich herumtragen, auf dem alle Länder stehen, die in der UN nicht bereit waren, die Resolutionen gegen Rußland mitzutragen.

Das sind jene Länder, die sich von den kolonialen Mächten nicht mehr erpressen lassen. Mag Baerbock sie herumtragen oder nicht, sie wird an dieser Tatsache nichts ändern können. Ebensovienig wie die Vereinigten Staaten.

BRICS, SCO, die Projekte der Seidenstraße – da finden sich plötzlich Pakistan und Indien an einem Tisch oder in naher Zukunft womöglich der Iran und Saudi-Arabien – Länder, deren Beziehungen zueinander in der

Vergangenheit alles andere als friedlich waren. Aber sie wissen, der Schlüssel zum Erfolg ist Kooperation. Und man sollte nie vergessen – zwischen Völkern und Religionen Zwiebracht zu sähen, war immer ein wichtiges Werkzeug kolonialer Kontrolle. Wie schrieb Brecht im Solidaritätslied: „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein ...“ Sie fangen gerade an zu reden.

Daß Baerbock und ihre Kollegen darauf reagieren wie zornige Rapunzel, ändert nichts an diesen Tatsachen. Sie haben selbst die Entwicklung beschleunigt. Mag sein, sie haben sich verschätzt und gemeint, ihre Kontrolle sei noch stark genug, und sie haben tatsächlich erwartet, daß die ganze Welt auf sie hört, wenn sie Sanktionen verhängen. Aber diesmal ist die Reaktion eine völlig andere. Vor die Wahl gestellt, ob sie mit Rußland und China oder mit dem Westen verbunden bleiben wollen, wählten die meisten Länder nicht den Westen.

Es ist das erste Mal, daß sich ein Handelskrieg gegen die Verursacher wendet. Wir sehen und hören es hier nicht, aber ganze Handelsströme sortieren sich um, bei Rohstoffen wie bei fertigen Produkten, und es gibt eine Region, die schrittweise abgekoppelt wird – der Westen, die ehemaligen Kolonialmächte. Rußland liefert nach wie vor Öl und Gas, aber nach Indien und China. Eigentlich – säßen wir nicht mitten im zusammenbrechenden Westen – müßten wir feiern. Die Menschheit

macht gerade gigantische Schritte nach vorn. Milliarden Menschen warten auf ein friedlicheres Leben. Ohne Hunger, ohne den Terror, der immer wieder vom Westen ausgeht. Ohne die Diktate eines Internationalen Währungsfonds, die Millionen in die Armut treiben. Ohne Angst vor von außen gelenkten Umstürzen oder US-amerikanischen Drohnen. Es wird den USA nichts nützen, Westeuropa zu ruinieren. Auch wenn allein die Spekulation auf die Gaspreise enorme Summen in die Kassen der Spekulanten gespült haben dürfte – diese Summen sind in Dollar oder in Euro; das ist Geld, das seinen Wert sehr bald verlieren kann. Denn sowohl die USA als auch Europa, Deutschland, hängen an den Reichtümern, die sie anderen nehmen.

Aber die 15 Prozent der Welt, die den Westen ausmachen, werden sich gegen die übrigen 85 Prozent nicht mehr durchsetzen. Und es sind ja nicht einmal 15 Prozent; es ist höchstens das oberste Promille dieser 15 Prozent, das von der alten Ordnung profitiert, die sie zynischerweise „regelbasierte Weltordnung“ nennen.

Feiern werden wir erst können, wenn die Wiedergänger des Faschismus erneut besiegt sind, nicht nur in der Ukraine, sondern auch hier. Wenn wir mit Brecht sagen können: „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein ...“

Liane Kilinc
Wandlitz

Treffen der SOZ hatte weltgeschichtliche Bedeutung

Das Treffen der Schanghaier Organisation zur Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand 15. und 16. September hatte weltgeschichtliche Bedeutung. Das war vielen Beobachtern klar, auch wenn die westliche Presse sich darüber ausschwieg. Die Referenden in den Donbass-Republiken sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson dürften dort ebenso besprochen worden sein wie die kürzlich verkündete Teilmobilisierung in Rußland. Denn es war von Anfang an vor allem die Reaktion der wichtigsten Partner, die die Selbstbeschränkung Rußlands auf eine besondere Militäroperation erforderlich machte, und der Schritt, der jetzt vollzogen wurde, beruht darauf, daß diese Partner die Legitimität des russischen Vorgehens akzeptieren.

Um zu verstehen, warum das so ist, muß man einige Punkte der Ausgangslage noch einmal in Erinnerung rufen. Manche Kommentatoren meinen, China und Indien seien weiterhin zurückhaltend, weil das Thema einer Sezession für sie aus eigenen nationalen Motiven zu heikel ist und sie die Referenden in den vier Gebieten für eine Sezession halten. Es ist aber durchaus eine andere Sicht möglich, die zumindest in der chinesischen Geschichte mit Tibet eine Parallele hätte.

Die Auflösung der Sowjetunion, die von den Staatsoberhäuptern Rußlands (Boris Jelzin), Belarus (Stanislaw Schuschkewitsch) und der Ukraine (Leonid Krawtschuk) auf dem berühmten Dreiertreffen in Wiskuli im Urwald von Belowesch in einer Staatsdatscha im Dezember 1991 beschlossen wurde, war nicht nur ein Putsch, weil sie gegen die geltende Verfassung verstieß, sie ignorierte auch ein zuvor abgehaltenes Referendum. Die Entstehung des Staates Ukraine, die an sich nicht durch ein weiteres Referendum bestätigt wurde, aber bedeutende Bevölkerungsgruppen mit einschloß, die mit hoher Mehrheit für den Weiterbestand der Sowjetunion gestimmt hatten, war also selbst ein Akt einer illegitimen Sezession. Wenn man von dieser Sicht ausgeht, wäre die Wiedereingliederung zumindest jener Teile der Ukraine, die damals entsprechend abgestimmt hatten, eine Aufhebung eines unrechtmäßigen Zustands.

Genau das ist der Punkt, warum der Westen so hektisch auf Referenden reagiert. Denn welche Art der Entscheidung wäre demokratischer als ein Volksentscheid? Die gesamte EU hat, das ist seit der Auseinandersetzung um die EU-Verfassung klar, ihre Probleme mit diesem Entscheidungsmodus. Weder der Anschluß der DDR noch die Einführung des Lissabon-Vertrags wurde auf dieser Ebene zur Entscheidung gestellt; beide haben daher eine wesentlich schwächere Legitimität, als es ein Beitritt dieser Regionen zur Russischen Föderation haben könnte. Eine zutiefst antidemokratische Struktur wie die EU und ihre Verfechter müssen im Interesse des eigenen Machterhalts die Qualität von Referenden

grundsätzlich infrage stellen. Das hat allerdings rein gar nichts damit zu tun, wie der Rest der Welt, die berüchtigten 85 Prozent, dies sieht.

Betrachten wir das historische Beispiel Tibet. Tibet war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches; in den 1920ern wurde es durch britische Kolonialtruppen von China abgetrennt, und die ebenfalls seit Jahrhun-



Samarkand wurde ungefähr 750 Jahre vor unserer Zeitrechnung gegründet

derten dort lebende chinesischstämmige Bevölkerung wurde vertrieben. Das sind Tatsachen, die bei der westlichen Darstellung immer gern unterschlagen werden. Das war eine mit fremder Hilfe oder im fremden Interesse durchgeführte Sezession, die durch die chinesische Volksbefreiungsarmee wieder rückgängig gemacht wurde, was übrigens für die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung die Befreiung aus der Leibeigenschaft bedeutete. Der Dreh- und Angelpunkt der rechtlichen Bewertung, was nun der legale Akt ist, hängt daran, ob man den so folgenreichen Putsch, durch den der Staat Ukraine entstand, für legitim hält oder nicht.

(...) Im Vorlauf zu den jetzt erfolgten Schritten dürften noch ganz andere Materialien geteilt worden sein. Dabei geht es um die Informationen über die US-Biolabore ebenso wie um die ukrainischen Angriffspläne vom Februar gegen den Donbass, die in den letzten Monaten auf Seiten der NATO geradezu zelebrierten Pläne zur Aufteilung Rußlands sowie vermutlich auch die unmittelbare Beteiligung von NATO-Personal. Wenn man den Kommentar der Global Times zu Olaf Scholz betrachtet, wird man verblüfft feststellen, wie genau in China die Reaktionen der EU und insbesondere Deutschlands beobachtet werden. Dort kam man, denke ich, angesichts der Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie des Auftritts der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu dem gleichen Schluß wie andere Beobachter auch: daß die Bundesregierung wie die EU auf eine militärische Niederlage Rußlands wettet und davon ausgeht, durch eine Beteiligung an der angestrebten Beute für die bis dahin erlittenen Unbilden entgolten zu werden.

Der vermeintliche Erfolg der ukrainischen Truppen bei Isjum führte dazu, daß man zu sehen konnte, wie die Vertreter des Westens geradezu frohlockten, und genau das hat der Rest der Welt gesehen. Es ist die hysterische (und völlig unbegründete) Siegeszuversicht, die einige zur Schau trugen, welche die räuberischen Absichten ans Tageslicht brachte und die ihren Beitrag dafür geleistet haben

dürfte, daß in Samarkand einige grundsätzliche Entscheidungen gefallen sind, die nun umgesetzt werden.

Aber zurück zur Entwicklung, die aus diesen Entscheidungen resultiert. Die Warnungen lauteten immer, wenn Angriffe auf russisches Territorium mit westlichen Waffen und unter westlichem Kommando erfolgten, dann würden die wirklichen Auftraggeber zum Ziel. Das bedeutet, daß all jene westlichen Staaten, welche die ukrainischen Truppen dabei unterstützen, das dann als russisch definierte Gebiet besetzt zu halten, direkte Beteiligte werden. Und daß alle Handlungen, die darauf abzielen, die Besetzung dieses Gebiets zu beenden, Verteidigungshandlungen sind.

(...) Die Schritte, die jetzt erfolgt sind, sind die logische Fortsetzung derjenigen, die im Februar stattfanden, und sie übersetzen sich klar und deutlich in eine Botschaft an den Westen: Wenn Ihr Eskalation wollt, könnt Ihr sie haben.

Die bisherigen Reaktionen weisen nicht darauf hin, daß diese Botschaft verstanden wird. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, die Teilobilmachung sei ein „Akt der Verzweigung“, eine Formulierung, die so in der NATO abgesprochen worden sein muß, weil Generalsekretär Jens Stoltenberg den gleichen Ton anschlug. (...)

Zudem werden die nicht ganz unwichtigen Aussagen aus dem chinesischen Außenministerium völlig falsch gelesen. Ein „Waffenstillstand durch Verhandlungen und Lösungen, die die Sicherheitsbedenken aller Seiten berücksichtigen“ bezieht sich nämlich auf die russische Forderung eines Rückzugs sämtlicher NATO-Strukturen aus der Nähe Rußlands, wie es die russischen Forderungen vom Dezember beinhalteten; es ist schlicht das Zeichen, daß China als Vermittler zur Verfügung stehen würde, sollte der Westen bereit sein, darauf einzugehen.

(...) Es war nicht Rußland, es waren die Vereinigten Staaten, die die Ukraine zum zentralen Schlachtfeld um die Erhaltung ihrer Hegemonie erkoren haben. Mit jedem Schritt tiefer in die Ukraine haben sie in der globalen Auseinandersetzung weiteren Boden verloren.

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://pressefreiheit.rtd.e.tech/europa/149544-nach-russischen-teilmobilmachung-westen-bleiben/>

BRICS: Eine globale Entwicklungspartnerschaft für eine neue Ära

Am 23. Juni 2022 richtete die Volksrepublik China das XIV. Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der BRICS-Länder zum Thema „Eine globale Entwicklungspartnerschaft für eine neue Ära fördern und gemeinsam die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umsetzen“ aus. Multilateralismus, Armutsbekämpfung, Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft waren die Hauptthemen. An dem virtuellen Treffen nahmen der chinesische Präsident Xi Jinping und seine Amtskollegen Cyril Ramaphosa (Südafrika), Jair Bolsonaro (Brasilien), Wladimir Putin (Russische Föderation) und Narendra Modi (Indien) teil. Die Teilnehmer bewerteten die Reise des Blocks seit seiner Gründung 2009 und berieten über die Rolle, die er zunehmend im komplexen Weltkontext spielen soll.

Die BRICS-Gruppe ist die wirtschaftlich-kommerzielle Vereinigung der fünf wichtigsten Schwellenländer der Welt mit dem Ziel, eine neue internationale Wirtschafts-, Handels- und Finanzordnung voranzutreiben. Mehr als drei Milliarden Menschen leben in den Nationen, aus denen BRICS besteht. Das sind 41 Prozent der Weltbevölkerung. Sie sind zu 24 Prozent am Welt-BIP und zu 18 Prozent am Welthandel beteiligt. Ihr Beitrag an den weltweiten Direktinvestitionen beträgt etwa 25 Prozent. Ihre internationalen Ressourcen machen rund 35 Prozent aus.

Der Präsident der Volksrepublik China Xi Jinping äußerte auf dem Gipfel die Hoffnung, daß die BRICS-Länder weiterhin beharrlich und im Pioniergeist handeln und sich für eine offene, innovative und gemeinsame Entwicklung einsetzen. Das sei notwendig, um die Stabilität in den internationalen Beziehungen nicht nur zwischen den Mitgliedern, sondern auch mit anderen Ländern zu konsolidieren. Deshalb führte China seit der Übernahme der turnusmäßigen Präsidentschaft des Blocks im vergangenen Januar mehr als 70 Ministertreffen zu bestimmten Themen wie Sicherheit, Landwirtschaft, Finanzen und Handel durch. Außerdem stellten die Mitglieder des Blocks ein neues Weltraumkooperationsprogramm auf, das die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Satelliten, des Datenaustauschs und der Weltraumbeobachtung umfaßt.

Xi Jinping möchte mehr Auslandsgeschäfte und Investitionen in der VR China und betonte, daß sein Land neue Systeme schaffen werde, um eine offene Wirtschaft voranzutreiben, die in der Lage sei, ein Geschäftsumfeld für Unternehmen auf der Grundlage des Völkerrechts aufzubauen. „Es gibt Grund zur Sorge, daß die Weltwirtschaft in eine Krise gerät. Die einzige Möglichkeit, diese Krise abzuwenden, besteht darin, Schwierigkeiten gemeinsam zu überwinden und die Zusammenarbeit zu vertiefen.“

Die VR China ist sich der Differenzen mit Indien, das ein chinesisches Übergewicht befürchtet, bewußt. Im Zuge des im September durchgeführten Gipfeltreffens der

Schanghai Organisation zur Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand wurde jedoch deutlich, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern besser geworden sind. Das wiederum ist von Bedeutung, denn die BRICS-Mitglieder Russische Föderation, Indien und VR China sind einflußreiche Kräfte in der SOZ. Die Staatschefs dieser asiatischen Allianz verabschiedeten am Abschlußtag des Treffens die Samarkand-Deklaration. Sie beinhaltet Verpflichtungen, um die Zusammenarbeit auf den Gebieten der globalen Nahrungsmittel-



Foto: Prensa Latina

sicherheit, der Energieversorgung, des Klimawandels und des Aufbaus nachhaltiger Lieferketten zu vertiefen.

Zurück zu BRICS: Die VR China mit ihrer weitreichenden Vision überrascht den Westen immer wieder. Die asiatische Riesin will ein BRICS-Freihandelsabkommen auf den Weg bringen. Wirtschaftlich betrachtet hat der Handel zwischen den BRICS-Ländern ein enormes Erweiterungspotenzial. Die BRICS-Länder haben eine gut ausgebildete Industriekette und riesige Energieressourcen. Ein weiterer Aspekt ist die Anhäufung von Devisenreserven und die Dynamik in der Geschäftstätigkeit. Der Aufbau eines Freihandelsabkommens wäre ein wichtiges Mittel zur Nutzung dieses Handlungspotenzials. Während dessen versucht Washington, den wirtschaftlichen Einfluß der VR China mit dem Indo-Pacific Economic Framework (IPEF) zu stören. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte auf dem XIV. BRICS-Gipfel, daß die Allianz Teil des Aufbauprozesses einer multipolaren Welt sei. „Die fünf Nationen der Gruppe haben wirklich ein riesiges politisches, wirtschaftliches, wissenschaftliches, technologisches und humanes Potenzial. Das ermöglicht es ihnen, effektiv zusammenzuarbeiten, um internationale Stabilität, Sicherheit und Wohlergehen sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand zu gewährleisten.“ Er verwies auf die Komplexität und den transnationalen Charakter der Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist. Er erklärte, daß der Kontakt zwischen russischen Unternehmen und BRICS-Partnern intensiver wurde. Zu den neuen Schritten der wirtschaftlichen Integration gehörten Verhandlungen, um indische Filialen in der Russischen Föderation zu eröffnen und den Anteil chinesischer Autos,

Ausrüstungen und Hardware auf dem russischen Markt zu erhöhen. Es gibt auch einen bemerkenswerten Anstieg der russischen Ölexporte in die VR China und nach Indien. Wladimir Putin prangerte an, daß die westlichen Länder ihre Fehler in der Makroökonomie durch Finanzmechanismen auf die ganze Welt übertragen. Er schlug erneut vor, daß die BRICS-Länder die Schaffung einer internationalen Reservewährung auf der Grundlage eines Korbes aus Real, Rubel, Rupie, Yuan und Rand prüfen und sich bemühen, eine Alternative zu internationalen Vereinbarungen zu entwickeln, die vom US-Dollar dominiert werden. Das wäre eine entscheidende monetäre Änderung, welche eine neue Welle der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer Vielfalt von Transaktionen freisetzen würde. Strategisch gesehen können Putins Äußerungen zur neuen Reservewährung als eine Maßnahme interpretiert werden, die es den BRICS-Staaten ermöglicht, die Dominanz des US-Dollars zu brechen, um eine eigene Einflußsphäre auszubauen. BRICS könnte mit der Gründung der New Development Bank of the BRICS (BND) eine zentrale Rolle bei der Förderung einer neuen internationalen Finanzarchitektur spielen. Neben dem Contingent Reserves Agreement (ARC) würde sie ein Instrument für eine globale makroökonomische Stabilität sein, das auf Produktivität ausgerichtet ist und eine neue multipolare Weltordnung fördert.

Der Präsident von Südafrika Cyril Ramaphosa betonte, daß alle den Wunsch nach größerer Repräsentation in den Institutionen der globalen Führungen teilen, um progressive Perspektiven zu haben. „Wir alle haben eine gemeinsame Geschichte des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus, Ausbeutung und anhaltende Unterentwicklung“, sagte er.

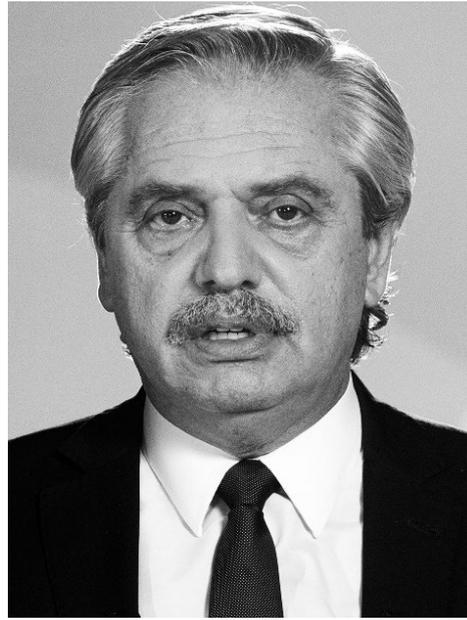
Das Treffen war Ausdruck des Scheiterns der Isolationspolitik des Westens gegen die Russische Föderation. Die BRICS-Staaten vertreten zum russisch-ukrainischen Konflikt fast die gleiche Position, nämlich den Konflikt mit friedlichen Mitteln und im Geiste der Charta der Vereinten Nationen und der Autorität dieser Organisation zu lösen. Chinas Präsident Xi Jinping schlug vor, daß sich BRICS gegen einseitige Sanktionen und deren Missbrauch zusammenschließt und daß die Gruppe die Mentalität des Kalten Krieges und die Konfrontation zwischen den Blöcken ablehnt. Die Russische Föderation, die VR China und Indien haben bereits begonnen, ihre Geschäfte in eigenen Währungen abzuwickeln. Sie verzichten auf den US-Dollar, um US-Sanktionen aus dem Wege zu gehen. Die Chance, unabhängig vom US-Dollar zu werden, reizt wiederum andere Länder, wie Saudi-Arabien, Argentinien, Iran und Indonesien, BRICS beizutreten.

Im Rahmen des XIV. Gipfeltreffens hatte China die Bedeutung des Multilateralismus im Streben nach umfassender Kooperation als Alternative zur Weltordnung des Westens

thematisiert. Zum Treffen im BRICS Plus-Format waren unter anderem Vertreter aus Kasachstan, Saudi-Arabien, Argentinien, Iran, Ägypten, Indonesien, Nigeria, Senegal, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Thailand eingeladen worden. Am 25. Juni 2022 stellte die iranische Regierung den Antrag auf Beitritt zur BRICS-Gruppe. Der argentinische Präsident Alberto Fernández erklärte, daß BRICS für sein Land „eine ausgezeichnete Alternative für die Zusammenarbeit angesichts einer Weltordnung ist, die nur zum Wohle einiger Weniger arbeitet ... Argentinien möchte sich dieser Alternative anschließen und seinen Beitrag als Mitglied der Gruppe anbieten“.

Anschließend reiste Fernández nach Elmau zum 48. G7-Gipfel, der dort vom 26. bis 28. Juni 2022 stattfand. Bundeskanzler Scholz hatte ihn und die Präsidenten Indiens, Südafrikas, Senegals und Indonesiens eingeladen. Daß Fernández jede Möglichkeit nutzt, um sein Land aus der Wirtschaftskrise zu führen, ist verständlich. Zu Hause muß er den Bankrott des Landes verhindern, den Schuldenberg, den die Macri-Regierung hinterließ, abtragen, den „Lawfare“-Versuch der Rechten abwehren und gleichzeitig die aufgebrachten Massen beruhigen, die unter den sozialen Einschnitten leiden. In Elmau erhielt er einen Blumenstrauß, aber keine Zusagen, um die Probleme seines Landes lösen zu können. Am 7. Juli 2022 stellte Argentinien den Antrag auf Beitritt in die BRICS-Gruppe. Die VR China, die zweitwichtigste Handelspartnerin Argentiniens, die Russische Föderation und inzwischen auch Indien signalisierten Unterstützung.

Der virtuelle BRICS-Gipfel machte innerhalb eines Tages Nägel mit Köpfen. Der dreitägige



Argentiniens Präsident Alberto Fernández möchte sein Land zum BRICS-Mitglied machen

G7 in Elmau kostete zwar viel Geld, tat aber nichts für die Weltgemeinschaft. Dem G7 gehörten einmal die sieben größten Industrienationen der Welt an. Das hat sich geändert. Italien und Kanada wurden von der VR China und Indien aus den Top 7 verdrängt. Die Wirtschaftskraft ist nicht mehr das wichtigste Bindeglied der G7. In Elmau einigte man sich

darauf, daß „die gemeinsamen Werte der sieben Demokratien angesichts des Wettstreits mit Autokratien an Bedeutung gewinnen“. Die Chefdemokraten beschäftigten sich vorrangig mit den chinesischen und russischen „Autokraten“, dem Ukrainekrieg und den Waffenlieferungen dorthin.

Würde Argentinien mit Hilfe von BRICS seine wirtschaftlichen Sorgen und seine Schuldenlast los, dann hätte das einen Synergieeffekt für andere Länder. Sie könnten genau beobachten, welchen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen die Zusammenarbeit mit BRICS bringt. Der verheerende Einfluß der USA und ihrer Gefolgschaft würde weiter zurückgedrängt. Bereits jetzt ist zu erkennen, daß sich Schwellenländer von den USA und der EU abkoppeln. In Lateinamerika und der Karibik nutzen die linken und Fortschrittskräfte diese Tendenz für ihren Kampf für Frieden und Unabhängigkeit, gegen Armut und Rückständigkeit. Dabei geht es primär nicht um sozialistische, sondern grundsätzlich um antiimperialistische Programme.

Ich wünsche mir in der Bundesrepublik Deutschland eine solche klar orientierende und kämpferische Linke, die eine Befreiung aus der Abhängigkeit vom Imperialismus will, für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpft und dafür Mehrheiten in der Gesellschaft gewinnt und mobilisiert. „Raus aus der NATO, ran an die BRICS!“ das wäre eine Losung. Wie die Stimmung und Lage unter den Linken nach der beachtenswerten Rede von Sahara Wagenknecht im Bundestag zeigen, sind wir davon wohl Lichtjahre entfernt. Oder nicht?

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Christen aus 23 Ländern fordern von USA Streichung Kubas von der Terror-Liste

Rund 300 religiöse Organisationen und Persönlichkeiten aus 23 Ländern fordern die USA auf, den sozialistischen Inselstaat von der Liste der Förderer des Terrorismus zu streichen. Anlaß war der Besuch von US-Außenminister Antony Blinken in Kolumbien, Chile und Peru.

„Die Aufhebung der Bezeichnung ‚Sponsor des Terrorismus‘ ist eine elementare Maßnahme der Gerechtigkeit für den Beitrag des karibischen Landes zum Frieden auf dem Kontinent und insbesondere zum Frieden in Kolumbien“, betonen sie in der Petition, die Blinken übergeben wurde.

Die Unterzeichner erinnern daran, daß diese Maßnahme im Jahr 2021 unter den Regierungen von Donald Trump und Iván Duque unter anderem mit dem Argument verhängt wurde, Kuba beherberge Anführer illegaler Gruppen aus Kolumbien. Duque hatte 2019 die Gespräche mit der Guerilla der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) abgebrochen und die Rückkehr der Friedensdelegierten aus Kuba

verhindert, was im Widerspruch zu den vereinbarten internationalen Protokollen steht. Von der kubanischen Regierung verlangte er ihre Auslieferung. Kuba verweigerte dies mit Verweis auf die gültigen Protokolle.

Die Unterzeichner der Petition weisen darauf hin, daß Kuba „ein historisches Opfer unmenschlicher Blockaden und Sanktionen ist, die das Leben seiner Bewohner beeinträchtigen“. Washington müsse „dringend der Achtung des Lebens Vorrang einräumen“.

Dies gelte insbesondere in der aktuellen Situation, in der die Folgen von Hurrikan Ian auf Kuba ebenso wie in Florida Schäden und Opfer hinterließen, „mit dem Unterschied, daß die Ressourcen für die Betreuung der Betroffenen auf Kuba knapper sind“, heißt es weiter. Die Kirchenvertreter schließen sich ausdrücklich dem Aufruf von Papst Franziskus beim Treffen der Volksbewegungen im Oktober 2021 an: „Ich möchte im Namen Gottes die mächtigen Länder bitten, Aggressionen, Blockaden und einseitige Sanktionen gegen

jedes Land der Erde einzustellen. Nein zum Neokolonialismus.“

Zu den Unterzeichnern der Petition gehören bekannte religiöse Persönlichkeiten unter anderem aus Kolumbien, Japan, den USA, Argentinien, Kuba, Belgien, El Salvador, Guatemala, Spanien, Chile, Brasilien, Honduras, Mexiko, Puerto Rico, und Kanada.

Darunter sind der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel aus Argentinien, die japanische Nonne und Vorsitzende von Pax Christi International, Filo Hirota, Mitglieder des Ökumenischen Weltkirchenrates, der Gemeinschaft Reformierter Kirchen Kubas, Reverend Chris Ferguson von der Reformierten Universität und Pastor der Vereinigten Kirche von Kanada, sowie Reverend Whit Hutchison von der Methodistischen Kirche in den USA.

Georg Stein
Buenos Aires

Quelle: amerika21, 8.10.22

Butter bei die Fische

COP 27: Gastgeber Ägypten will Entschädigung für Klimaschäden regeln

Die nächste Welt-Klima-Konferenz wird Ägypten am 6. bis 18. November in Sharm-el-Sheikh ausrichten. Wie Ägyptens Sonderbeauftragter für die COP 27, Wael Aboulmagd, erklärte, unternehme sein Land „große Anstrengungen“, die Frage der Entschädigung für wirtschaftliche Verluste aufgrund von Klimakatastrophen auf die offizielle Tagesordnung des Klimagipfels zu setzen. Er betonte: „Auf der COP 27 müssen wir zusammenarbeiten, um Finanzmittel für Länder zu finden, die in extremer Not sind, um die unmittelbaren Verluste und Schäden zu bewältigen, die einen beträchtlichen Teil ihres jährlichen Sozialprodukts auslöschen.“ Die Schweizer Informationsagentur Ecofin veröffentlichte am 13. September die Berechnungen der Afrikanischen Entwicklungsbank BAD/AfDB, nach denen Afrika jedes Jahr etwa 5 bis 15 Prozent seines Bruttosozialprodukts pro Einwohner aufgrund des Klimawandels verliert. Dazu kommt, wie der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry sagte, daß die afrikanischen Länder etwa zwei bis drei Prozent ihres Bruttosozialprodukts jedes Jahr aufwenden müssen, um Klimaprobleme zu lösen, die sie nicht verursacht haben.

Wie BAD/AfDB-Vize-Präsident Kevin Urama am 7. September in Kairo ausführte, haben die afrikanischen Länder zusammen in den Jahren zwischen 2016 und 2019 nur 18,3 Mrd. Dollar Unterstützung bekommen. Wenn das so weitergeht, wird „von 2020 bis 2030 ein Defizit in der Finanzierung der Klimafolgen in Höhe von jährlich 1.288,2 Mrd. Dollar auflaufen.“

Der Vorbereitungsgipfel am 5. September in Rotterdam sollte sicherstellen, daß Gelder für Klimaadaptionsprojekte nach Afrika fließen. Der Staatschef von Ghana, Nana Akufo-Addo, der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Felix Tshisekedi, und die Präsidentin von Äthiopien, Sahle-Work Zewde, sowie Moussa Faki Mahamat, der Vorsitzende der AU-Kommission, bedauerten die Abwesenheit der Staatschefs der Industrieländer. Macky Sall, der Präsident der Afrikanischen Union, stellte „mit Bitternis“ fest, daß auch die Chefs multinationaler Konzerne nicht teilnahmen: „Sie sind die Hauptverursacher der Umweltverschmutzung auf diesem Planeten, und sie sind diejenigen, die diese Veränderungen finanzieren sollten.“ Am Ende kamen 55 Mio. Dollar zusammen, weit entfernt von dem angestrebten Ziel von 25 Milliarden Dollar.

Die Luftverschmutzung ist in Afrika nach AIDS die zweithäufigste Todesursache: 2019 fielen ihr 1,1 Millionen Menschen zum Opfer. Aber die internationalen Geldgeber mobilisierten zwischen 2015 und 2020 für Afrika nur 3,7 Prozent der global aufgeführten Finanzierung gegen die Pollution, wie in einem Bericht des in London ansässigen

gemeinnützigen „Clean air fund“ festgestellt wurde. Auf glatte Zahlen umgerechnet bedeutet das, daß Afrika nur 37 Dollar von global aufgewendeten 1000 Dollar gewidmet waren. Und davon profitierten zu 88 Prozent nur Großprojekte in fünf Ländern: Ägypten (54 %), Marokko (24 %), Uganda (5 %), Niger (3 %) und Sudan (3 %). Der Bericht unterstrich auch, daß die internationalen Geldgeber 36 mal mehr für die Verlängerung des



Der 27. Weltklimagipfel war für 2021 geplant, wurde aber verschoben

Gebrauchs fossiler Brennstoffe finanzierten (14,6 Mrd. Dollar) als für die Luftverbesserung (403,6 Mio. Dollar) – was deutlich macht, daß durchaus Finanzmittel vorhanden sind und umgeleitet werden könnten.

Da verschiedene Länder in diesem Jahr mit extremen Wetterereignissen zu kämpfen haben, wächst der Druck, den Umweltverlusten und -schäden Priorität einzuräumen. Umweltinitiativen aus Ägypten, afrikanischen Ländern und Arabien in der „COP 27-Coalition“ rufen die ganze Welt zu einem dezentralen „Global Day of Action“ am 12. November auf, so die nigerianische Tageszeitung „This Day live“. Der Thinktank „Power Shift Africa“, „Climate Action Network International“, Stop EACOP Coalition, Africa Coal Network, Indigenous Peoples Caucus und die „Friends of the Earth Africa“ gehören zu den Unterstützern. Die „reichen Länder tragen eine historische Verantwortung für die Klimakrise und müssen ihren Verpflichtungen nachkommen, indem sie ihre Emissionen auf Null reduzieren und den ärmeren Ländern die zur Bewältigung der Krise erforderliche finanzielle Unterstützung gewähren“. Es sei sicherzustellen, daß „die reichen Länder ihre Klimaschulden zurückzahlen“.

Auf der UN-Generalversammlung Anfang September forderte die „Allianz der kleinen Inselstaaten“ (AOSIS) – das sind Länder, die am stärksten vor allem durch den Anstieg des Meeresspiegels gefährdet sind –, konkrete Fortschritte bei der Entwicklung eines Finanzierungsmechanismus. Die katastrophalen Überschwemmungen in Pakistan vor Augen, mahnte UN-Generalsekretär Antonio Guterres, sich „mit der gebührenden

Ernsthaftigkeit“ dem Thema zu widmen. Denn noch vor einem Jahr hatten es die USA und die EU in Glasgow auf dem letzten Klimagipfel COP 26 abgelehnt, einen Fonds zur Entschädigung von Ländern für klimabedingte Verluste einzurichten.

Ägyptens Außenminister Sameh Shoukry als COP 27-Präsident wird auf dem Klimagipfel die widersprüchlichen Vorstellungen und Interessen „navigieren müssen“. Dazu wurden die chilenische Klimaforscherin und Umweltministerin Maisa Rojas und die deutsche „Sonderbeauftragte für internationale Klimaschutzmaßnahmen“ Jennifer Morgan (Ex-CEO bei SAP und der Investmentgesellschaft „Blackstone“) mit dem Auftrag betraut, einen Plan auszuarbeiten, wie das Thema „Verluste und Schäden“ auf die offizielle Tagesordnung gesetzt werden könne.

Ist auf der COP 27 eine große Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd, den neokolonialistischen Industrieländern und den besonders klimafährdeten Entwicklungsländern zu erwarten? Die Zahlen, wissenschaftliche Berechnungen und Prognosen liegen unbestreitbar auf

dem Tisch. Es ist höchste Zeit zu entscheiden. Etwa 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr werden benötigt, um die von den afrikanischen Regierungen bis 2030 entwickelten Anpassungsstrategien umzusetzen, wie AU-Kommissionspräsident Moussa Faki Mahamat auf dem Vorbereitungsgipfel sagte. In den Jahren 2019 und 2020 kamen von den Industrieländern laut den von der multinationalen US-Investmentbank GCA veröffentlichten Daten 11 Milliarden US-Dollar: 97 % stammten aus öffentlichen Mitteln und insbesondere von multilateralen Entwicklungsbanken, mehr als die Hälfte dieser Mittel waren Kredite, die dazu beitrugen, die Verschuldung der Länder zu erhöhen.

Aber: „Die Afrikaner betteln nicht und warten nicht. Sie legen Geld auf den Tisch.“, erinnerte der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank die Industrieländer an ihre Pflicht. Zusammen mit der GCA hatte er im letzten Jahr ein Programm zur „Beschleunigung der Anpassung in Afrika“ aufgelegt: Bis 2025 sind 25 Mrd. Dollar aufzubringen. Mit dem Startfonds von über 250 Mio. sollen Machbarkeitsstudien von Projekten vor allem in der Landwirtschaft und zur Aufforstung der „Grünen Mauer“ geprüft werden. In Afrika verschwindet der Wald mit 4 Mio. Hektar pro Jahr doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt, wurde auf der Weltbodenkonferenz im Mai in der Elfenbeinküste festgestellt. Die westlichen reichen Länder haben es noch nicht geschafft, die Emissionen zu senken. Obwohl die USA und Deutschland ihre Kohleproduktion im eigenen Land hochfahren, unterstützen sie kein fossiles Energieprojekt im Ausland – „ein Schlag ins Gesicht“, wie Le

Monde Afrique schreibt. Dabei hat Afrika auf dem COP 27-Gipfel in Ägypten die Gelegenheit, seine Kraft in die Waagschale zu werfen. Denn nicht zuletzt besitzt der Kontinent riesige Mineralreserven an Kobalt, Bauxit, Lithium, Uran etc. zur Entwicklung von Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß.

Mike Bloombergs Stiftung hat ihren Plan der energetischen Transition im Mai aufgestockt, um mit etwa 150 Mio. Dollar pro Jahr kohleverfeuernde Kraftwerke in elf afrikanischen Ländern schließen zu helfen. Viele afrikanische Staatsoberhäupter haben protestierend ihre Stimme erhoben, um die Beschränkungen für die Nutzung

der natürlichen Ressourcen des Kontinents – Kohle und Kohlenwasserstoffe – zur Deckung ihres Energiebedarfs in Frage zu stellen. Die eigenen Klimaschutzverpflichtungen und Aktivisten in den afrikanischen Staaten, der Druck von internationalen Geber-Institutionen sowie die Zurückhaltung von Finanzpartnern (China) haben jedoch dazu geführt, daß mehrere Kohleprojekte im Laufe der Zeit aufgegeben oder gestrichen wurden. Dem stellte sich Macky Sall als Präsident der Afrikanischen Union auf der UN-Generalversammlung am 20. September prinzipiell entgegen: „Es ist legitim, fair und gerecht, daß Afrika, der Kontinent mit

der geringsten Umweltverschmutzung und dem größten Rückstand im Industrialisierungsprozeß, seine verfügbaren Ressourcen nutzt, um die Grundversorgung mit Energie zu gewährleisten, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft zu verbessern und den allgemeinen Zugang zu Elektrizität zu erreichen. Wir sehen die Anpassungsfinanzierung nicht als Hilfe, sondern als Beitrag der Industrieländer zu einer globalen Partnerschaft der Solidarität, als Gegenleistung für die Bemühungen der Entwicklungsländer, die umweltverschmutzenden Muster zu vermeiden, die den Planeten in die aktuelle Klimakrise gestürzt haben.“
Georges Hallermayer

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 3. November um 16 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Ukraine – Krieg und Frieden heute**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 5. November um 10 Uhr spricht Carsten Hanke, Vorsitzender der „Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität“, zum Thema: **Schwindet die Vorherrschaft der USA gegenüber Lateinamerika?**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 10. November um 14 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Die Oktoberrevolution und die heutige Zeit**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Bernau

Am 12. November um 15 Uhr spricht der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der TAG der GRH zum Thema: **Signale! Gedanken zur aktuellen und längerfristigen Entwicklung des Verfassungs-, Straf- und Ordnungsrechts in der BRD**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Dresden

Am 12. November um 10 Uhr spricht Prof. Klaus Müller zum Thema: **Ursachen und Wirkungen der Inflation im heutigen Imperialismus**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 15. November um 18 Uhr Diskussion mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“ Heinz Engelhardt, Generalmajor a. D., zum Thema: **„Wir dienten der DDR, konnten sie nicht retten und waren nicht schuld an ihrem Untergang“**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 17. November um 15 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die neue Seidenstraße ist mehr als nur ein Investitionsprogramm**

Ort: Volkssolidarität, Thünenweg 31, 18273 Güstrow (Achtung: veränderter Ort)

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 18. November um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die aktuelle politische Lage in Europa und der Welt**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Rostock

Am 19. November um 10 Uhr spricht Generalmajor a. D. Manfred Jonischkies zum Thema: **Die Rolle der Ukraine in der Geostrategie der USA**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 19. November um 10 Uhr Gesprächsrunde mit kurzer Einführung von Frank Tröger (Freidenker Chemnitz) zum Thema: **Heißer Herbst – links wie rechts? Auf der Suche nach politischer Wahrheit**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 22. November um 15 Uhr (Bitte beachten: vom 7.12. vorverlegt!)

Gedankenaustausch zu aktuellen politischen Ereignissen

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 22. November um 17 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Frieden mit Rußland und China statt NATO-Aggression**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 23. November um 16.30 Uhr spricht Edmund Peltzer, Vorsitzender der Regionalgruppe Leipzig, zum Thema: **Vom Bruderkuß zum Antiruß. Die unheilvolle Tradition des ukrainischen Nationalismus**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43 (erreichbar mit den Straßenbahnlinien 3 und 9, Haltestelle Fernersleber Weg), 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 26. November um 10 Uhr spricht Uwe Hiks, Sprecher des Marxistischen Forums bei der Partei Die Linke, zum Thema: **Die weltpolitische Situation und die Gefahren für die Realisierung der Klimaziele**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

Am 26. November um 10 Uhr spricht Renate Koppe, Leiterin der internationalen Kommission beim DKP-Vorstand, auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der DKP zum Thema: **Die Kriegspolitik der NATO und der Kampf des Donbass gegen Faschismus und Imperialismus**

Ort: Gasthaus „Zur Kurve“, Stralsunder Straße 20, 18445 Prohn

Regime Change in Weißrußland?

In Kooperation mit dem Außenministerium und der Open Society Stiftung bildet man Anführer für einen Regime Change in Weißrußland aus. Vom 19. bis 30. September fand an der Diplomatischen Akademie in Wien eine Fortbildungseinheit des Trainingsprogramms „Führungskraftetraining in europäischen Beziehungen und Anführerschaft für Demokratiereform-Experten aus Belarus“ statt. Das Angebot richtete sich an weißrussische Exilanten in Österreich, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen und Polen unter 35 Jahren, berichtete der österreichische *Wochenblick* bereits mehrfach im August. Auf dem Lehrprogramm standen neben internationalem Recht, Modulen über Cybersicherheit und „Multilateralismus“ der UNO auch das Fach „kosmopolitischer Führungsstil“. Laut Aussage der Zeitung wird der Lehrgang – die jährliche Studiengebühr betrage pro Teilnehmer 14 300 Euro – mit Mitteln des Außenministeriums von Alexander Schallenberg finanziert.

„Für die ungestörte Errichtung einer neuen Weltordnung muß offenbar zuerst auch der den Globalisten lästige Staatschef in Weißrußland weg“, mutmaßt die Zeitung und fragt nach den Zielen, die mit dem Training erreicht werden sollten: „Soll hier ein Regimewechsel im osteuropäischen Land orchestriert werden?“ Im Infolyer der Fortbildung heiße es: „Das Trainingsprogramm will Menschen schulen, die ‚Anführer der demokratischen Reformen in ihrer Heimat‘ werden wollen.“ Der alpenländische Ex-Kanzler habe sich in der Vergangenheit mehrfach mit Vertretern der weißrussischen Opposition getroffen und halte auch zu weltweiten Financiers von „Regime Change“-Gruppen Kontakt. Nach außen werde die Fortbildung nicht angepriesen. Schließlich sei Österreich offiziell ein neutrales Land, und so könne der Außenminister seine Betätigung für US-Interessen nicht offen kommunizieren. Laut dem *Wochenblick* pflegt Schallenberg keine diplomatischen

Beziehungen zum rechtmäßigen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Statt dessen habe er sich entgegen jeglicher diplomatischer Gepflogenheit unter dem Vorwand einer angeblichen Wahlfälschung mehrfach mit der unterlegenen Präsidentschaftskan-



Österreichischer Außenminister Alexander Schallenberg

didatin Swetlana Tichanowskaja getroffen. Schallenberg pflege zudem regelmäßig Kontakte zum Gründer der Open Society Foundation George Soros und seinem Sohn. Die Open Society habe schon in Serbien und in der Ukraine Regimewechsel gefördert. Schließlich lieferte die Wochenzeitung auch eine Erklärung für die aktuelle Unbeliebtheit des weißrussischen Präsidenten. Laut dem *Wochenblick* sei eines klar: „Weißrußland unter Lukaschenko hält eisern zu Putin und ist der letzte große Pufferstaat

zwischen EU/NATO und Rußland.“ Auch die Verbindung von der Open Society Foundation zur weißrussischen Opposition sei bekannt. Der weißrussische Regierungschef habe schon anlässlich der Protestwelle im Sommer 2020 vor einer möglichen Farbrevolution mithilfe des Westens gewarnt. Daß dieser Verdacht nicht unbegründet sei, bestätigten laut der Zeitung auch die Aussagen von Pawel Latuschko, der als enger Vertrauter von Tichanowskaja gelte. Demnach habe er in einem Interview mit *Radio Swaboda* gesagt: „Ich werde versuchen, Personal für das neue Weißrußland zu rekrutieren. Eine Route ist die Ausbildung von Personal für das neue Weißrußland über die Warschauer Universität. Eine andere sind die Diplomkurse des österreichischen Außenministeriums, die demnächst beginnen.“ Der *Wochenblick* gibt auch Latuschkos Aussage wieder, wonach man sich mit „internationalen Partnern“ verständigen wolle, „um über ein Sanktionsregime den Rückhalt von Präsident Alexander Lukaschenko im eigenen Land zu brechen“. So fragte die Zeitung sich schließlich anlässlich der Ausbildung von „Demokratiereform-Experten“ an der Diplomatischen Akademie, welche Rolle Österreich in einem mutmaßlich geplanten Regimewechsel in Weißrußland zukäme: „Soll Schallenberg hier für seine Weltenlenker-Freunde einen Regimewechsel orchestrieren? Soll das formell neutrale Österreich gar für eine Provokation gegen Putin und Rußland im Sinne der NATO-Interessen mißbraucht werden?“ Auf die Fragenkataloge, die der *Wochenblick* diesbezüglich an Verantwortliche beim österreichischen Außenministerium und bei der Diplomatischen Akademie eingereicht habe, seien die Institutionen Antworten schuldig geblieben.

Quelle: <https://pressefreiheit.rtde.tech/europa/149451-regime-change-in-weissrussland-wiener-akademie-bildet-anfuhrer-aus/> 20.9.2022

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

Zum 94. Geburtstag

Dr. Dieter Frielinghaus (Brüssow)
am 14. November

Zum 93. Geburtstag

Horst Scholz (Berlin) am 16. November

Zum 92. Geburtstag

Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 91. Geburtstag

Horst Schlueter (Neubrandenburg)
am 2. November

Zum 90. Geburtstag

Martin Küster (Berlin) am 4. November

Hans-Joachim Hartlieb (Dresden)

am 21. November

Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen)

am 24. November

Zum 85. Geburtstag

Luzie Imhof (Berlin) am 4. November

Peter Rudolph (Erfurt, OT Linderbach)

am 15. November

Zum 80. Geburtstag

Manfred Jonischkies (Schwerin)

am 3. November

Ghassem Niknafs (Hamburg) am 7. November

Hans Nollau (Pockau-Lengefeld)

am 17. November

Gerd Müller (Werneuchen) am 21. November

Zum 75. Geburtstag

Wolfgang Strobel (Neubrandenburg)

am 23. November

Zum 70. Geburtstag

Wolfgang Herrmann (Chemnitz)

am 9. November

Ursula Ermen (Königs Wusterhausen)

am 13. November

Helmut Kobelt (Geising) am 16. November

Ulrich Farin (Bramsche) am 23. November

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Eine Wurzel des ukrainischen Rassismus (II und Schluß)

Zur ukrainischen Ursache des Holodomors

Anfang der 30er Jahre drohte der Sowjetunion Krieg von außen und innen. Die Rote Armee war zu modernisieren, die Lebensmittelversorgung der Armee zu sichern. Das Ende der „Ukrainisierungspolitik“ heißt konkret: Zwangskollektivierung. Der Kollektivierungsprozeß begann viel früher und auf freiwilliger Basis. Indes war in der Ukraine das Kulakentum, das soziale Gefälle bei weitem ausgeprägter als in der Russischen Sowjetrepublik. Die Kulaken verweigerten sich der freiwilligen Kollektivierung. Dabei blieb es nicht. Sie hintertrieben die Agrarwirtschaft, indem sie ihr Getreide versteckten, um die Marktpreise nach dem Prinzip Angebot und Nachfrage zu gestalten. Hier offenbart sich der Mangel an politischem Bewußtsein und die noch nicht vorhandene Identifikation mit der noch jungen sozialistischen Gesellschaft.

Die Sabotage der Agrarwirtschaft war innerhalb der Ukraine eine entscheidende Ursache für die hohe Zahl der Hungertoten in der 2. Hungerkatastrophe der Sowjetunion. Wird heute im Westen darüber diskutiert, spricht man nur von der Ukraine. Jedoch hungerte fast die gesamte Bevölkerung des Riesenlandes. Allerdings sind die Opferzahlen in der Ukraine (nach Angaben von 2008: 3,5 Millionen Tote) am höchsten gewesen. Das waren 12 Prozent der damaligen Bevölkerung. Drei Millionen Tote gab es in der russischen Sowjetrepublik. In Moldau betraf es 10 Prozent, in Belarus knapp zwei Prozent, 1,3 Millionen in Kasachstan, was 22 Prozent der Bevölkerung entspricht. Aber die heutige Republik Kasachstan spricht von keinem Völkermord damals. Nur die heutige Ukraine tut's.

Hungerkatastrophen sind unfafßbar tragisch. Zu fragen wäre, warum verhungern heute in einer Welt des siegreichen Kapitalismus mit der Gloria um Menschenrechte jährlich 30 Millionen Menschen?

Zum „Beweis Völkermord“ in der Ukraine

Wird der damalige Westen es auch als Tragödie wahrgenommen haben? Dem ging es doch um die Beherrschung von Ost-Europa, um dann Rußland den Todesstoß versetzen zu können. Die Interventionskriege brachten dem Westen nicht den Sieg, so doch vielleicht der Hunger? Warum also die Katastrophe beklagen?

Bei aller hinterhältigen Berechnung, die zweite Hunger-Katastrophe brachte dem Westen auch nicht den Sieg über Ost-Europa. Um so mehr war und ist heute die Propagandamaschine anzuwerfen, eine ideologische Vorarbeit zum faschistischen Putsch in 2014: So heißt es im Westen seit Jahrzehnten, die Tragödie 1931/33 war ein von der sowjetischen Führung beabsichtigter Völkermord. Als Beweis für diese Behauptung wird von Westhistorikern respektive von den Ukra-Nazis ein Brief angeführt. Aus dem Wikipedia-Artikel „Hungersnot in der Sowjetunion“, zuletzt aktualisiert am 8. April 2022: „In einem Brief vom 15. Mai 1933 des

ukrainischen Partei-Chefs Stanislaw Kossior an Stalin macht sich Kossior in herablassender Weise über die hungernden ukrainischen Bauern lustig, die viele spätere Historiker verleite, diesen Brief als entscheidendes Beweisstück anzuführen, daß es sich bei der Hungersnot um einen gezielten Völkermord handeln müsse.“



Plakat von Käthe Kollwitz zur Hungersnot in Sowjetrußland

Die Hungersnot in der Sowjetunion war 1933 beendet. Indes kam noch eine dritte Hunger-Katastrophe auf die Sowjetunion zu. Da diese mit der ersten und zweiten im linearen Kontext steht, sei erwähnt: Die zweite Katastrophe für die gesamte Sowjetunion war auch der Bedrohung durch Japan geschuldet, also einer Kriegsgefahr. Im April 1941, nur acht Jahre nach der zweiten Katastrophe, konnte die Sowjetunion mit Japan einen Nicht-Angriffs-Pakt schließen. Daß die energische Politik der Lebensmittelsicherung für die Rote Armee deswegen nicht als Phantom bezeichnet werden kann, zeigt sich im Überfall der Nazis im Juni 1941. Der Sieg der Sowjetunion ist auch der weit voraus geplanten Lebensmittelversorgung der Armee zu verdanken. Das wird heute selbst für jeden Nicht-Militär und Gläubigen der vierten Gewalt offensichtlich: Die Ukra-Armee (UAF) verliert auf dem Schlachtfeld auch wegen fehlender Lebensmittelversorgung. Die Einkesselungen am Donbass waren noch nicht abgeschlossen, da kam schon kein Nachschub mehr für die UAF. Nicht nur, weil die russische Armee strategisch den Nachschub blockierte, sondern weil die Ki-ewer Nazi-Regierung in ihrer Omnipotenz zur Planung von mehr als Terror im Donbass nicht fähig war und ist. Kein Soldat kämpft, der verhungert – außer Ukra-Nazis, wie das Beispiel Mariupol-Stahlwerk wahrlich blendend zeigte. Nein, es soll nicht gespottet werden! Krieg ist stets ein Verbrechen an der Menschheit. Der Krieg jedoch fing lange vor dem ersten Schuß an. Dieser Krieg, der im Donbass, währt bereits acht Jahre. Und der wiederum begann 1983 in der USA. 40 Jahre lang wurde der in

der Ukraine von Regierungs-Yankees geplant und vorbereitet. Das läßt erkennen, warum seit 2014 Milliarden an Geld in diesen korrupten Staat gepumpt werden. Zugleich gehört die hochindustrialisierte Ukraine zu den ärmsten Staaten der ehemaligen Sowjetrepubliken. Den zentralasiatischen Republiken mit wenig Industrie geht es heute materiell besser als der Ukraine. Warum? Weil dieses Ost-Europa nur als Aufmarschgebiet gegen Rußland mißbraucht und vom Westen gefüttert wurde. Und wie in Afrika und in Nahost wurden die ukrainischen Sippen-Chefs zu Oligarchen finanziert, die Bevölkerung neokolonial wie die Araber und Afrikaner degradiert.

Als Dank für die Befreiung: Bedrohung aus dem Westen

Diese Hunger-Katastrophe muß im Zusammenhang mit dem Krieg des Westens gegen die Sowjetunion gesehen werden. Die Sowjetunion hatte alle Reserven für den Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung ganz Europas vom Faschismus aufbringen müssen. 1946 war die Sowjetunion total erschöpft und befand sich genau in dem Zustand, den der Westen mit der ewigen Verzögerung der 2. Front beabsichtigte. Unter solch schwierigen Bedingungen entschied die sowjetische Führung, die Atombombe bauen zu lassen. Wer ohne Scheuklappen ist, frage sich: Wer hätte den Westen in die Schranken weisen können, wenn nicht die Sowjetunion? Wer rettet Rußland heute vor dem NATO-Westen, wenn nicht eine verantwortungsvolle, souveräne Staatsführung unter dem Präsidenten Wladimir Putin?

P. Osero
Strausberg

Worte Leonard Peltiers aus dem US-Gefängnis

“I don't know how to save the world.
I don't have the answers or The Answer.
I hold no secret knowledge as to how to fix the mistakes of generations past and present.
I only know, that without compassion and respect for all of Earth inhabitants, none of us will survive nor will we deserve to.”

„Ich weiß nicht, wie man die Welt retten kann. Ich habe weder Antworten noch Die Antwort. Ich habe kein geheimes Wissen darüber, wie man die Fehler der vergangenen und gegenwärtigen Generationen behebt. Ich weiß nur, daß ohne Mitgefühl und Respekt für alle Bewohner der Erde keiner von uns überleben wird und wir es auch nicht verdienen.“

Die Sozialdemokratisierung der Partei Die Linke ist (fast) abgeschlossen

Während „unsere“ Regierung hilflos vor sich hin werkelt, werden die Menschen im Land immer unzufriedener. Es brodelt an vielen Ecken und Enden. Eigentlich eine Steilvorlage für eine linke Kraft, die Massen zu mobilisieren und zu organisieren und für Veränderung zu kämpfen.

Doch was ist los mit der Partei Die Linke? Werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte.

Herbst 1989 und folgende Jahre

Die Zerreißprobe der DDR wurde zur Zerreißprobe der SED. Auflösen oder umgestalten, darauf lief es Anfang 1990 hinaus. Man entschied sich für Umgestalten. Man trennte sich von allen Führungskadern und änderte radikal das Programm. Unter der Losung „Entstalinisierung“ trennte man sich aber auch vom theoretischen Rüstzeug. Das erwies sich m. E. als der größte Fehler der neuen Partei, die nun als Partei des demokratischen Sozialismus (PdS) firmierte.

Hätten sie nicht auf ihr theoretisches Rüstzeug verzichtet, wäre ihnen nämlich aufgefallen, daß dieser Begriff eine Tautologie ist. Eine Demokratie als Herrschaft der Mehrheit des Volkes über eine Minderheit kann nur sozialistisch sein. Eine bürgerliche Demokratie ist das genauso wenig wie eine noch nicht entwickelte Demokratie in den volkdemokratischen Ländern, jene waren allerdings durchaus auf dem Weg dahin. Dieses tautologische Demokratieverständnis wird der PdS als auch ihrer Nachfolgerin noch im Wege stehen. Zunächst aber sorgte der Druck von außen auf die Partei für Zusammenhalt und kämpferische Haltung. Gleichzeitig begann man die Arbeit nach den Maßstäben des bürgerlichen Staates einzurichten. Betriebsgruppen gab es ja schon eine Weile nicht mehr, was auch dazu führte, daß die eigentlichen Adressaten kaum noch angesprochen wurden. Die Gewerkschaften als Vehikel fielen auch aus, die hatte die SPD fest im Schlepp und jene unternahm alles, die PdS außen vorzulassen. Zur wichtigsten Plattform wurden Parlamente aller Stufen. Man hängt sich rein. Die Basis berappelte sich und vor allem die von der Deindustrialisierung des Ostens hart getroffenen älteren Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch die ehemaligen Angestellten und Verwaltungsmitarbeiter, die durch Westbeamte mit „Dschungelzulage“ ersetzt worden waren, fanden entweder zurück zur „Partei“ oder aktivierten ihr Engagement. Und da die PdS auch die Parole, wir sind DIE Ostpartei ausgegeben hatte, kamen die ersten Erfolge. 30 Prozent und mehr wählten im Osten die PdS in der Annahme, sie würden links wählen.

Neuer Dämpfer – neuer Aufschwung

Im Osten wurde die PdS zu einer beachtenswerten Macht. Man stellte Mehrheiten, bekam Posten und Geld, denn Wahlgewinne werden in der BRD durch die Wahlkampfrückerstattung und den Zugang zu diversen Töpfen, von Fraktionsgeldern bis zur Finanzierung einer parteinahen Stiftung, mitbarer Münze vergolten. Man brauchte auch neue Funktionäre, und hier tat sich ein Sprungbrett für mehr oder weniger engagierte junge Leute auf, die „in der Politik was werden wollten“. Ein paar habe ich kennengelernt. Da waren wirklich Engagierte drunter, aber



Nach den Wahlen von 2002 waren Gesine Lötzsch (r.) und Petra Pau bis 2005 die beiden einzigen PDS-Abgeordneten im Bundestag

auch viele, die nur so ein Bauchgefühl hatten, man sollte etwas Soziales tun. Letzteres Klientel paßte auch ohne Schwierigkeiten zu anderen Labels, von NABU bis Grüne, von Jusos bis Green Peace. Wirklich linker Nachwuchs mit Wissen um die Geschichte der Arbeiterbewegung oder gar sozialistischer Theorie war sehr rar gesät. Den Namen Horkheimer zu kennen oder mal von der Frankfurter Schule gehört zu haben oder Gramsci fehlerfrei schreiben zu können, galt schon als tiefgründig theoretisch. Man brauchte aber auch gar keine „eigene“ Theorie, weder die, die in der DDR damit Berührung hatten noch die ganz Jungen, die in Schulen und Universitäten alles Mögliche vermittelt bekamen, dem das Attribut „links“ zugeschrieben wurde. Alles zu hinterfragen galt als en vogue, aber Antworten zu wissen als stalinistisch, zumindest aber als betonkommunistisch. Man war angekommen im bürgerlichen Politikbetrieb, und es wurde schon gegen Ende der 90er Jahre versucht, die PdS in ein sehr beliebtes und bürgerlich stromlinienförmiges „linkes Projekt“ zu verwandeln. Wir erinnern uns an die Parteitage Ende der 90er Jahre und die Wahlschlappe zur Bundestagswahl, als plötzlich nur Gesine Lötzsch und Petra Pau ein Mandat errangen und sich am Rande der „bürgerlichen Schwatzbude“ wiederfanden. Aber es kamen auch wieder bessere Zeiten, doch nicht durch eigenes Zutun. Wieder einmal hatten die deutschen Sozialdemokraten ein Tabu gebrochen. Deutsche Streitkräfte nahmen erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien wieder an einem Krieg teil. Die Empörung gegen die Kriegsteilnahme schlug vor 20 Jahren noch hoch.

Sozialdemokraten traten reihenweise aus ihrer Partei aus und gemeinsam mit anderen sozial engagierten Kräften entstand die WASG. Natürlich merkten linke Engagierte aus den alten Bundesländern, was die PdS im Osten erreicht hatte, auch an medialem Echo und damit an Wirkung. So kam es, daß man im gegenseitigen Interesse Verhandlungen führte, um sich zu einer geeinten linken Kraft zusammenzuschließen. In der PdS gab es eine Reihe von Regionalveranstaltungen, in denen ein Zusammenschluß diskutiert wurde. Die Skepsis im Apparat, aber auch in Teilen der Parteibasis, sich

„westliche linke Spinner“ in die Organisation zu holen, war recht ausgeprägt. Schon in diesen Diskussionen war immer wieder von jener ominösen „Mitte der Gesellschaft“ die Rede, die man vertreten wolle. Doch der Wille, eine große gesamtstaatliche Kraft zu werden, war größer und so kam es 2007 zur Gründung der Partei Die Linke. Mit viel Schwung ging es in die nächsten

Wahlen und 2009 bei der Bundestagswahl beträchtlich vorwärts, was die Ergebnisse anbetrifft. 76 Abgeordnete, unter ihnen ein halbes Duzend Direktmandate, stellte die Fraktion der Linken nun im Bundestag. Die Euphorie in der Partei war genauso groß wie die Erwartungen derer, die die Partei gewählt hatten. Überall entstanden Wahlkreisbüros, Mitarbeiter wurden eingestellt, man wurde sichtbarer. Und man richtete sich ein, mit Wahlergebnissen, die im Osten teilweise mehr als ein Drittel der insgesamt abgegebenen Stimmen ausmachten und beständig über der Fünf-Prozent-Hürde im Westen lagen.

Schleichender Niedergang

Doch diese Ergebnisse verdeckten nur die vorhandenen Probleme. Neben der bereits erwähnten inhaltlichen Beliebigkeit (vom Apparat gern als Meinungsvielfalt gefeiert) gab es drei weitere Fragen, die nie angegangen wurden. Mit der Vielzahl und der personalen Kraft der unterschiedlichen Fraktionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene entstanden Parallelstrukturen zu den Vorständen der Partei. Da davon auszugehen ist, daß immer die Besten zur Wahl standen, fanden sie sich auch in den Parlamentsstrukturen wieder. Manche behielten aber auch die Posten in den jeweiligen Vorständen der Parteistruktur. Die Beschlußlage war innerhalb der Partei dazu nicht ganz eindeutig. Aber wer führte nun wen? Waren die Vorstände der Partei richtunggebend? War die Kraft der Parlamentsfraktionen nicht größer? Sie verfügten über Geld und Personal. Hinzu kam, daß man sich

insbesondere in den niederrangigen Parlamenten zunehmend als „Vertreter der Mitte“ verstand und eher Kompromisse einging, statt kämpferisch zu sein, immer das nächste Wahlergebnis im Blick, so wie auch alle anderen Parteien. Das hatte, sehr abhängig allerdings von den agierenden Personen vor Ort, auch gewisse Erfolge. Das Stichwort ist „Kümmerer“.

Nun ist kümmern nicht per se schlecht, allerdings verlor man sein ureigenstes Klientel aus den Augen. Und man scheute oft die offene Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, die mehr sein wollten als der soziale Schmierstoff des real existierenden Kapitalismus – es könnte ja die Bürger bei der Wahl erschrecken. Noch schlimmer war es in den Zentralen, in der Bundestagsfraktion und im Parteivorstand. Nach dem Zusammenschluß 2007 tobten hinter den Kulissen immer noch Kämpfe der einzelnen Strömungen um Deutungshoheiten und Posten. Hinzu kam, daß die beiden Vorsitzenden nicht nur nach aller Kunst paritätisch (Frau/Mann, Ost/West, etwas linker/etwas rechter usw.) gewählt worden waren, sondern eben auch in der Bundestagsfraktion mitbestimmten. Zur inhaltlichen Beliebtheit kam nun auch noch Führungslosigkeit. Und die Auseinandersetzungen wurden zu großen Teilen öffentlich über die Medien ausgetragen. Man

bekämpfte sich gegenseitig und konterkarierte damit die Arbeit von tausenden ehrlichen Genossinnen und Genossen an der Basis der Partei, die landauf, landab eine gute und engagierte Arbeit leisteten. Und man hatte die Partei zu einem Wahlverein heruntergewirtschaftet, indem seit Jahren nur noch Wahlversammlungen und kaum politische Diskussionen unter den Mitgliedern stattfanden. Es begann ein schleicher und fortgesetzter Niedergang. Die von unterschiedlichen Vorständen erarbeiteten Analysen dazu waren vielfach jämmerlich. Einer der Höhepunkte war jene unter Klaus Lederer erarbeitete und verfaßte Analyse nach der verkorksten Berlin-Wahl 2011, in der auf mehr als zwei Dutzend Seiten ständig von einem „linken Projekt“ die Rede war und eine Worthülse die nächste ablöste.

Hinzu kamen zunehmend Auseinandersetzungen partikularer Gruppen innerhalb als auch an der Peripherie der Partei, die zunehmend die Inhalte der Diskussion bestimmten. Man wird den Eindruck nicht los, daß solche Diskussionen, und zwar von der Antisemitismus-Diskussion über „Wie hältst Du es mit Europa?“ (womit immer nur das imperialistische EU-Gebilde gemeint war) bis hin zur „Agenten Moskaus“ (witzigerweise hat der SPD-Vorstand 1914 alle, die gegen die Kriegskredite stimmen wollten, als „Agenten des Zaren“ diffamiert), immer

zu einem Zeitpunkt losgetreten werden, wenn sich die Linken gerade wieder ein wenig konsolidiert haben. Auf dem englischen Hosenbandorden steht das Motto: Honi soit qui mal y pense, auf Deutsch: Ein Schuft, wer Böses dabei denkt!

Quo vadis Linkspartei?

Die Frage ist nun: Was tun, Linkspartei? Lassen wir den Laden langsam, aber sicher in die Bedeutungslosigkeit rutschen und resignieren? Nein und nochmals nein! Schon wegen des täglichen Kampfes vieler engagierter Genossen im ganzen Land, von Hamburg bis Bautzen, von Berlin bis Bremen, von Halberstadt bis Nürtingen, von Nürnberg bis Eberswalde – das Erreichte soll nicht aufgegeben werden. Aber es bedarf großer Anstrengungen.

Genossinnen und Genossen an der Basis, zwingt Eure Vorstände zum Handeln, laßt Euch nicht von den bürgerlichen Parlamenten dominieren, schließt Euch mit kämpferischen Gruppen zusammen, fördert die außerparlamentarischen Kämpfe und kämpft wieder für eine gesellschaftliche Veränderung hin zum Sozialismus, denn der Kapitalismus kann keine der Krisen, die er selbst hervorgerufen hat, bewältigen! Also: Auf, auf zum Kampf!

Uli Jeschke

Karl-Liebknecht-Kreis in der LINKEN Brandenburg gegründet

Vor genau einem Monat, am 3. Oktober, konstituierte sich in der Brandenburger LINKEN ein Karl-Liebknecht-Kreis.

Das war eine Reaktion auf den fortschreitenden Verfall der Partei auch in Brandenburg. Im Dezember 2021 hatten die damaligen Parteivorsitzenden gefordert, „den Kompaß neu auszurichten“. Nun fanden sich aktive und ehemalige Mitglieder zusammen, weil der LINKEN der Kompaß abhandengekommen ist.

2019 war in allen Landesverbänden eine deutliche Mehrheit der Auffassung, die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts sollte ein wesentliches Anliegen der Linken sein. Dieser Aufgabe stellen wir uns. Vor und noch Monate nach der letzten Bundestagswahl war aus dem Parteivorstand zu vernehmen, die Friedensfrage sei nicht wahlentscheidend. Und jetzt soll das Bündnis für soziale Proteste nicht durch die Vermischung mit der Friedensfrage gestört werden.

Als ob einem Krieg, in dem nicht nur Europa die Vernichtung droht, mit Demoskopie und Taktiererei Einhalt geboten werden könnte! Als ob die beginnende Verelendung nicht auch eine Folge des Krieges ist! Als ob „Sanktionen“ nicht ein anderer Name für Wirtschaftskrieg sind!

Karl Liebknecht erklärte mit Blick auf die Berufsbürokratie der Arbeiterbewegung:

Für die ist Erhaltung und Förderung der Organisation, d. h. ihrer Existenzquellen, „der Zweck, zu dem sie – um der Organisation Zulauf zu verschaffen – überhaupt nur für Kämpfe zu haben sind; für Kämpfe in loyalen Grenzen, über die sie nur widerstrebend von den Massen hinausgerissen werden können. Sie sind keine Revolutionäre, höchstens Reformisten; und im tiefsten Sinn – objektiv – eine an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in paradoxer Form schmarotzende Schicht“.

Darf so an Karl Liebknecht erinnert werden, wo doch die schon von ihm beschriebene Art des „Kampfes“ die Linke bisher ziemlich einsam aussehen läßt, während sich an anderen Wochentagen und an anderen Orten als gewünscht Massenproteste entwickeln?

Es genüge, Rußland als Angreifer zu erkennen, um die linke Position zum Krieg zu bestimmen, heißt es. Der sei „durch nichts zu rechtfertigen“ und Punkt. Sie reden von „Putins Krieg“ und damit ist der Fall für sie erledigt. Tatsächlich ist der heute noch weitgehend auf das Territorium der Ukraine begrenzte Krieg einer der Kriege um die Neuaufteilung der Welt. Da hat sich DIE LINKE nicht auf eine Seite zu schlagen, sondern in einer möglichst breiten Friedensbewegung gegen den Krieg zu streiten. Auch in

der Verbreitung dieser Einsicht sehe ich eine Aufgabe für den Liebknecht-Kreis. DIE LINKE muß auf allen Politikfeldern gegen den Krieg kämpfen. Es muß gegen den Krieg gehen und nicht als linker Flügel der NATO um den Sieg über Rußland. Sonst geht DIE LINKE den Weg der Sozialdemokratie von 1914.

Noch einmal Liebknecht: „Die Politik der Sozialdemokratie in Bezug auf den Krieg muß während des Krieges die konsequente Fortsetzung sein der Politik, die sie in der Friedenszeit gegenüber dem Kriege verfolgt. Nicht aber darf sich ihre antimilitaristische und antiimperialistische Friedenspolitik bei Kriegsausbruch verwandeln in eine promilitaristische und proimperialistische Politik, die Politik des Klassenkampfes in eine Politik der Klassenharmonie. Die Lehre: „Wir bekämpfen den Krieg, wenn er aber einmal da ist, geben wir unsere Opposition gegen ihn auf und machen ihn mit“, heißt, die Friedens- und Kriegspolitik grundsätzlich auseinanderreißen.“

Aus diesem Verständnis heraus heute Politik der LINKEN zu entwickeln ist ein Ziel des Karl-Liebknecht-Kreises. Mitstreiter sind herzlich eingeladen.

Dr. Artur Pech

Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises
in der LINKEN Brandenburg

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932

Vom 3. bis 7. November 1932 führten die Beschäftigten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) einen großen Streik durch. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) war im November 1928 durch den Zusammenschluß der Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, der Allgemeinen Berliner Omnibus AG (ABOAG) und der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft entstanden.

Im August 1932 verlangte die Direktion der BVG eine Lohnkürzung beim technischen und beim Verkehrspersonal um 33 Prozent. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten Verhandlungen auf dieser Grundlage ab. Es gelang ihnen schließlich am 31. Oktober 1932, die Forderungen der Direktion so weit zurückzudrängen, daß eine Kürzung um zwei Pfennige pro Stunde übrig blieb. Von den freigewerkschaftlichen Verhandlungsführern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) wurde das als gerechtfertigt angesehen. Ein Lohnraub von zwei Pfennigen pro Stunde war eine für die damalige Zeit nicht unbeträchtliche Einbuße. Dagegen wandten sich die in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zusammengeschlossenen Kommunisten, deren Mitgliederzahl bei der BVG mit 1 140 angegeben wird. Systematisch bereiteten sie nun den Streik vor. Sie versuchten, die Mehrheit der BVG-Arbeiter dafür zu gewinnen und forderten die Sozialdemokraten, aber auch die Anhänger der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) und die Masse der nicht organisierten Arbeiter zur Teilnahme auf.

Am 2. November 1932 entschieden das technische und das Verkehrspersonal der BVG in einer geheimen Urabstimmung, ob sie in den Streik treten wollten. 18 537 der 21 902 Stimmberechtigten beteiligten sich, 3 385 Belegschaftsangehörige, das heißt etwa 15 Prozent, kamen nicht zur Abstimmung. 14 471 BVG-Angehörige, also die überwiegende Mehrheit, entschieden sich gegen das Verhandlungsergebnis und für den Streik. Die nach den Statuten der freien Gewerkschaften notwendige Dreiviertelmehrheit der Gesamtbelegschaft für den Streik war damit nicht erreicht worden. Die Kommunisten, die Mitglieder der NSDAP und die streikwilligen gewerkschaftlich nicht organisierten BVG-Mitarbeiter sahen die freigewerkschaftlichen Statuten aber für sich als nicht verbindlich an und setzten sich darüber hinweg. Am Abend des 2. November nahm eine Delegiertenkonferenz, an der sich Vertreter sämtlicher Bahnhöfe und Dienststellen der BVG beteiligten, einstimmig eine Resolution an, den Streik am folgenden Morgen mit der ersten Schicht zu beginnen. Ebenso einstimmig wurde eine aus rund 50 Kollegen bestehende zentrale Streikleitung gewählt. Ihr gehörten Kommunisten, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, zwei Mitglieder der SPD, nichtorganisierte Arbeiter und zwei Ehefrauen von BVG-Mitarbeitern an. Aber auch Mitglieder der NSBO waren vertreten.

Der BVG-Streik begann am 3. November 1932 um 4.00 Uhr morgens unter der Losung „Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!“. Seit den frühen Morgenstunden kam faktisch der gesamte Straßenbahn- und Omnibusverkehr in Berlin zum Erliegen. Die U-Bahnhöfe öffneten erst gar nicht ihre Tore. An den Bahnhöfen standen Streikposten mit Plakaten und Schildern, auf denen in roter und blauer Schrift das Wort „Streik“ stand. Für den größten Teil der Berliner Bevölkerung kam die Aktion völlig überraschend. Doch viele Fahrgäste nahmen die Unbequemlichkeiten in Kauf. Lange Kolonnen marschierten unter Regenschirmen zu ihren Arbeitsstätten, die viele Arbeiter und Angestellte nur verspätet erreichen konnten. Die S-Bahn fuhr. Es setzte ein gewaltiger Ansturm ein, so daß die Züge bald bedrohlich überfüllt waren und mit erheblicher Verspätung ankamen. Alle in Berlin vorhandenen rund 8 000 Taxis waren im Einsatz. In den Abendstunden des ersten Streiktages fanden in fast allen Bezirken Berlins Demonstrationen statt.

In den Morgenstunden des 4. November versammelten sich in der Belziger Straße und am Rudolf-Wilde-Platz etwa 1000 Personen. Um 6.10 Uhr wurde die Menge unter Anwendung von Gummiknüppeln durch die Polizei zerstreut. Die Polizisten wurden mit Steinen beworfen, und immer wieder ertönten die Rufe „Bluthunde!“ und „Schupo verrecke!“ Bei der Räumung verschiedener Straßen schossen die Beamten scharf. Es gab fünf Todesopfer.

Am 5. November schätzte die RGO ein, daß im Laufe des Tages gewisse Schwächen eintraten. Gegen 10 Uhr fuhren in einzelnen Stadtbezirken die ersten Straßenbahnzüge wieder. Auch bei der U-Bahn konnte bald ein Teilverkehr auf der Strecke Spittelmarkt – Nürnberger Platz aufgenommen werden. Die Direktion der BVG drohte am 5. November mit der fristlosen Entlassung von 10 000 Arbeitern. Sie rechnete damit, daß im Laufe des Tages ein ziemlich normaler Verkehr einsetzen werde. Trotzdem zeigte die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, nur langsam Wirkung.

Ähnlich wie am Vortag war die Lage auch am Sonntag, dem 6. November, an dem Reichstagswahlen stattfanden. Am Montag griff die Polizei wiederum brutal ein. Sie vertrieb die Streikposten, verhaftete Streikende und versuchte, den Weg zu den Bahnhöfen zu öffnen, um die Ausfahrt zu erzwingen. Es gelang aber im Laufe des Vormittags nicht, wesentlich mehr Wagen als am Vortag in Betrieb zu nehmen. Dann aber wirkten sich die Aktivitäten der freigewerkschaftlichen Funktionäre aus. Gruppen von Freigewerkschaftlern nahmen die Arbeit geschlossen wieder auf und zogen weitere Teile der Streikenden mit in die Betriebe. Die Zahl der Arbeitswilligen verstärkte sich im Laufe des Nachmittags beträchtlich, so daß

gut die Hälfte der Straßenbahnzüge wieder im Einsatz war. Am 7. November kehrten 8 446 Arbeiter an ihren Arbeitsplatz zurück. Die KPD wollte nunmehr allein weiterstreiken. Doch die Streikfront zerbröckelte. Die zentrale Streikleitung trat am Abend zu einer Sitzung zusammen und beschloß, den Streik abzubrechen. Nach dem Streik entließ die Direktion der BVG 1570 Beschäftigte.

Hartnäckig hält sich bis heute die Legende, daß Kommunisten von links und die NSDAP von rechts die Weimarer Republik gestürzt hätten. Der BVG-Streik wird als ein Beispiel für die Zusammenarbeit beider Parteien auf diesem Weg genannt. Mit dem BVG-Streik wurde aber weder die faschistische Diktatur noch die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt. Zweifellos erschwerte die beim Streik erneut zutage getretene Konfrontation der KPD mit der SPD und den freien Gewerkschaften die Herstellung einer antifaschistischen Einheitsfront. Sicher trugen die Kommunisten durch ihre Diffamierung der Sozialdemokraten als Sozialfaschisten Schuld daran. Allerdings zahlten die führenden Sozialdemokraten und ihre Presse mit gleicher Münze heim, wenn man nur an das beim BVG-Streik gebrauchte Schimpfwort „faschistisch-bolschewistische Gesellschaft“ denkt. Auf jeden Fall wäre es dem Ansehen der Kommunisten bei ihren Anhängern abträglich gewesen, wenn sie nicht zum Streik aufgerufen hätten. Die KPD ging davon aus, daß die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6. November mit großen Stimmenverlusten rechnete und deshalb aus wahltaktischen Gründen am BVG-Streik teilnehmen mußte. Unter der Überschrift „Warum streiken wir Nationalsozialisten in Berlin?“ schrieb der „Völkische Beobachter“: „Weil in diesem Streik die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der KPD scheinbar die gleichen Parolen ausgegeben haben, konstruieren (die Journalisten) daraus eine Einheitsfront ... Eine ahnungslose, aber böseartige Presse hat geschwind diesen Streik in eine politische Aktion umzufalschen versucht ... Die NSDAP steht auch jetzt, wie immer in den bisherigen Jahren ihres Kampfes ... in unversöhnlicher Feindschaft zu denen, deren Politik Deutschland zum Opfer des Bolschewismus zu machen droht.“

Am 6. November 1932, als der Streik noch andauerte, fanden die Reichstagswahlen statt. Die NSDAP verlor im Vergleich zum Juli 1932 insgesamt zwei Millionen Wähler, blieb aber wählerstärkste Partei. Die Teilnahme am Streik aus wahltaktischen Gründen hatte sich nicht bezahlt gemacht. Die KPD gewann 700 00 Stimmen und kam auf ein Ergebnis von fast sechs Millionen. In Berlin wurde sie mit mehr als 860 000 Stimmen sogar wählerstärkste Partei.

Dr. Kurt Laser

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Arbeitgeber, Arbeitnehmer – Versuche eines Rollentauschs

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

8. Juni 1978

Im März und April 1978 fanden in der Druckindustrie der BRD und in Schwerpunkten der Metallindustrie harte Auseinandersetzungen statt. „Arbeitskämpfe“ nannte man diese Situation, in der diejenigen, die dort „Arbeitnehmer“ heißen, streikten und diejenigen, die man als „Arbeitgeber“ bezeichnet, die „Arbeitnehmer“ aussperrten, d. h. man verwehrte ihnen den Zugang zu den Betrieben. Arbeitskämpfe zwischen „Arbeitnehmern“ und „Arbeitgebern“ um Löhne und Arbeitsplätze – das gehört gewissermaßen zum Alltag des gewöhnlichen Kapitalismus, der dort in der Regel als „Marktwirtschaft“ bezeichnet wird. Tagtäglich werden diese Begriffe benutzt. Doch kaum einer denkt darüber nach, ob der Schein, von dem solche Begriffsbildungen ausgehen, überhaupt dem Wesen der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht. Haben Sie schon einmal überlegt, ob es tatsächlich stimmt, daß der

Arbeitgeber den Arbeitern und Angestellten „Arbeit gibt“? Ist es wirklich so, daß der Werkstätige vom Unternehmer Arbeit entgegennimmt? Und der Lohn dafür – ist es tatsächlich „Arbeitslohn“, d. h. Entgelt für alle geleistete Arbeit? Da geht doch offensichtlich einiges durcheinander. Sind hier nicht die Rollen derjenigen, die Arbeit nehmen, und derjenigen, die Arbeit geben, vertauscht? Gehen wir zur Beantwortung dieser Fragen am besten von der Wirklichkeit kapitalistischer „Marktwirtschaft“ aus und von den Erfahrungen, die es mit dieser Wirklichkeit gibt. Der Begriff der „Marktwirtschaft“ widerspiegelt eine richtige Oberflächenerscheinung des Kapitalismus. Das gesamte Wirtschaftsleben wird hier vermittelt durch den Kauf und Verkauf von Waren. Daß diese Waren erst produziert werden müssen, was natürlich nicht auf dem Markt geschieht, erfaßt der Begriff der „Marktwirtschaft“ allerdings nicht. Existieren kann in dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in ihrer ursprünglichen Form aber nur derjenige, der etwas verkaufen und von diesem Verkaufserlös leben kann. Den einen Pol der kapitalistischen „Marktwirtschaft“ bilden die kapitalistischen Unternehmer. Sie besitzen die entscheidenden

Produktionsmittel, durch deren Anwendung all das produziert wird, was für die Existenz der Gesellschaft und ihrer Mitglieder notwendig ist. In der BRD umfaßte diese Klasse Anfang der 70er Jahre 579 000 Personen. Das waren 2,1 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Doch die eigentliche Herrschaft

ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Arbeit leisten zu können. Das waren Anfang der 70er Jahre in der BRD über 22 Millionen Menschen, rund 82 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung.² In den entwickelten kapitalistischen Ländern gab es insgesamt 250 Mio. Arbeiter und Angestellte. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen betrug auch hier 82 Prozent.³ Diese übergroße Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern, Hunderte von Millionen Menschen müssen täglich ihre Arbeitskraft an die Unternehmer verkaufen, um existieren zu können. Also nicht Arbeit wird auf dem Arbeitsmarkt verkauft, sondern Arbeitskraft wird hier angeboten und gekauft.

Auf diesem „Arbeitsmarkt“ vollzieht sich jedoch einiges, das von den normalen Prozessen des Kaufs und des Verkaufs von Waren abweicht:

Erstens ist die Arbeitskraft an ihre Träger – die Arbeiter und Angestellten – gebunden. Diese sind aber selbst nicht der Gegenstand des

Kaufs und des Verkaufs, wie das beispielsweise beim Sklavenhandel der Fall war. Die Arbeitskraft besteht in den geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen, Arbeit verrichten zu können. Diese Fähigkeiten und Fertigkeiten werden jedoch nur im Prozeß der Arbeit und in ihren Ergebnissen sichtbar. Die Arbeitskraft selbst ist unsichtbar. Sie wird nur sichtbar in ihrer Äußerung – der Arbeit. Deshalb scheint es so, als würden auf dem Arbeitsmarkt nicht Arbeitskräfte, sondern als würde Arbeit gekauft bzw. verkauft.

Daraus folgt zweitens, daß die Bezahlung der Ware Arbeitskraft erst nach ihrer Anwendung im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß erfolgt. Im normalen Geschäftsleben bedeutet eine solche Praxis Verkauf auf Kredit. Doch im Unterschied zur normalen Praxis bezahlen die Kapitalisten für den ihnen von den Arbeitern und Angestellten gewährten Kredit, d. h. die Lohn- und Gehaltszahlungen nach dem Verbrauch der von ihnen zur Verfügung gestellten Ware Arbeitskraft, keine Zinsen. Dadurch sparten die Kapitalisten der BRD im vorigen Jahr immerhin, bei einem angenommenen Zinssatz von 5 Prozent, 1,25 Mrd. DM!



Wer „gibt“, wer „nimmt“ Arbeit: Kita-Warnstreik im Mai 2022 in Hamburg

über die Wirtschaft liegt in den Händen der Monopolbourgeoisie, zu der dort lediglich ein Kreis von rd. 25 000 Personen zählt, d. h. 0,09 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der BRD.¹

Allein schon die genannten Zahlen lassen erkennen, daß die Angehörigen dieser Klasse weder die Absicht noch die Potenz haben, die ihnen gehörenden Produktionsmittel selbst in Bewegung zu setzen. Durch die vielgerühmte „Unternehmerinitiative“ entsteht keine Ware, die man verkaufen kann und deren Verkauf sogar Profit bringt, d. h. mehr bringt, als für ihre Produktion aufgewandt wurde. Kapitalistische Warenproduktion, die auf dem Markt profitabel verkauft werden kann, ist erst dann möglich, wenn die Kapitalisten Arbeitskräfte finden, welche die Produktionsmittel in Bewegung setzen und folglich Arbeit für die Unternehmer leisten. Auch das vollzieht sich im Kapitalismus über den Markt, über den sogenannten Arbeitsmarkt.

Den anderen Pol der kapitalistischen Marktwirtschaft bilden die Arbeiter und Angestellten, die in dieser Gesellschaftsordnung der Produktion und des Kaufs und Verkaufs von Waren nur eines verkaufen können, um zu existieren – die Ware Arbeitskraft, d. h.

Schließlich wird *drittens* die Arbeitskraft in Abhängigkeit von der zeitlichen Dauer ihrer Anwendung bzw. den Ergebnissen der von ihr verausgabten Arbeit, d. h. in Form des Zeitlohns oder des Stücklohns, manchmal auch in verschiedenen Kombinationen beider Formen bezahlt. Auch dadurch erscheint es so, als ob tatsächlich Arbeit bezahlt würde und nicht die Arbeitskraft.

Diese objektiven Besonderheiten beim Kauf und Verkauf der Arbeitskraft, die Tatsachen also,

- daß die Arbeitskraft vor allem in Erscheinung tritt in ihrer Äußerung – der Verausgabung von Arbeit,
- daß sie erst nach ihrer Anwendung und in Abhängigkeit von der Dauer ihrer Anwendung bzw. den Ergebnissen der verausgabten Arbeit bezahlt wird,

diese Besonderheiten sind die Ursachen dafür, daß es an der Oberfläche des kapitalistischen Wirtschaftslebens so scheint, als würde die geleistete Arbeit und nicht die Arbeitskraft bezahlt. Tatsächlich ist aber der Arbeitslohn nicht der Preis für die geleistete Arbeit, sondern der Preis der Ware Arbeitskraft. Die Tatsache, daß an der Oberfläche der kapitalistischen Wirtschaft der Verkauf der Ware Arbeitskraft als Geben und Nehmen sowie Bezahlen von Arbeit erscheint, hat ganz entscheidende Folgen für die landläufigen Auffassungen über die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Marx wies wie folgt im „Kapital“, Bd. 1, darauf hin:

„Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen ...“⁴ Und auf dieser Erscheinungsform beruht auch der begriffliche Rollentausch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, so daß in den Rechtsvorstellungen der kapitalistischen Gesellschaft derjenige, der für die Unternehmer Arbeit leistet, zum „Arbeitnehmer“ wird und der Unternehmer, der sich Arbeit aneignet,

„Es konnte mir nicht in den Sinn kommen, den landläufigen Jargon einzuführen, in welchem deutsche Ökonomen sich auszudrücken pflegen, jenes Kauderwelsch, worin z. B. derjenige, der sich für bare Zahlung von andern ihre Arbeit geben läßt, der Arbeiter heißt, und Arbeitnehmer derjenige, dessen Arbeit ihm für Lohn abgenommen wird. Auch im Französischen wird travail im gewöhnlichen Leben im Sinn von ‚Beschäftigung‘ gebraucht. Mit Recht aber würden die Franzosen den Ökonomen für verrückt halten, der den Kapitalisten *donneur de travail*, und den Arbeiter *receveur de travail* nennen wollte.“

Friedrich Engels am 7. November 1883 im Vorwort zur dritten Auflage des „Kapitals“ von Karl Marx

also Arbeit nimmt, zum „Arbeitgeber“ deklariert wird. Mit der Verwandlung der Arbeitskraft in Arbeit, des Arbeitnehmers in den Arbeitgeber und umgekehrt verschwindet an der Oberfläche der kapitalistischen Marktwirtschaft folglich auch das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis als wesentlicher Inhalt der kapitalistischen Marktwirtschaft, über das in den nächsten Beiträgen im Rahmen dieses Vortragszyklus Näheres zu erfahren sein wird.

In weiterer Erörterung des Rollentausches von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Oberfläche des kapitalistischen Wirtschaftslebens wollen wir nun noch die Frage aufwerfen, warum die, welche Arbeitgeber genannt werden, Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt kaufen. Denn daß sie dies nicht aus einer sozialen Verantwortung heraus tun, zeigt die gegenwärtige Praxis der kapitalistischen Unternehmer, die jährlich Millionen von Arbeitern und Angestellten entlassen.

Die Kapitalisten kaufen die Arbeitskraft doch nur wegen ihrer Fähigkeit und Fertigkeit, Arbeit leisten zu können, und zwar so viel Arbeit leisten zu können, daß dadurch ein höherer Wert entsteht, als die Arbeitskraft gekostet hat. Es geht also um die spezifische Eigenschaft der Arbeitskraft, daß sie in der Lage ist, einen Mehrwert zu produzieren. Nur darum brauchen die Kapitalisten die Ware Arbeitskraft, darum kaufen sie diese Ware. Die Kapitalisten nehmen also unbezahlte Arbeit von denen, die Arbeitnehmer genannt werden. Diese sind aber in Wirklichkeit ökonomisch gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und einen Teil ihrer Arbeit unentgeltlich den Kapitalisten zu geben. Das ist die einzige Quelle für den Profit der Unternehmer. Denn dieser Zuwachs zum vorgeschossenen Kapital kann nicht auf dem Markt erfolgen, sondern nur in der Produktion. Darin liegt die entscheidende Erklärung dafür, daß die Profite der 100 größten Industrie-Aktiengesellschaften der BRD aus dem Erlös der eigenen Produktion von 34,6 Mrd. DM im Jahre 1975 auf 43,1 Mrd. DM im Jahre 1976 stiegen.⁵

Im begrifflichen Rollentausch von Arbeitnehmer und Arbeitgeber scheint dann auch die Gegensätzlichkeit dieser sozialen Klassen nicht grundsätzlicher Natur zu sein. Und aus diesem Schein erwächst die Illusion von der „Sozialpartnerschaft“, in der ohne Klassenkampf alle strittigen Fragen auf dem Wege von Vereinbarungen gelöst werden könnten. Zu solchen „Streitfragen“ gehört vor allem die Festlegung eines „gerechten Lohnes“ für die Arbeit.

Gerade in solchen Diskussionen kommt immer wieder zum Ausdruck, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten grundsätzlich nicht mit den Profitinteressen der Unternehmer vereinbar sind. Also ist Klassenkampf notwendig, um die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen. In Arbeitskämpfen, die um höhere Löhne geführt werden, sich also auf die Profite auswirken, werden die wahren Interessen der Unternehmer als Klassengegner der Arbeiter und Angestellten deutlicher sichtbar als sonst.

Völlig demaskiert vom Schein des „sozialen Arbeitgebers“ werden die kapitalistischen

Unternehmer, wenn sie im Streben nach Vergrößerung ihrer Profite Werktätige „freisetzen“, also einem Teil der Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitsplätze nehmen. Eine in der BRD erscheinende Zeitschrift der Großbourgeoisie mit dem Titel „Der Arbeitgeber“ begründete die angebliche Notwendigkeit solcher Maßnahmen wie folgt: „Technischer Wandel und der ständige Zwang zu kostengünstigerer Produktion sind ein Lebensgesetz der modernen Wirtschaft. Kein Unternehmen, will es nicht seine Wettbewerbsfähigkeit auf heimischen und auf ausländischen Märkten verlieren, kann sich ihm entziehen ... Damit verbunden sind auf der anderen Seite Veränderungen der industriellen Arbeitswelt: Bestimmte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden überflüssig, Arbeitsanforderungen verändern sich, ja ganze Berufe werden abgelöst.“⁶

Zugleich wird durch die tägliche Praxis offensichtlich, daß diese Arbeitgeber, die andere um ihre Arbeit bringen, nicht gewillt und fähig sind, genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen, um den nun „Überflüssigen“ und „Abgelösten“ eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Hier tritt noch deutlicher als im Lohnkampf die Unvereinbarkeit der Profitinteressen des Kapitals mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse zutage. Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse wird seines Scheins endgültig beraubt, der Rollentausch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird rückgängig gemacht, da der als „Arbeitgeber“ Bezeichnete sich nicht nur als der erweist, der Arbeit unbezahlt nimmt, sondern zugleich auch noch eine wachsende Anzahl von Werktätigen um ihre Arbeit bringt.

So machen die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten im heutigen Kapitalismus um Einkommenserhöhungen und Sicherung ihrer Arbeitsplätze deutlich: Ein Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit ist unmöglich. Das war zu Marx' Zeiten so, und das hat sich bis heute nicht geändert.

Anmerkungen

- 1) IMSF: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, 2. Halbband, Frankfurt/M. 1974, S. 325 und S. 373
- 2) Ebenda, S. 386/87
- 3) Sozialismus – Theorie und Praxis, Moskau 4/78, S. 64
- 4) Kapital, Bd. 1, Berlin 1951, S. 566
- 5) IPW-Berichte, Berlin, 12/77, S. 35
- 6) Der Arbeitgeber, Köln, 5/78, S. 168

Kapital, die Inkarnation des Zynismus

„Die Arbeiter haben kein Vaterland“,
Ist aus dem Manifest bekannt.
Hervorgeht Mehrwert stets im Grunde
Aus unbezahlter Arbeitsstunde.
So ausgebeutet und geprellt
Vom Kapital ist diese Welt,
In der die vielen selbst ihr Leben,
Bezahlt mit Armut, Reichen geben.

E. Rasmus

Wie aber wird der Mehrwert aufgehoben?

Jede Ausgabe des „RotFuchs“ enthält – erfreulicherweise, kann man nur sagen – den Nachdruck einer Sendereihe zur wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus bzw. der Arbeiterbewegung, die der Deutschlandfunk der DDR seinerzeit „deutschlandweit“ ausgestrahlt hatte.

„Wie entsteht der Mehrwert?“ lautete der Titel der Arbeit, die in der September-Ausgabe nachgedruckt wurde. Der Artikel ist eine exakte Wiedergabe Marx'schen Gedankengutes. Wer den Kapitalismus verstehen will, muß den Mehrwert verstanden haben. Er ist Ziel und gesellschaftliches Prinzip des Kapitalismus. Ohne Mehrwert kein Kapitalismus, könnte man auch sagen.

Aber ein solcher Nachdruck verleitet auch zu weiterführenden Gedanken: Wie ist es denn mit dem „Mehrwert“ im Sozialismus? Wir hatten doch auch ein „Ware-Preis-Geld-System“. In diesem kam auch ein „Mehrwert“ vor, allerdings nicht so genannt; er hieß nämlich „Gewinn“. War das nur ein anderer Name oder tatsächlich etwas anderes als ein Mehrwert? Das heißt ein Mehrwert, der *kein* Gegensatz zum Lohn der Arbeiter ist – womit er eben kein Mehrwert mehr ist.

Was nun ist „Mehrwert“, was seine Aufhebung (darum soll es im Sozialismus ja gehen)? Zunächst: Was ist *Wert*? Wert ist der Aufwand an menschlicher Arbeit, quantitativ gemessen an der bei der Produktion bestimmter Güter aufgewendeten Arbeitszeit. Eingebürgert hat sich dafür der Begriff Wert. Real betrachtet gibt es nur den Wert, nur die Darstellung der aufgewandten Arbeit/Arbeitszeit. Den so genannten Mehrwert im Rahmen der Wertbildung gibt es erst dadurch, daß in sie ein anderer Wert übertragen (hineingerechnet) wird: Der Wert der Ware Arbeitskraft. Dieser Wert wiederum beruht auf den Werten (resp. Preisen) der Waren, die zur Reproduktion der Arbeitskraft beständig in die Konsumtion der Arbeiter eingehen müssen. Da dieser Wert *geringer* ist als die Wertbildung durch den Arbeiter, „entsteht“ ein über den Wert der Ware Arbeitskraft hinausgehender Teil in der Wertbildung – und dieser ist der Mehrwert.¹

Nun sagt man, daß, weil dieser Teil des Wertes/der Wertbildung nicht vom Arbeiter, „seinem“ Wert, sondern von einem besonderen Eigentümer an der Arbeit, eben Kapitalisten, angeeignet wird, werden die Arbeiter um die volle Aneignung der von ihnen geleisteten Arbeit gebracht. *Volle* Aneignung der Arbeit durch ihre Arbeiter, hätte man nun zu schlußfolgern, bestünde darin, daß sie ihre *gesamte* Wertbildung aneigneten.

Ist das richtig? Der Schlußsatz jedenfalls im Nachdruck besagter DDR-Sendung deutet darauf hin:

„Erst die sozialistische Produktionsweise bietet allen Arbeitern die Möglichkeit, wirklich für sich zu arbeiten“.

„Wirklich für sich“. Also nicht mehr für Kapitalisten, nicht mehr für den ... Mehrwert? War es so im Sozialismus? Eigneten die Arbeiter dort auch an, was sie im Kapitalismus für den Kapitalisten zu erarbeiten hatten, also auch den von ihnen geleisteten „Mehrwert“, nun Gewinn genannt?

Auf den ersten Blick scheint es jedenfalls so gewesen zu sein; denn im Sozialismus/in der DDR stiegen über die Jahre hinweg die Löhne immer weiter an. So hatte ich z.B. in den Endfünzigern, Anfang der 60er Jahre, einen Stundenlohn von gut 2 MDN, und Ende der 80er Jahre einen solchen von rd. 4,50 MDN. Hatten wir Arbeiter in der DDR damit den Gewinn angeeignet? War der Gewinn im „Wert“ oder Preis je produzierten Gutes deshalb gesunken, weil die Löhne gestiegen? Nein! Auch der Gewinn in Preisen konnte steigen bzw. stieg. Dabei lag keine Inflation, also keine nominelle Preissteigerung vor, wie sie im Kapitalismus zu unserem Alltag gehört. Hier ist also doch manches zu erklären. Unser Thema also lautet, ob im Sozialismus resp. wie im Sozialismus der Mehrwert aufgehoben wird, auch unter der Bedingung, daß es in den Preisen der Produkte darum ging, einen Gewinn zu erzielen, der Lohn also – vom Prinzip her – immer geringer sein sollte als der Preis. Das sieht ja auf den ersten Blick so aus, als sei der Lohn erhalten geblieben, wie er im Kapitalismus auch galt: Als ein Lohn, der dem Prinzip nach einen Ausschluß des Arbeiters aus der Arbeit bedeutet.

Ist das richtig? Nein. Der Lohn im Sozialismus *schloss den Arbeiter in die Arbeit ein!* Der Gewinn im Sozialismus ist also dem Mehrwert im Kapitalismus nicht gleichzusetzen. Warum nicht? Weil sowohl der Lohn als auch der „Mehrwert“ im Sozialismus auf einer anderen Preis- wie Geld-Praxis als im kapitalistischen System beruhte.

Beim Kapitalismus nämlich hat man davon auszugehen – Marx jedenfalls tat es –, daß mit steigender Produktivkraft, sinkenden Arbeitsaufwänden pro Ware also, die Preise sinken. Und da der Lohn sich als ein Wert von Waren resp. Preisen dieser Werte bestimmt, sinkt er im Maße wie die Preise – jener Waren, die seine Reproduktion als Arbeitskraft sichern – sinken.² Aber dies bedeutet für die Arbeiter resp. ihren Lohn den Ausschluß aus einem anderen Effekt der steigenden Produktivkraft: Den, daß mehr Waren produziert worden sind (im Prinzip, wenn nicht Arbeiter aus der Arbeit freigesetzt werden). Bleibt der Lohn, als Wert durch ein im Prinzip *immer dasselbe* Warenpaket bestimmt, aus dem wachsenden Reichtum an Waren ausgeschlossen, ist er aus der Arbeit ausgeschlossen, ist Lohn kein Verhältnis der Arbeit. Der Kapitalist gewinnt doppelt: Nicht nur der Mehrwert steigt mit steigender Produktivkraft auf Kosten des Wertes der Ware Arbeitskraft, sondern *auch der ganze*

wachsende Reichtum an produzierten Gütern/Waren häuft sich beim Kapital, wird Inkrement des Mehrwertes. Und das eben ist der Ausschluß des Arbeiters/Lohnes aus der Arbeit.

Die Lösung dieses kapitalistischen Widerspruchs im bzw. durch den Sozialismus liegt darin, daß ein Lohn bestimmt werden muß, der den mit steigender Arbeitsproduktivität wachsenden materiellen Reichtum in sich aufnimmt, d.h. steigt wie dieser Reichtum steigt. Damit ist, was bei kapitalistischer Produktionsweise Prinzip des Mehrwertes war, bei sozialistischer Produktionsweise Prinzip des Lohnes geworden. Er ist, statt ein Verhältnis einer lediglich einfachen Reproduktion zu sein, ein Verhältnis stets wachsender Reproduktion geworden. Er, der Lohn bzw. der Arbeiter, nimmt dadurch ein Verhältnis zur Arbeit (!) auf, nicht mehr zu einem Wert gegenüber der Arbeit. Was Prinzip des Mehrwertes war, ist Prinzip des Lohnes geworden. (Obwohl was Wachstum betrifft, auch beim Lohn einmal Grenzen gesetzt sind; aber das sind nicht kapitalistische).

Soweit vom Prinzip – oder Produktionsverhältnis – des Sozialismus her. Umgesetzt werden muß dieses Prinzip natürlich über eine andere, dem Sozialismus gemäße Preisform. Würden z.B. Preise sinken wie Werte sinken, müßten Löhne, sollen sie Verhältnis zum wachsenden materiellen Reichtum der Arbeit, also zur Arbeit werden, langsamer sinken als die Preise sinken, oder einfach gar nicht mehr sinken. Und bei einem inflationären Preis-Geldsystem, wie wir es jetzt im Kapitalismus permanent haben, müßten die Löhne stärker steigen als die Preise steigen. Dann werten sie jeweils in Gebrauchsgütern auf.

Was also fiel dem Sozialismus in Sachen Preise ein? Nun, es blieben die Preise fest, unverändert über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Was stieg, war die Summe der Preise – mit der Summe der produzierten Produkte. Stieg die Summe der Preise *bei der Produktion von Konsumgütern*, stieg der Lohn um eben diese Summe (oder Menge). *Und bei der Produktion von Produktionsmitteln?* Dann blieb der Lohn unverändert. Produktionsmittel werden im Sozialismus gesellschaftlich oder in Gemeinschaft angeeignet, berührten also die individuelle Form der Aneignung gar nicht.

Und was war nun mit dem Gewinn? Zunächst eine allgemeine Überlegung, noch ganz im Sinne des Kapitalismus: Wenn die Summe der Preise in der Abt. II/Konsumtionsmittel in den Lohn abwandert, wo bleibt dann der Mehrwert in II? Nun, den kann es unter dieser Bedingung, daß II = Lohn ist, in II nicht mehr geben. Aber wenn I gar nicht von der Aneignung durch Löhne berührt wird, verwandelt dann I ... vollständig in Mehrwert? Mehrwert ist ja immer das an Wert (oder Arbeit), was der Arbeiter nicht über den Lohn aneignet, und da, hier auf die Produktionsmittel verwiesen, die Arbeiter per Lohn grundsätzlich nicht aneignen, stellt sich damit ein neues Verständnis von Mehrwert her? Mehrwert = (mehr) Produktionsmittel?

Doch zunächst die konkrete Überlegung, jetzt im Sinne des Sozialismus: Die Preise wandelten also um in Festpreise, konstant, immer

1 Und warum der Kapitalist den Mehrwert aneignet, ist auch eindeutig von Marx erklärt worden: Per Mehrwert expandiert/erweitert er sein Kapital. National wie international.

2 Der Kapitalismus ist zwar inzwischen an ein anderes Preis-Geld-System geraten – permanent inflationäres, aber in ihm herrscht dasselbe Prinzip: Für den Arbeiter, seinen Lohn, gilt eine Wertbestimmung.

(im Wesentlichen) dieselben bleibenden Preise. Aber auch in Festpreisen wurden Löhne als ein Teil dieser Preise bestimmt, und erschien die Differenz zum Gesamtpreis als ein ... Gewinnanteil des Preises. Nun sagten wir, daß in Festpreisen sowohl die Löhne stiegen als auch die Gewinne steigen konnten, also kein Teil steigt *auf Kosten* des anderen Teils. Merkwürdig, nicht? Aber dennoch erklärbar, obwohl in der sozialistischen ökonomischen Theorie nie *richtig* erklärt, eher als Widerspruch wahrgenommen). Wie ist die richtige Erklärung? So, daß Löhne – in Bezugnahme auf die wachsende Summe der Preise bei der Produktion von Konsumtionsmitteln – zwar stiegen, *aber ja auf mehr produzierte Waren bzw. deren Preise als so genannte Kosten verteilt/aufgeteilt wurden*. Der Anstieg dem Lohn nach hatte dennoch die Erscheinungsform sinkender Kosten in Preisen, weil eben auf mehr Preise verteilt. So stieg der Lohn, aber der Gewinn ... stieg auch bzw. konnte auch steigen; und der Sozialismus

auch ökonomisch erweitern, nur nicht mehr auf *Kosten des Lohnes*. Damit ist das Geheimnis der Preis-, wie Geld-, wie Lohn-Praxis des Sozialismus oder der DDR „enthüllt“.

Aber wir haben uns ein ganz anderes Verständnis von Wert/Mehrwert usw. zu erarbeiten. Dabei gehen wir von der Produktion als einer von Gebrauchswerten aus. Was ist – unter der Bedingung, daß alle Größen der Produktion unter dem Gesichtspunkt von Gebrauchswerten angeeignet werden – der „Mehrwert“ (oder Gewinn)? Das ist nichts als der Arbeitsaufwand für die Produktion *von Produktionsmitteln für die erweiterte Produktion bzw. von Konsumtionsmitteln zur Versorgung der hierfür tätigen Arbeiter*. Mittel zu produzieren, die die Produktion erweitern, ist Gewinn im Sozialismus. Der *Mehrwert* des Kapitalismus, als eine Geldform bestimmt, ist im Sozialismus abgeschafft durch *Mehrproduktion*, und die ist als eine Gebrauchswertform bestimmt.

Betrachten wir übrigens den Kapitalismus nicht von seiner Oberfläche bzw. äußeren Form her, also der Wertform seiner Produkte, und fragen wir danach, wofür Geld angewendet wird, d.h. sich in *kaufendes* Geld verwandelt, macht der Kapitalismus ökonomisch gesehen nichts anderes. Er verwandelt/wechselt Wert in Gebrauchswert. Also muß dieser produziert worden sein. Unter dem Gesichtspunkt der Produktion von Gebrauchswerten muß auch der Kapitalismus neben Gebrauchswerten für die einfache Reproduktion Gebrauchswerte für die erweiterte Produktion produzieren. Wäre dies nicht möglich, bliebe der Mehrwert in seiner Geldform ... ein sich anhäufender, ökonomisch gesehen, toter Gegenstand. Nur was der Kapitalismus nicht/nie macht, ist, daß er den Lohn seiner Arbeiter zu einem analogen Verhältnis zum Güter-Wachstum in der Abt. II/Konsumtionsmittel macht.

Hermann Jacobs
Berlin

Es gibt keine Lösung im kapitalistischen Geflecht (II und Schluß)

Es gibt keinen Zweifel, der Klimawandel ist hier besonders zu spüren. Die Waldbrände, die nun mittlerweile auch in Europa vielerorts wüten, können ohne Wasser nur mühsam bekämpft werden. Jemand hat die Idee geäußert, ganze Städte umzugestalten. Das Mauerwerk der Häuser saugt zu viel Wärme auf und gibt sie zusätzlich zur Sonnenwärme auch noch in die Straßen ab. So will man die Häuser vom Keller- bis zum Dachgeschoß begrünen. Bäume, Sträucher, rankender Efeu und Büsche sollen den Putz der Häuser verdecken und gleichzeitig noch CO₂ absorbieren. Diesem Gedanken ist sicher Positives abzurufen, doch woher das Wasser nehmen, sie haben nur geringe Quellen in ihren Kübeln. Ein, zwei Häuser sind da schon noch zu bewältigen, doch ganze Häuserzeilen übersteigen dann wohl doch die Wasserkapazitäten, wenn das weiter fortschreitet, was sich gegenwärtig nunmehr auch bei uns ausbreitet.

Nachdem die neue Ampelkoalition gebildet war, erklärte Wirtschaftsminister Herr Habeck, die Erdgastrasse Nord Stream 2 nicht in Betrieb nehmen zu wollen. Das war wohl dann schon ein Vertragsbruch gegenüber der Russischen Föderation. Später ergänzte er, wir werden uns von der Abnahme von russischem Erdgas wie auch Erdöl verabschieden, wir werden uns frei machen von russischer Abhängigkeit.

Wie das aussieht, kann jetzt jeder am eigenen Leibe erleben. Auf einmal ist das Klimaproblem zweitrangig, jetzt wird die Laufzeit der Kohlekraftwerke verlängert und schon denkt man auch über die weitere Laufzeit der Atomkraftwerke nach. Wird da etwa das Endlager für die verbrauchten Brennstäbe im Garten des Grundstücks unseres Wirtschaftsministers eingerichtet? Frackinggas aus den USA herankarren und Flüssiggas aus Kuwait - wer soll da die Kosten übernehmen?

Und schließlich sind die Transportschiffe auch keine Segelschiffe. Das alles ist, gelinde gesagt, ein nicht gutzumachendes Wirtschaftsverbrechen. Notstandspläne mit Abschaltungen werden erarbeitet, es wird ein Chaos geben. Bei Industrieabschaltungen stehen Menschen auf der Straße, ohne Arbeit, oder sollen Familien für den Frieden frieren, was uns Leute raten, die in Saus und Braus auf Kosten unserer Steuern leben? Die Kosten für die Bevölkerung werden ohnehin immer unerschwinglicher. Muß man da nicht etwa den Europäischen Gerichtshof anrufen? Was nun praktiziert wird, sind verantwortungslose Machenschaften gegenüber dem eigenen Volk und dem Staat. Deutschland hat ohnehin schon immer die Klimaziele verfehlt, nun kann es nicht schnell genug gehen, mit unüberlegten und dummen Sprüchen und Maßnahmen Öl ins Feuer zu gießen.

Deutschland stellt in den jährlichen Klimakonferenzen Ziele zur CO₂-Einsparung vor, doch stets zur nächsten Konferenz. Im Folgejahr muß berichtet werden, daß das gesteckte Ziel nicht erreicht wurde, im Gegenteil, der Ausstoß von CO₂ ist stets noch angestiegen. So wird ein Petersberger Klimadialog als vorbereitendes Kolloquium für eine Weltklimakonferenz durchgeführt, doch außer guten Worten ist nichts weiter passiert.

Was sollen da auch für Erfolge zur Verbesserung des Klimas erzielt werden, denn die imperialistischen Staaten, durch die Globalisierung der Wirtschaftskonzerne, aber auch der Finanzmärkte, eng miteinander verflochten, lassen sich nicht von ihrem Drang nach Maximalprofit abbringen. So wie Karl Marx schrieb: selbst bei Strafe ihres eigenen Unterganges nicht.

Die UNO, die EU, wie auch weitere Industrienationen, sind mittlerweile aufgeschreckt und wollen den Klimawandel wieder umkehren.

Die Medien kolportieren eiligst diese nationalen wie auch internationalen Anstrengungen, um der Menschheit kundzutun, daß es die Politiker richten werden, ob sie selbst daran glauben, ist zu bezweifeln.

Diese politischen Helfershelfer der Industriekonzerne bringen zwar einen Lösungsvorschlag nach dem anderen, doch es sind größtenteils Lösungsnieten, da sie die Interessen der Industriebosse und Aktionäre in Betracht ziehen müssen und entsprechend folgsam verschweigen, was eigentlich die wahren Ursachen sind. Es ist die kapitalistische Marktwirtschaft, die diese, den Profitinteressen folgend, unkontrollierte Warenproduktion nicht nur zuläßt, sondern regelrecht forciert. Das führt bei vielen Produkten zu einer immensen Rohstoffverschwendung. Das aber ist wiederum dem immer wiederkehrenden Kauf ihrer Erzeugnisse auf dem Markt geschuldet, weil ein Neukauf zu neuem Gewinn und damit zur gewollten Profitmaximierung führt. Eine Neuentwicklung löst die andere ab, wo die Möglichkeit gegeben ist, schreit die Werbung die Menschen regelrecht an und animiert zum Kauf.

Andererseits werden die Erzeugnisse in den meisten Fällen als Wegwerfartikel auf den Markt geworfen, sie belasten dazu nicht nur die Umwelt, sie verursachen auch einen unkontrollierten und nicht mehr beherrschbaren Rohstoffbedarf.

Diese von der kapitalistischen Produktionsweise heraufbeschworene Situation hat nunmehr ein Stadium erreicht, das Signale setzt, den Ernst der Lage für den Fortbestand allen Lebens auf unserer Erde zu erkennen und zu begreifen. Es gibt keine Lösung in diesem kapitalistischen Wirtschaftsgeflecht. Nur seine Überwindung kann die Auslöschung allen Lebens auf unserer Erde noch verhindern.

Klaus Glaser

Lassen wir am Leben, was uns gemeinsam wichtig war und ist

Es gab uns. Wir sagten, zunehmend, was man sagen konnte, jemand bestimmt demnächst sagen würde, hielten manchmal vorerst den Mund, um nicht zuviel zu riskieren und rechneten immer damit, daß die letzte Arbeit es vielleicht nicht durch die engen Pforten schaffen würde.

Es ging um Filme, nicht um die Erhaltung der Macht. Ich hatte ein Szenarium geschrieben, aus dem meiner Meinung nach ein Film zum Lächeln und Lachen werden konnte. Jene Sorte, die der Defa gerade auffallend fehlte.

Sie werden es wohl gelesen haben. Und teilen mir mit, daß sie es nicht machen werden. Entspricht nicht den Bedürfnissen unserer Menschen. Da diese als Publikum schon seit langer Zeit meckerten, war es üblich, zu erdulden, was die Obrigkeit abschließend erklärte.

Im Schriftstellerverband, Land Berlin, waren wir bei ähnlicher Denkweise verbündet, oder befreundet.

Damit will ich sagen: Konnte man zu gleicher Meinung kommen, erwies sich der manchmal übermütige, auch schon mal eher mutlos werdende Kreis ähnlich strebender, gleich denkender und berühmter Autoren als unbestechlich. Und ich?

„Um was geht's denn?“ Ich erzählte von meiner Idee, dem Drehbuch und dem Stand der Dinge: Auf den Haufen geworfen. Nein, ich wollte nix daraus vorlesen, aber andeuten. „Also, eine Komödie?“ „Kann man so sagen.“ „Das ist doch, was die am wenigsten haben,

neben den ganzen Tragödien. Stehst Du dazu?“ „Weiß nicht, denke ja.“ Es dauere nur ein paar Tage, dann wurde ich darüber informiert, daß gerade die Besetzung vor sich geht.

An unserem Gespräch vorher waren zwei Kollegen beteiligt. Denen jeder Respekt zugesprochen und deren Ehrlichkeit im Dialog mit der Obrigkeit für uns, die Nachdrängenden, immer das Maß der Dinge war. Hermann Kant war unbestechlich, ein inzwischen anerkannter Autor, und hatte seine Zeiten der Verteidigung auch ungerechter Angriffe auf sein Werk hinter sich – der andere war unser bester Hörspielautor und Regisseur Günther Rücker. Seine Hörspiele haben eine Kunstform neu belebt. Er hat später mehrere meiner Hörspiele inszeniert und sie damit reif gemacht, auch für ferne Vorführungen. Mein Filmszenarium hatten sie nicht gelesen. Nur mir zugehört. Und bei der Defa angerufen: „Wenn man nicht mal mehr sowas bei Euch durchbringt.“

Der Film wurde gedreht und die damals sechzehnjährige weibliche Hauptfigur ist heute täglich bei den „Jungen Ärzten“ als Frau Professor zu sehen, immer noch schlank, so schön und so beherrscht.

In den Vorstand unseres Berufsverbandes gewählt zu werden, brachte keine Vorzüge. Ich war jahrzehntelang dort und im Vorstand gewählte Vertreterin der Kollegen. Da ging es in bekannt schwierigen Zeiten oft um alles, und es fielen Worte, die Konflikte erklärten ... „Wenn Ihr es nicht mal schafft,

daß ich zur Beerdigung meines Bruders rüberfahren darf, dann ...“ Wir erfuhren nicht, warum es abgelehnt worden war, uns blieb manchmal nur Schläue, in der Nähe von Un-Anstand! Schwamm drüber, wir haben erpreßt, weil wir erpreßt wurden und weil der Kollege oder die Kollegin für uns unentbehrlich schienen.

Unser berühmter Kollege Kant war für die übermäßig empfindsamen Kollegen einer, dem sie vertrauten – einer, der mir mal sagte: „Lerne, einfach loszuquatschen und bleib dabei, mach's einfach wie ich ...“

Ich bin ehrlich: Wenn wir wieder mal oben antanzen mußten, um etwas zu verklären, oder zu erklären, dann war mein Wunsch immer: Hoffentlich war Kant vor uns hier und sie spielen uns vor, was er gesagt hat ... Für mich war das immer Nachholstunde für versäumte Bildung in Kindheit und Jugend. Ich weiß bis heute nicht, ob er überhaupt wußte, daß wir nach ihm auftauchen, manchmal ja auch erst am nächsten Tag, aber niemand, den ich kenne, kann mit wenigen Worten jeden Vorschlag, jegliches so unterbringen, überzeugend und unwiderstehlich, daß die Arbeit daran losgehen muß. Das Wort Freund ist sehr anspruchsvoll. Weiß jeder!

Ich bin in Trauer um meinen Kollegen, Freund und Vorbild Wolfgang Kohlhaase. Lassen wir am Leben – wir zusammen! – was uns gemeinsam wichtig war und ist!

Gisela Steineckert

Jeden Tag eine gute Tat

Vor meiner Herz-OP 2017 ging es mir jeden Tag schlechter. Ich war nicht mehr belastbar, aber die Arbeit mußte getan werden. Als ich eines Tages vom Einkauf mit meiner schweren Tasche heimkam, blieb ich oft stehen. Plötzlich sprach mich eine junge Frau mit Kinderwagen an: „Darf ich Ihnen helfen?“ „Aber ja“, willigte ich freudig ein, und so begleitete sie mich bis zu unserer Haustür. Als ich mich bedankte, sagte sie: „Nichts zu danken, jeden Tag eine gute Tat, und die Welt ist in Ordnung.“

„Ja“, sagte ich, „mit dieser Philosophie könnte ich mich anfreunden“, zweifelte aber, ob damit die Welt in Ordnung käme. Aber ich freute mich, daß junge Menschen sich Gedanken machten über das Alltägliche hinaus. Die Jugend heute hat es auch nicht leicht, woran sollte sie sich orientieren? Etwa am Kapitalismus? Was könnte ich tun? Durch den „RotFuchs“ erhielt ich von der Friedenskooperative aus Bonn eine Unterschriftenliste – Protest gegen die Erneuerung der Atomraketen in der Eifel. Zehn Unterschriften! Das

könnte ich in der Familie erledigen, aber das genügte mir nicht. Das mußte anders organisiert werden – 100 Unterschriften müßten her! Die Listen wurden kopiert und an die Söhne verteilt.

Warum machte meine Partei, die PDL, nichts? Ich haderte mit mir. Sie war mir zu brav und angepaßt geworden. Beschäftigte sich nur noch mit sich selbst. Oder hatte ich den Aufschrei meiner Partei überhört, als die US Army mit ihren Raketen durch unser Land gen Osten zog, bis an die Grenzen Rußlands? Waren die Zwei-plus-Vier-Verträge außer Kraft gesetzt? Diese Frage muß man doch mal stellen. Wer kümmert sich darum? Langsam kamen die Listen zurück.

Bei einigen Ärzten bekam ich Unterstützung, man mußte aber viel Überzeugungsarbeit leisten. Mache Schwestern guckten mich an, als käme ich vom Mond.

Manche meinten, sie hätten dann Schwierigkeiten bei der Einreise nach Amerika. Man hätte lachen können, wenn es nicht so ernst wäre.

Aber noch vor der OP hatte ich es geschafft. In einem großen Umschlag schickte ich die Unterschriften nach Bonn.

Die Operation wurde ein Erfolg, drei Stents, die Herzkranzgefäße waren zu 80 % zu, lange hätte ich es nicht mehr geschafft, aber nun könnte ich wieder – jeden Tag eine gute Tat ... Man muß nur auf die Leute zugehen, die Lethargie durchbrechen.

Ende 2017 wurde die internationale Organisation „ICAN“ mit dem Friedens-Nobel-Preis ausgezeichnet. Das war eine große Freude. Endlich bekam der Preis wieder eine Aufwertung. Gorbatschow und Obama hatten ihn nicht verdient, durch sie sind zu viele Menschen umgekommen. Wir dürfen mit dem Kampf um die Beseitigung der Atomwaffen nicht nachlassen.

Ein bißchen Goldstaub landete auch auf meiner Schulter. Das lassen wir mal so stehen.

Lisa Däne
Berlin

Aus: Lisa Däne, Rückblenden



Ein kleiner Supergau

Zwei wichtige europäische Gasleitungen wurden gesprengt. Nur, wer war es und wer hat den größten Nutzen von der Sabotageaktion? Den tatsächlichen Täter wird man nicht beim Namen nennen, weil er sich seiner Hilfskräfte bedient. Die USA wollten Nord Stream 2 schon immer nicht, die Ukraine sogar beide Gasleitungen nicht, weil sie lieber die Transportgebühren durch ihre Leitung von Rußland kassieren würde. Welch ein blutiges Geschäft mit einem Land, mit dem man sich im Kriegszustand befindet und noch Transitgebühren einfährt. Tja, Geld stinkt eben nicht, selbst wenn man die Russen haßt.

Rußland selber dürfte das geringste Interesse haben, die Leitung zu zerstören, alle gasexportierenden Länder dagegen schon. Aber auch der Notnagel für Europa ist damit abgebrochen, im Notfall eben doch noch Gas aus Rußland zu beziehen.

Die Dimension des Schadens wächst stetig. Wann endlich hört die politische und wirtschaftliche Eskalation auf?

Jochen Singer, Leipzig

Ist das etwa mein Krieg?

In den deutschen Medien höre und lese ich immer wieder, daß der Konflikt Rußland – Ukraine unser Krieg sei. Daraus muß ich zwangsläufig schlußfolgern, es ist auch mein Krieg.

Nun bin ich schon etwas älter, kann mich aber nicht erinnern, je einen Konflikt mit Rußland oder der Ukraine gehabt zu haben. Ich bin sicher, ich wüßte davon.

Warum ist es nun unser/mein Krieg? Eine nachvollziehbare Erklärung bekomme ich nicht. Als halbwegs intelligenter Zeitgenosse sehe ich in der Berichterstattung der Medien und der damit beabsichtigten Meinungsmanipulation einfach nur plumpe Kriegspropaganda.

Wilfried Steinfath, Berlin

Politischer und wirtschaftlicher Unsinn ist an der Tagesordnung

Rußland hat diesen Krieg nie gewollt, er wurde ihm von einer Administration aufgezwungen, die unter keinen Umständen ein zweites oder gar drittes Machtzentrum auf diesem Planeten dulden will. Der Vorwurf an Rußland, Verantwortlich für das Blutvergießen zu sein, ist so heuchlerisch wie verlogen. Heuchlerisch vor allem von den USA und der NATO, die seit dem 2. Weltkrieg dutzende von Kriegen geführt haben, die nie von der UNO gedeckt waren,

deren Begründungen erstunken und erlogen waren, in denen Atomwaffen, Chemie- und Bio-waffen eingesetzt wurden und denen Millionen Menschen zum Opfer fielen. Alle diese Kriege wurden geführt, ohne daß die angegriffenen Länder je an der Grenze der USA oder der NATO-Staaten gestanden hätten.

Verlogen ist diese Verurteilung Rußlands, weil sowohl Deutschland als auch Frankreich gemeinsam mit Rußland als Garantemächte für die Durchsetzung von Minsk II fungierten. Warum hat man diese Verantwortung nicht wahrgenommen und Kiew zur Umsetzung gezwungen? Man hatte die Macht, diesen Krieg zu verhindern.

Rußland ist heute ökonomisch stark und hat mächtige Verbündete, so daß die Sanktionen, die es in die Knie zwingen sollten, auf die Adressaten zurückschlagen. Daß dabei vor allem die Zivilbevölkerung leidet, wird unter Kollateralschäden abgetan. Noch, so lange die Menschen nicht dagegen aufbegehren. Der Widerstand wird stärker, und man läßt sich nicht mehr so schnell für dumm verkaufen. Deutschland wird mindestens noch ein Jahrzehnt fossile Rohstoffe zur Energieerzeugung benötigen. Weil Deutschland ja von so klugen und vorausschauenden Politikern geführt wird, kündigt man die äußerst günstigen Lieferbedingungen und Preise mit Rußland, läßt eine milliardenschwere Investur in der Ostsee vergammeln und kauft dafür lieber teures, umweltschädliches LNG-Gas aus den USA. Daß man dafür teure Terminals bauen muß, die erforderlichen Gastanker gar nicht vorhanden sind, die Tanker nicht einmal direkt entladen werden können, spielt alles keine Rolle.

Über so einen politischen und wirtschaftlichen Unsinn soll sich der kostengebeutelte Bundesbürger dann wohl noch freuen?

Einen Höhepunkt in dieser undurchsichtigen und sehr abhängigen Politik erlebten wir gerade mit der Zerstörung von Nord Stream 1 und 2. Es gibt nur einen Präsidenten, der diese Lösung vor kurzem angedeutet hat. Und es gibt nur ein Land, das vom Ukraine-Krieg profitiert und dem die zerstörte Gaspipeline sehr dienlich ist.

Genauso verlogen wie der Informationskrieg über den Krieg in der Ukraine, ist der Umgang mit den von Rußland durchgeführten Referenden u. a. im Donbass und Lugansk. Wie schnell hat die BRD – noch vor allen anderen westlichen Staaten – doch die Abtrennung des Kosovo von Jugoslawien als selbständigen Staat anerkannt. Dabei gab es aber einen wesentlichen Unterschied sowohl zur Krim als auch jetzt: Die Menschen im Kosovo wurden nie befragt!

Ralf Kaestner, Bützow

Denk' ich an Europa in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht

Ich könnte natürlich auch sagen: Europa schafft sich ab. In den vergangenen Monaten hat sich bei mir die Überzeugung gefestigt, daß die Länder des „vereinigten“ Europa von Regierenden beherrscht werden, deren herausragendste Eigenschaft die Dummheit ist, was zugleich darauf schließen läßt, daß es sich bei diesen Politikern um die gemeingefährlichsten handelt, die es in den vergangenen 30 Jahren an die Spitze geschafft haben. Hinzu kommt, daß in allen Ländern der EU Regierungen am

Wirken sind, die nach der Pfeife der USA tanzen. Schlimmer noch, bei der Hamelei ist ein Hang zum Kadavergehorsam zu beobachten, der bei den Sanktionen gegen Rußland unübersehbar ans Tageslicht kam und kommt. Insbesondere sei hierbei die „neutrale“ Schweiz zu erwähnen. Da frage ich mich schon, was hat Rußland der kleinen Schweiz getan, daß sie sich an dem Rennen, verhängt die wirksamsten Sanktionen, beteiligt?!

Und dann das immer häufigere Gerede, Rußland vor dem Einsatz von Atomwaffen zu warnen. Anscheinend sollen die europäischen Völker daran gewöhnt werden, den eventuellen Einsatz von Atomwaffen zu akzeptieren – allen voran das Volk der Bundesrepublik Deutschland, weil in der BRD bekanntermaßen Raketen mit nuklearen Sprengköpfen stationiert sind! Da die Bundis gegen diesen Zustand nicht auf die Straße gehen, muß man annehmen, sie sind darüber happy, denn sie hassen nur die friedliche Nutzung der Kernenergie – dagegen können sie gar nicht laut genug anbrüllen und randalieren.

Was die „Volksvertreter“ des Bündnis90/Die Grünen betrifft, wissen wir nunmehr seit reichlich 20 Jahren, daß sie ganz verrückt nach Krieg sind, weil der gut fürs Klima, die Umwelt und das Tierwohl ist.

Wie leicht wäre es zu verhindern gewesen, daß wir es jetzt mit einer nicht gekannten Inflation und grassierender Armut zu tun haben! Aber nein, Deutschland will eine führende Rolle in der NATO übernehmen. Das Traumpaar der Säbelraßler – von der Leyen und Stoltenberg – lassen daran keinen Zweifel.

Norbert Jarisch, Olbernhau

Der „Doppel-Wumms-Kanzler“

Ja, der Bundeskanzler hat's drauf. Er hat ja bereits in der Corona-Krise schon mal eine „Bazooka“ rausgeholt und einen Wumms mit 600 Mrd. verkündet. 600 Mrd. sind jedenfalls erheblich mehr als der jeweilige Bundeshaushalt. Und schon wieder wummst es, diesmal sogar doppelt in Höhe von 200 Milliarden. Momentan weiß natürlich noch keiner so richtig, wann und wie sich diese Doppelwummserei auf wen niederschlagen wird. Zählt man eins und eins zusammen, so ergeben sich immerhin 800 Mrd. Trotz Schuldenbremse fragt sich der neugierige Bürger, wo die Bundesregierung diese 800 Mrd. bisher versteckt hatte. Oder führt die Regierung etwa schwarze Kassen, von denen bisher niemand etwas wußte? Zumindest wurde damit dem Unmut des deutschen Wahlvolks zunächst die Spitze genommen, damit es keinen heißen Herbst fabriziert und das Demonstrieren sein läßt.

Die durch die Bundesregierung angekündigte Abwendung von billigen Rohstoffen aus Rußland hat sich schneller erledigt als man geplant hatte. Es wurden einfach die Gasröhren in der Ostsee gesprengt, wer auch immer das gewesen sein mag. Zunächst wird erst einmal der Russe verdächtigt. Welch ein hinterlistiges Vorgehen aber auch. Zuerst baut er die Pipelines und wenn sie bereit zum Gastransport sind, sprengt er sie. Irgendwie logisch, wenn man bedenkt, daß Deutschland und die EU keine Rohstoffe mehr von ihm haben wollten. Um sich aber den gesamten Aufwand der Sprengung zu ersparen, hätte er eigentlich nur die Hähne

zurehen müssen. Es ist anzunehmen, daß man noch blödere Politiker in der EU nicht finden wird. Am Händchen lassen sie sich von den USA in das wirtschaftliche Abseits führen und helfen selbst noch kräftig mit. Die EU, dieser nutzlose Beamtenapparat, voran die Hetzerin van der Leyen, ist ein politisches Irrenhaus und ein Beispiel für regierungsseitig gewollte Selbstdemontage. Glauben diese Leute denn, daß die Menschen diesen in die Katastrophe führenden Unsinn nicht durchschauen und sich zu fragen beginnen, wer eigentlich im Hintergrund die Fäden zieht? Die deutsche Regierung mit Sicherheit nicht. Sie ist nur der Erfüllungsgehilfe der amerikanischen Administration.

Deutschlands Regierung führt dieses Land sehenden Auges in den wirtschaftlichen Abgrund – freiwillig! Deutschland und souverän – der Witz des Jahrhunderts.

Reiner Neubert, Berlin

Armes Deutschland

Es vergeht kein Tag, an dem uns nicht die Medien auf Krisenmodus stellen, Energiekrise, gestörte Lieferketten, Inflation usw. Wir sollen kalt duschen und nach Möglichkeit kein Gas verbrauchen. Da haben Spartipps beim Lebensmittelkauf wieder Konjunktur, aber auch Sparrezepte (ARD Mittagmagazin) werden angepriesen. Das erinnert an deutsche Kriegs- und Nachkriegszeit. Vielleicht ist es auch Gewöhnungsprogramm an die immer lauter werdende Kriegsrhetorik?

Statt Gas soll mit Pellets geheizt werden. Diese sind nicht nur teuer, sondern teilweise nicht mehr erhältlich, was vor allem betroffene Hotelbetreiber beklagen. Oder man nutzt, wenn vorhanden, den Kamin. Beim Kauf von Kaminholz, natürlich auch im Preis gestiegen, findet man die Aufschrift: „Bitte nur drei Packungen entnehmen.“ Das erinnert mich an meinen DDR-Getränkstützpunkt. Wenn es z.B. Bier aus der CSSR gab, war zu lesen: „Bitte nur 10 Flaschen entnehmen.“ Doch die Wohnung blieb warm, für die NATO war an den Ostgrenzen Halt geboten! Jetzt ist Strom sparen bis zur Schmerzgrenze angesagt. Die täglichen Tipps in den Medien nehmen zunehmend groteskere Züge an. So konnte ich im Sender HR 4 hören, daß aufgrund der gesenkten Wassertemperaturen im Schwimmbad ein Vater für seine Kinder Neoprenanzüge kauft. Und wenn wir alle warme Socken stricken, wird mit Sicherheit die Wolle teuer. Wer ist schuld? Nicht der gewöhnliche Kapitalismus, sondern Rußland und der Ukraine-Krieg. Auf der Prioritätenliste der Grünen steht Krieg vor Klimaschutz oder Bürgerinteressen. Nord Stream 2 kann verrotten, Olaf Scholz fabuliert über eine Gaspipeline über die Pyrenäen, welche noch durch Frankreich aus Konkurrenzgründen blockiert wird. Soviel zum Thema „Zusammenhalt in der EU“.

Abschließend noch ein Vorschlag: Wie wäre es denn, wenn die RF-Redaktion mal in den DDR-Archiven kramt und die Karikatur des „Wattfraß“ für die Medien reaktiviert?

Siegfried Duske, Biedenkopf

Bauernopfer Ukraine

Die aktuelle Russophobie stellt alle faschistische Propaganda über den „bolschewistischen Untermenschen“ und die Juden in den

Schatten. Bei der „russischen Aggression in der Ukraine“ handelt es sich in Wahrheit um eine von den USA langfristig organisierte, militärische Auseinandersetzung mit dem Ziel, Rußland als politischen Partner Chinas bei der Modernisierung der Wirtschaft (die neue Seidenstraße) politisch zu eliminieren. Die Instrumente dazu sind die EU und die NATO, beides „wertebasierte“ Elemente des US-Imperialismus. Nach Egon Bahr geht es in der Politik nicht um Werte, sondern um Interessen von Staaten. Vordringliches Ziel war und ist, die sichtbare Erosion des westlichen Bündnisses zu verhindern und durch eine organisierte Bedrohungssituation Rußlands die Einheit und Geschlossenheit des Westens gegenüber China zu stärken. Die Besetzung des Kapitols in Washington und des Reichstags in Berlin durch eine aufgebrauchte Menge, die Gelbwestenbewegung in Frankreich, der Austritt Englands aus der EU sind Anzeichen dafür, daß die „EU himtot“ (Macron), die „NATO obsolet“ (Trump) sei und die Westflanke der NATO durch Erdogan ins Wanken gerät. Überhaupt sind Oligarchen und Autokraten die Hauptfeinde der westlichen Wertegemeinschaft, nachdem ihnen der Kommunismus als „Rote Gefahr“ abhandengekommen ist.

Die Ukraine ist in dieser Auseinandersetzung das erste Bauernopfer und ähnelt in gewisser Weise den Vorgängen um die „Emser Depesche“ Bismarcks, mit der er Napoleon III. zur Kriegserklärung veranlaßte, in dessen Ergebnis das Deutsche Kaiserreich 1871 entstand und zur Großmacht wurde.

Peter Pöschmann, Döbeln

Rußland ruinieren?

Sollte dies womöglich gelingen, dann wären die Energiekonzerne immer noch da, die die Preise bestimmen.

Der Wirtschaftskrieg gegen Rußland ist die schlechte Politik, welche die deutsche Bevölkerung bezahlen muß. Immer höhere Energiepreise und eine galoppierende Inflation sind die Folgen dieser verfehlten Politik.

Es wird Zeit für die Beendigung der Sanktionen gegen Rußland und China.

Bisher sind die deutschen und europäischen Politiker nur Erfüllungsgehilfen bei der Durchsetzung der Forderungen US-Administration. Notwendig ist: ABRÜSTUNG, ABRÜSTUNG und noch mal ABRÜSTUNG.

Notwendig sind Verhandlungen und Deeskalation; keine Waffenlieferungen; Rückzug der Bundeswehr aus dem Osten Europas; raus aus der NATO; Verhandlungen mit Rußland, die alle Interessen berücksichtigen; Beendigung des Wirtschaftskrieges; Energiekonzerne unter gesellschaftliche Kontrolle; keine 100 Milliarden für die Bundeswehr, wie geplant, sondern für Klimaschutz, Soziales und Infrastruktur.

Werner Engemann, Lahr

Der Beitrag von Martina Dost im September-RF erinnerte mich an den ersten DEFA-Film nach 1945 mit dem Titel „Die Mörder sind unter uns“. In diesem Streifen gibt es eine vielsagende Szene, in der in einen mit Frauen und Kindern überfüllten Luftschuttkeller ein wohlgenährter Blockwart kommt und schreit: „Männer und Frauen, durchhalten! Es gibt noch Suppe! Keiner soll hungern, ohne zu frieren!“

Wieso erinnere ich mich an diesen Film, wenn ich Finanzminister Lindner höre, der auf allen Kanälen über die Schuldenbremse schwadroniert?

Harry Schröder, Berlin

Wahlen und die transnationale Freundschaft

Hubertus Heil (SPD-Sozialminister) – was für ein widersinniger Name für jemanden, der den Bürgern am Wahlabend in Niedersachsen ob der zwar gesunkenen, doch immer noch zu vielen SPD-Prozente drohte, die künftige Regierungsarbeit der Ampel auf Kurs zu halten. Dabei hätten die wackeren SPD-Männer ganz groß rauskommen können. Statt sich nur an Willy Brandts Ehrengab ablichten zu lassen, hätten sie dessen Politik als „Ostpolitik/2“ grandios auferstehen lassen können. Die Einbindung Rußlands in Europa durch die Wirtschaftspolitik unter Merkel, bei der nicht zuletzt auch Steinmeyer und Scholz mitmachten bzw. stillhielten, hatte Deutschland und Europa nicht nur wirtschaftlich genutzt und eine friedliche Zukunft in Aussicht gestellt. Nun hatten diese beiden SPD-Aktivisten vermutlich das erste Mal in ihrem politischen Leben mit einem zuverlässigen russischen Wirtschaftspartner etwas Vernünftiges gemacht, schon wenden sie sich und entschuldigen sich dafür auch noch, um sich in eine tiefe und unheilvolle Abhängigkeit von tatsächlichen Schurkenstaaten, in erster Linie der unzuverlässigen US-Administration, zu manövrieren.

Vertan! Jetzt besteht die Gefahr, daß Deutschland statt „Ostpolitik/2“ „Rußlandfeldzug/3“ auf die Tagesordnung setzt. Und, wie Rußlandfeldzüge ausgehen, kann man nach allen geschichtlichen Erfahrungen und der Wahrscheinlichkeitsrechnung voraussehen. Das ficht offenbar unsere amerikanischen Vasallen nicht an. Biden und Co wird's recht sein.

Wolfgang Klages, Berlin

Klassenfrage aufgegeben

So, wie die SPD stellt auch die PDL die Klassenfrage längst nicht mehr in den Vordergrund, da sie glaubt, innerhalb des Systems der Marktwirtschaft durch „demokratische Reformen“ nachhaltige Veränderungen im Verteilungsprinzip zu erreichen.

Grundsätzlich und seit Menschengedenken sind unterschiedliche Eigentumsverhältnisse auf ungerechte Verteilungsprinzipien zurückzuführen, die nationalen und internationalen Unfrieden zur Folge hatten und haben.

Friedensbemühungen haben nur dann Zweck, wenn der Gegner genau bekannt ist, der diese Verteilungsprinzipien als Quelle jeglichen Unfriedens schützt!

Der medialen Macht des Kapitalismus ist es bisher gelungen, den wirtschaftlich Benachteiligten die Ursachen ihrer Benachteiligung zu verschleiern.

Schuldig sind nicht die einzelnen Politiker, sondern das System, das sie hervorbringt und die es dann mit „Gottes Hilfe“ verteidigen ...

Peter Dornbruch, Schwerin

Die Linke im freien Fall in die politische Bedeutungslosigkeit

Die Linke mutiert zum besten Beweis, daß der Imperialismus äußerst effektiv und rücksichtslos im Kampf bei Einschnitten in die Lebenslage der Menschen ist und gleich-

zeitig sein parlamentarisches System wirkungsvoll alles menschlich und ideologisch korrumpiert, was sich dem entgegenstellt. Je länger Amts- und Funktionsträger der Linken, und dies bezieht sich auf alle Länder, im trüben Wasser der Herrschenden um jeden Preis mitfischen wollen, um selbst große Tiere zu angeln, desto mehr wird die sozialistische Programmatik ausgehöhlt und dem kapitalistischen System angepaßt. Von einer Überwindung des kriegerischen und menschenverachtenden Systems ist nicht mehr die Rede, und öffentliche Bekundungen sowie Kritik werden unter dem indifferenten Begriff „Freiheit“ reduziert. Bar jedweden marxistischen Wissens und jedweder geschichtlicher Kenntnisse wird am bestehenden Parteiprogramm vorbei palavert und medial provoziert sowie der Zusammenhalt in der linken Bewegung damit bewußt zerstört. Linke Politiker spielen in den Medien die Karte der Denunziation und öffentlichen Herabwürdigung. Sie schrecken selbst vor Verleumdung nicht zurück. Andersdenkende, denen ein gültiges Programm noch Verpflichtung ist und denen materialistische Dialektik nicht fremd ist, werden fast fanatisch bekämpft. Da bleibt kein Auge des politischen Gegners vor Lachen trocken. In trauter Gemeinsamkeit üben sich Linke mit SPD sowie Grünen in dem untauglichen Versuch, die katastrophalen Folgen der Embargopolitik mit Almosen in Form von Sozialpaketen abzumildern. Wirtschaft, Klima, Energie, Umwelt ... geraten ins Abseits bei der politischen Ausrichtung auf US-hörige und EU-dominierte Entscheidungen. Sehenden Auges werden dabei der soziale Niedergang der Menschen und menschliches Elend in Kauf genommen. Wer dies als unübersehbare Tatsachen benennt, wird an den öffentlichen Pranger gestellt. Linke wollen Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen und vergessen, die Ursachen allen gesellschaftlichen Übels liegen im System begründet. Dafür opfern linke Amts- und Mandatsträger auch die friedenspolitischen Grundsätze auf dem Altar der Machtbeteiligung. Da Krieg niemals Konflikte lösen kann, müßte die Linke sich strikt und ausschließlich für Diplomatie und für Verhandlungen und nicht für Waffenlieferungen, Wirtschaftskrieg und Sanktionen einsetzen. Diese Herausforderung verlangt mehr intellektuelle und menschliche Anstrengungen, als der bloße Ruf nach mehr Waffen. Aber er ist der erfolgreichere und nachhaltigere Weg für eine friedliche und multipolare Welt, die den Interessen der Völker entspricht.

Raimon Brete, Chemnitz

Offener Brief an die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt der Partei Die Linke

Ich war für die PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt viele Jahre Kreisvorsitzender unserer Partei und über Jahre sehr erfolgreicher PDS-Bürgermeister im größten Dorf unseres Landkreises. Bisher habe ich für Die Linke gespendet und sie gewählt. Damit ist jetzt Schluß! Die meisten führenden Funktionäre Eurer Partei haben sich so weit von den einfachen Leuten entfernt, daß Euch immer mehr Wähler davonlaufen. In täglichen Gesprächen mit Nachbarn, Freunden, Kollegen und bei zahllosen Gelegenheiten in Kaufhallen und wo auch immer höre ich stets das gleiche: Hört auf mit dem Krieg,

liefert keine Waffen an die Ukraine, sondern verhandelt und macht Nord Stream 2 auf! Und immer wieder ist zu hören, daß die Rede von Sarah Wagenknecht im Bundestag den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Und dafür wollt Ihr sie aus der Partei werfen. Wie verrückt seid Ihr denn nur? Geht Ihr nicht unter die Menschen? Fürchtet Ihr nicht auch ein wirtschaftliches Desaster im Land? Parteien, die für die gegenwärtige Entwicklung verantwortlich sind, gibt es doch wahrlich genug, dazu braucht es doch Die Linke nicht!

Seit 2014 sammle ich Hilfsgüter für den Donbass, verfolge voller Verzweiflung das Morden der Kiewer Soldateska in Donezk, Lugansk, Gorlowka und in zahllosen Städten und Dörfern im Osten. Mit großer Sorge habe ich die gewaltigen Truppenaufmärsche der Ukraine an den Grenzen zu den Volksrepubliken verfolgt. (...) Vor kurzem war ich in Aschersleben, um mit mehreren tausend wütenden Leuten 90 Minuten durch die Stadt zu ziehen. Mir sind da keine Fahnen der Reichsbürger, der AfD oder anderer rechter Gruppierungen aufgefallen, auch keine von den Linken. Auch dort war Sarahs Rede im Bundestag in aller Munde. Ginget Ihr mehr unter die Massen, würdet Ihr das wissen. Und wenn Ihr es wißt, ist es ein Verbrechen, das zu negieren!

Ich schäme mich für Euch!

Dr. Rolf Funda, Staßfurt

Es weckt Erinnerungen ...

Es gibt noch eine Generation, bei der es Erinnerungen weckt, wenn politische Funktionäre „für gefährlich“ gehalten und sie mit Haß und Hetze begleitet werden. Gemeint ist Sahra Wagenknecht, von der ein Kommentator in den t-online-Nachrichten vom 18.9. meinte: „Ich halte diese Frau für gefährlich.“ Die Gefahr, die von ihr ausgehen soll, wird ganz sicher nicht darin gesehen, daß sich ihre eigene Partei selbst zerstört, auflöst und jedes politische Profil verloren hat und zur reinen Menschenrechtspartei geworden ist, im reinsten Sinne ohne jede klare Interessenpolitik dahinter, wie es andere besitzen. Mit Genugtuung, Hohn und Spott wird der Zerfall der Linken begleitet. Was macht sie aber gefährlich in den Augen der politischen Eliten und deren Schreiberlingen? Es sind die Wahrheiten, die Sahra mit Wissen und Vernunft auszusprechen wagt. Alle, die gern und viel von Meinungsfreiheit und Demokratie singen, schreien, plärren und sich aufplustern, sind die ersten, die davon rein gar nichts mehr wissen wollen, wenn Demokratie mal ernsthaft mit demokratischem, wirtschaftlichem, politischem Verstand gegen die Herrschenden im Lande wahrgenommen wird.

Die freiheitliche Demokratie und Meinungsfreiheit ist schnell am Ende, wenn es die einst gelobten Andersdenkenden mal ernst meinen mit dem Andersdenken. Darüber, was mit solchen geschah, gibt die deutsche Geschichte Auskunft. „Schlagt ihre Führer tot“ – darin gipfelte das, was heute beginnt.

Roland Winkler, Aue

Eine mutige Frau

„Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.“

(Kurt Tucholsky)

„Wir haben die dümmste Regierung in Europa“. So denken viele Deutsche, aber klar und deutlich über die Lippen gebracht hat es eine mutige Frau in der Bundestagsdebatte am 8. September. Sahra Wagenknecht hat den „Nagel auf den Kopf“ getroffen.

Im Gegensatz zur AfD mißbraucht Sahra Wagenknecht die soziale Krise in der BRD nicht für parteiliche Machtinteressen unter den Bedingungen und für die Herrschaft des Kapitals. Sahra Wagenknecht Nähe zur populistischen Argumentation der AfD zu unterstellen, gleicht der dümmlichen Idee, Flüsse in Richtung ihrer Quellen bergauf zurückfließen lassen zu wollen, bevor sie in die großen Meere münden. Mit ihrer Rede vor dem Bundestag entlarvt sie nicht nur die Unfähigkeit der Ampelregierung, im Interesse der Mehrheit der Bundesbürger zu handeln. Zugleich gibt sie der AfD einen deutlichen Korb, indem sie nicht nur eine personelle Regierungsänderung fordert, sondern darüber hinaus eine Beendigung der unsäglichen Sanktionspolitik gegen Rußland. Diese Politik charakterisiert sie treffend als einen Wirtschaftskrieg und findet klare Worte dafür, daß dieser Parallelkrieg zur militärischen Kriegführung gegen Rußland die meisten Opfer und Leiden im eigenen Volk verursacht. Mit „wie bescheuert ist diese Politik“ hat sie sich emotional wohl noch zurückhaltend ausgedrückt, denn das, was die Regierenden betreiben, ist verbrecherisch in Planung, Ziel, Inhalt und Realisierung.

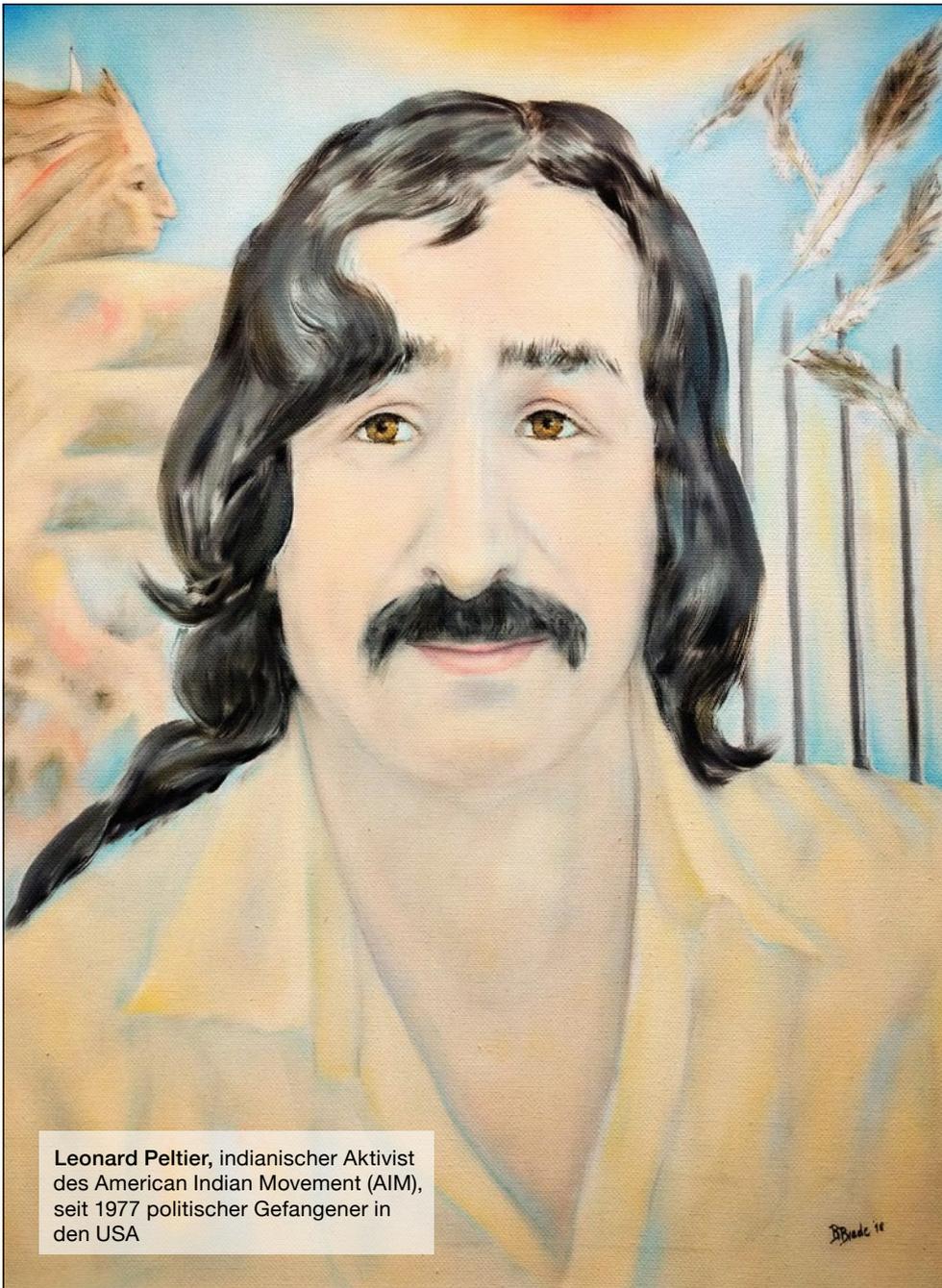
Die gegen das eigene Volk gerichtete Politik der Ampelregierung hat ihren Eid, dem Wohle und dem Schutz der Bundesbürger zu dienen, ad acta gelegt. Sozialdemokraten, sogenannte Freie Demokraten und ganz besonders die Grünen haben ihre Wählerwerbepflichter nach ihrem Wahlerfolg im Herbst 2021 schnellstens entsorgt. Sozialer Kahlschlag, Rückkehr zur klimaschädigenden Energiewirtschaft, Aufrüstung, Kriegstreiberei und damit verbundener Abbau demokratischer Rechte der Bürger sind nunmehr Auftrag von Parlament und Regierung. In dieser Situation wäre eine kämpferische Linke dringend vonnöten. Die Führung der PDL tut jedoch alles, um sich den Herrschenden wohlwollend anzudienen, wie ein taufrischer Beschluß des Landesvorstandes Die Linke Berlin zeigt. Realitätsentstellend wird hier zu den Ursachen, den Folgen und der Befeuerung des Krieges durch den Westen in der Ukraine erklärt: „Wir als Die Linke stehen klar an der Seite der notleidenden Menschen in der Ukraine, an der Seite der Kriegsgegnerinnen und -gegner in Rußland und hinter dem Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine, die von einer Großmacht auf zerstörerischer Weise angegriffen wurde.“

Diese Erklärung unterscheidet sich in keiner Weise von allem, was politisch von rechts argumentiert wird: Rußland, nicht die NATO, ist der Aggressor. Wie weit nach rechts will Die Linke noch gehen, um ihre herzenslinken Mitglieder und Wähler zu verlieren?

Manfred Wild, Berlin

Ich habe den „RotFuchs“ vom UZ-Pressfest mitgenommen. Er tut gut als Medizin gegen die Seuche Russophobie und gefällt mir wegen seiner verständlichen Sprache. Ich bitte um ein Abonnement.

Edelgard Ciesla, Hirschberg



Leonard Peltier, indianischer Aktivist des American Indian Movement (AIM), seit 1977 politischer Gefangener in den USA

Bärbel Brede (Öl auf Leinwand, 2017)

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 30. November um 18 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die Linke und der Krieg – Wer die Ursachen der Kriegsgefahr nicht sieht, wird den Weg zum Frieden nicht finden**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 30. November um 18 Uhr Würdigung des 100. Jahrestages der Gründung der UdSSR 1922 mit Andrej Reder: **„Dienstreise“ – Biographische Skizzen des Lebens seiner Eltern in der Sowjetunion**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

DEZEMBER

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 9. Dezember um 15 Uhr Wolfgang Frotscher spricht über seine Reise nach Cuba 2022.

Jahresabschluß und Planung für 2023

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Bär: 030-98 39 98 30

Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per

E-Mail: vertrieb@rotfuchs.net

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. sc. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeld
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Ute Hornig, Gabriele Parakeninks,
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.